

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 5. Mai 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Strafvollzug gegen Geistesranke.

Wie haben früher den Fall des Billy Große erzählt, der bei der Ausführung der Urtheil gegen den Justizrat Leby offenbar bereits geisteskrank war, der im Laufe der Gefängniszeit völlig verblödet ist, nichtsdestoweniger aber im Gefängnis fortvegetiert. Der Fall war kein Ausnahmefall, wie leichtfertige Ausrede zu behaupten versucht hat, sondern typisch für die entsehlige Verbrechergruppe der jugendlichen Mörder. Wir sind heute in der Lage, den Lebenslauf eines andern jugendlichen Verbrechers zu zeichnen, der noch schärfer die Heillosigkeit der heutigen sozialen Zustände im allgemeinen und des Strafvollzuges im besonderen kennzeichnet.

Am 1. Februar 1898 hatte der Laufbursche Paul Schmidt die in der Gerichtstraße wohnende Frau Lechowitsch und deren unmündigen Sohn mit einem Rollholz erschlagen. Hunger oder Dabstucht hatten den Schmidt, der bei der Begehung der That 15 1/2 Jahre alt war, zum Doppeltverbrechen gemacht. Als er verurteilt wurde, hat es nur wenig Leute gegeben, welche ihn als geeignetes Objekt für gefühlvolle Milde betrachteten und man hätte allgemein lieber gehört, daß er auf dem Schafott verblutet wäre. Die Zurechnungsfähigkeit des Schmidt ist bei seiner Verurteilung kaum in Frage gekommen, sein Benehmen während der Untersuchung schien keinen Anlaß zur Forschung in dieser Richtung zu geben. Er wurde auch als „gesund und arbeitsfähig“ in Plögensee aufgenommen.

Wie es dem Schmidt während der ersten drei Jahre seiner Haft erging, kann man nur ahnen. Er hat seine Arbeitspena geleistet, hat sich disziplinarisch nichts zu Schulden kommen lassen, hat mit einem Wort, bis dahin keine Äußerungen gemacht. Da schreibt er am 19. März 1899 folgenden Brief:

Beliebte Schwester Louise! Dem Durstlaute nach des vor einer Zeit in Empfang genommenen Briefes habe ich es dem Antriebe meiner Hand zu zuschreiben, welche mir einen so ergötternden Gruß ausgesandt hat; wieviel ich mir auch veranlaßt fühle, dir meine sonst auch wohl nur unumkehrbare Zuneigung zuzuführen. Obgleich ich nun sehr gespannt bin, will ich mir's auch nicht nehmen lassen, dir sogar meine ganz besondere Aufmerksamkeit zu erweisen; denn du schreibst mir ja ganz und gar in das Bereich meiner Gedanken zu sein. Dagegen du mir in meine Geschäftigkeit auch nicht wenig in Verlegenheit gebracht, wenn andererseits nicht aber auch gleich bis über alle Mannschaften in Brand gerathen wäre. Den Datum nun; an welchem diese Blume geblüht hat; hätte ich in meiner Einsamkeit sehr bald entziffert; doch daß solche Blumen nie dagewesen ist und doch geblüht hat, ist nun schon gar nicht mehr für Physiologie. Sollte ich nun eine andere Art von Unkraut in Betracht nehmen, so wäre es nicht zusammenhängig, und sonst nichts für Philosophen! Sollte ich mir jedoch veranlaßt fühlen ein Gedächtnis aus der eifundneunzigsten Klasse zu nehmen, so müßte ich aus bestem Grunde ihre übervegetabilischen Kräfte, ebenso einer übernatürlichen Erleuchtung zuschreiben und leicht auf den Gedanken kommen: „Der Datum ist um der darin liegenden Gesinnung halber der Centrum deines Herzens selber.“ Was sollte ich mir nun mit einem so denkenden Menschen und dero ja doch nur fast hypochondrischen Ansichten einlassen, wo ich weiß, daß zur Bestimmung für die Individuen (welches zumeist nicht die Ergötterten sind; zumeist ja aber auch nie für eigenständige) ein klares Verständnis gehört. Wenn du ja nun meinst ich hätte solch Verständnis nicht, dann irrst die ja doch sehr. Schreibe auch auch sollt mir Tinte mitbringen da flüßt du mir schnell: „das Wortchen Tinte ist ausgestrichen.“ Wer wird dir das glauben? haben mir hier doch selber Papier Federn und Federhalter verkauft und gesagt: „Tinte können sich schicken! — — —! Wo auch hierin wider nichts weiter als deine unermessliche Unerschämtheit! dein Geiz deine Rasenheit mit der du mir entgegen trittst. Wollte nun nicht noch mehr Äußerungen und bösen, Leumund machen sonst schreib ich wol das ganze Blatt voll. Dein Bruder Paul Schmidt.“

Der Brief geht zu den Ältern.

gez. Schmidt, Gef.-Inspektor.

Der Brief spricht eine berechtigte Sprache. Er zeigt, daß Schmidt in Plögensee von den Faktoren umgeben war, welche, wenn er auch bei Begehung der That selbst noch geistesgesund gewesen ist, zu seiner geistigen Zerrüttung führen mußten. Die Verblödung schritt dauernd vor, ohne daß der Psychiater eingriff. Den völligen Irrsinn zeigt dann ein Brief an die Eltern, den Schmidt am 20. August 1898 schrieb: An die Eltern. Ihr müßt mir nun schon einmal etwas und ein wenig zugute rechnen wenn ich vor begin eines Schreibens an euch meine Eltern wie die Klage um den heißen Brei in der Helle umherlaufe; doch bedarf es einer Eufener ja nicht denn Jeder mag wissen woran er sich hält und darum ja auch wohl wieder Basta. Ich wollte mich nun im kurzen über euren Etschluß absetzen; dennach ihr meine Euch anvertraute Erfindung mit Patent belangen wollet; — was aber würde ich damit geihan haben — — — nichts davon! Käufer welche ohne Eigennuß die Welt damit überflügen kann ich nicht fuchen; da bin ich der erste Mann. Welche Ruhe aber geüht mit das Geld; wenn ich es als irgend wie eine Karte aus dem Rücken umhertrage. — — — durch einen Verkauf würde ich die Welt in ihrem Fortschritt nur aufhalten diese meine Erfindung gewärt mit Augen als Materielle vorzupring — — — darum macht mit den Maschinenbauern ganz einfach Annahme; laßt den Arbeitern nur erst etwas daran verdienen und der Welt den rechten Werth schenken lernen. Doch will ich ein denklungsreicher Mensch sein so bin ich nit nur Erfinder dieser wenigleitigen sondern auch ein rechter großer Lustilus der sich in der Welt gar bald zurecht findet wen Er nur mit sich selbst einig ist und sein klares Selbstbewußtsein hat; aber wo soll ich solches hernemen? Einwas Äußeres steht für Euch im Jakobbrief Kap. I v. 27 — — — b. h. nach meiner besten überschätzigen und durchsichtigen Erfindungskunst beurteilt. „Sich nicht über dergleichen aufhalten was aber soll mit Eure Weisheit hier? — — — giebt es deren hier nicht genug? — — — Oder sollten sie etwa erzagt sein? Gebt ihnen den Galater 3 durchzulesen Palm 351 — — — und hiermit verbleibe ich P. Schmidt.“

gez. Brümmerstädt, Inspektor.

Völlig nährlich, wie der Inhalt dieses Briefes, war auch das persönliche Benehmen des Schmidt geworden. Er kam nicht einmal in den Verdacht der Simulation, und wenige Monate später heißt es in seinen Akten:

Plögensee, den 15. März 1899.

Schmidt ist geistig in einem Zustande, daß er nicht mehr in der strengen Einzelhaft gehalten werden kann. Er soll auf Verfügung der Direktion versuchsweise als Kalkfaktor beschäftigt werden.

gez. Schmidt, Gef.-Inspektor.

Gemäß der Bestimmung der Direktion wurde verfahren. Schmidt trat sein Amt als Kalkfaktor an und that seine Arbeiten so gut er konnte. Daß ihm hier und da ein wenig geholfen werden mußte, versteht sich, weil seine Verblödung sich nicht verringerte, sondern stetig zunahm. So vergingen mehr als drei Jahre.

Da, eines Tages, ging es wie ein Lauffeuer durch die Anstalt: Schmidt hat einen totgeschlagen und ist entwichen. Thatsächlich hatte er einen andern Kalkfaktor mit dem er auf dem Dachboden des dritten Gefängnisses arbeitete, veranlaßt, sich zu bilden, und dem Abnunglosen dann mit einem Knüttel vor den Kopf geschlagen. Der Ueberfallene war noch im Stande, sich schnell davonzumachen und die Anstalt zu alarmieren. Als man Schmidt suchte, sah er oben auf dem Dache der Anstalt, wo er eine Leiter zum Hinabklettern (!) zu finden gewöhnt hatte. Schwere und dauernde Verletzungen hatte das Opfer nicht davongetragen, gleichwohl lautete die Anklage gegen Schmidt auf versuchten Mord. Schmidt wurde zu zusätzlich fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. In den Akten findet sich kein Vermerk, daß sein Geisteszustand gründlich geprüft worden ist!

Von den übrigen jugendlichen Mördern, die in Plögensee blühten, ist bei einem Durchschnittsbestande von neun Köpfen, seit Besuchen der Anstalt (1872) bisher nur ein einziger nach Strafverbüßung zur Entlassung gekommen. Die andern sind während der Haft gestorben oder mußten als unheilbar verrückt Irrenanstalten überwiesen werden.

Kann irgend eine Erscheinung laun grausiger entstehen, als der Jugendliche, der Mordthat begeht; keine Erscheinung muß aber auch mehr die Weisung nach den sozialen Urgründen des Verbrechens herausfordern!

Der japanische Sieg in russischer Darstellung.

Petersburg, 4. Mai. Ein Telegramm des Generaladjutanten Kuropatkin von gestern meldet: Nach den Berichten des Generals Saksulisch vom 3. d. M. fand der Kampf bei Turenshen am 1. Mai unter folgenden Umständen statt. An dem Kampf nahmen teil das 12. und 22. Regiment sowie die 2. und 3. Batterie der 6. Artilleriebrigade. Der Kampf begann mit einer heftigen Beschießung des russischen rechten Flügels durch eine Batterie mit Belagerungsgeschützen von Jibdschur und durch Feldbatterien auf den Inseln. Nach einer kurzen Pause wurde das Feuer mit außerordentlicher Stärke gegen den russischen linken Flügel der Hauptstellung bei Turenshen und gegen die Stellung bei Potetynza erneuert. Es begann ein Gewehrfeuer. Die Japaner rückten durch den Fluß Aho zum Angriff vor. Die Lage der Verteidiger der Stellungen, besonders derjenigen bei Potetynza, die von der Front und den Flügeln aus beschossen wurden, wurde immer schwieriger gegen die russische Batterie, bei Potetynza waren 30 Geschütze aufgeführt. Die russische Batterie rückte, nachdem sie die feindliche Gebirgsbatterie zum Schweigen gebracht hatte, das Feuer auf die Infanterie und hatte wenig Verluste, bis sie gezwungen wurde, eine neue Stellung einzunehmen. Infolge des Abzugs der russischen Infanterie vom Ufer machten die Japaner, die durch das Feuer der Gegner stark gelitten hatten, ununterbrochen neue Angriffe mit immer neuen Truppen, entschlossen sich aber nicht, zum Bajonettkampf überzugehen. Bei den Flußübergängen bildete sich gleichsam ein Wall von gefallenen Japanern. Gleichzeitig mit dem Angriff auf Potetynza wurde auch ein solcher auf den russischen linken Flügel bei Turenshen unternommen. Hierbei mußten die russischen unteren Schanzen, die durch ein Frontfeuer die japanischen Batterien beschossen, verlassen werden. Die russischen Reserven ermöglichten durch wiederholtes Eingreifen in die vorderen Reihen ein längeres Standhalten. Die Hauptreserve konnte aber der großen Entfernung wegen nicht rechtzeitig Unterstützung leisten. Die russischen Truppen verlusteten dann die Hauptstellung mit einer neuen in ihrem Rücken gelegenen, wobei sie ein starkes Feuer der Japaner auszuhalten hatten. Der Feind entschloß sich nicht, die Höhen zu verlassen und begann unter dem Feuer der russischen Batterien und Maschinengewehre sich zu verschanzen. Der Feind eröffnete hierauf ein hartes Artilleriefeuer auf die neue Stellung der Russen und begann den linken Flügel in der Richtung auf Tschingou zu umgehen. Auf Laefangou wurden von der Hauptreserve 2 Bataillone des 1. Regiments und die 3. Batterie der 3. Artilleriebrigade vorgeschoben. Diese nahmen Stellungen ein, die sie nötigten, nach zwei Fronten hin zu feuern, ermöglichten es aber dadurch den ersten Reihen, die hart gelitten hatten, sowie den Verwundeten, sich zurückzuziehen. Ein Bataillon des 11. Regiments, welches von dem Gegner auf beiden Seiten umgangen worden war, ging mehrmals, um durchzubrechen, unter Russen zum Bajonettkampf über; die Japaner hielten dem Bajonettkampf nicht stand und flohen. Dem Regiment voran schritt der Regimentsgeistliche mit dem Kreuz in der Hand, obgleich er durch zwei Kugeln verwundet worden war. Nur der Bajonettkampf ermöglichte es dem 11. Regiment, durchzubrechen, bevor ein Bataillon des 10. Regiments eingetroffen war; unter dem Schutze desselben zogen sich alle Truppenteile zurück. Die Verluste des 11. und 12. Regiments sind sehr groß und bis jetzt noch nicht genau festgestellt. Vom 11. Regiment sind gefallen der Regimentskommandeur Oberst Laining und zwei Bataillonskommandeure, die Obersten Kommandanten Dometi und Kajenski. Vom 12. Regiment sind 9 Compagniechefs verwundet. Die 2. und 3. Batterie der 6. Brigade konnten, da sie einen großen Teil der Pferde und Mannschaften eingebüßt hatten, die Geschütze nicht mitnehmen und ließen sie auf dem Kampfsplatz zurück, nachdem sie

sie unbrauchbar gemacht hätten. Aus demselben Grunde konnten 6 Geschütze der 3. Batterie der 3. Brigade und 8 Maschinengewehre, die ebenfalls unbrauchbar gemacht waren, nicht vom Kampfsplatz mitgenommen werden. Die bergige Gegend gestattete es nicht, die Geschütze zu retten. In das Hospital in Fongwangtschong sind bisher 800 Verwundete eingebracht worden, darunter 14 Offiziere. Die Verwundeten wurden mit großen Schwierigkeiten von gebungenen chinesischen Mulis auf Karren nach Fongwangtschong gebracht, die Mehrzahl jedoch von Kameraden gestützt, zu Fuß und gelangte im Verlaufe von 24 Stunden nach Fongwangtschong. General Saksulisch bezeugt, daß die Truppen trotz der großen Verluste nicht mutlos geworden und bereit sind, weiter zu kämpfen. Die Verluste der Japaner sind sehr schwer. — Bei den Uebergängen am Aho und auf der Höhe, wo zwei Bataillone des 11. Regiments standen, lagen nach den Angaben der Teilnehmer am Kampfe nicht weniger als 3000 bis 4000 Leiden. (?)

Die Mitteilungen der Russen über die japanischen Verluste sind offenbar gewaltig übertrieben. Dagegen zeugt die Nachricht, daß „bisher“ 500 Verwundete in Fongwangtschong eingetroffen sind, von der Größe der russischen Verluste, die kaum weniger als 2000 Mann betragen werden und die der Japaner jedenfalls erheblich übersteigen. Der Chefarzt der ersten japanischen Armee giebt die Zahl der Gefallenen und Verwundeten auf 798 an.

Befehung Nutschwang durch die Japaner?

Dem „Daily Chronicle“ wird aus Tschifu gemeldet, die Japaner hätten am Sonntag Truppen bei Tschifu gelandet und darauf Nutschwang angegriffen und am Montagabend erobert. Die Russen zogen sich zurück, um die Eisenbahn zu decken.

Solange die offizielle japanische Bestätigung fehlt, muß die Nachricht als unzuverlässig gelten.

Flottenrouten Russlands.

Petersburg, 4. Mai. Auf Befehl des Kaisers erhielt das im Stillen Ocean befindliche Geschwader die Benennung erstes Geschwader der Flotte im Stillen Ocean; ans den zur Entsendung dorthin bestimmten Schiffen wird ein zweites Geschwader der Flotte im Stillen Ocean formiert. Konteradmiral Roschdestwenski, der mit der Formierung betraut ist, wird zeitweilig im Hauptmarinestab durch Konteradmiral Birenius vertreten.

Als zur Abfahrt dieses Geschwaders wird noch einige Zeit vergehen!

Die Räumung Dalnys?

Ein Telegramm aus Tschifu besagt, daß die Russen die offensichtliche Absicht haben, Dalny zu räumen; die dahinführenden Bahnlinien seien zerstört und das rollende Material nach Wladschik gebracht worden. Die wertvollen Schriftstücke seien gleichfalls dorthin abgegangenen, während die Kopien nach Port Arthur geschickt worden seien.

Eine japanische Landung in der Bucht von Dalny würde den Japanern die Zuangriffnahme der Landoperationen gegen Port Arthur wesentlich erleichtern.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 4. Mai.

Der Reichstag

Beschäftigte sich heute zunächst mit der Totalfaktorvorlage. Danach erhalten die staatlich genehmigten Reimvereine 10 Proz. der 20 Proz. betragenden Totalfaktorsteuer, wenn sie die Sicherheit dafür bieten, daß sie ihre Einnahmen ausschließlich im Interesse der Landes-Herdegucht verwenden. Außerdem wird jede geschäftsmäßige private Wettvermittlung unter Strafe gestellt.

Die Idee des Gesetzes ist, alle Wettenden zum Totalfaktor und damit zur Besteuerung ihrer Wettzüge zu zwingen. Die dadurch entstehenden Mehreinnahmen ermöglichen es der Regierung, den aus den reichsten Großgrundbesitzern und der hauto financo bestehenden Reimvereinen die Hälfte des Steuerertrages überhaupt zu schenken. Der angebliche Zweck der Vorlage ist, die Landes-Herdegucht besonders für militärische Zwecke zu stärken. Damit auch der sociale Charakter der Vorlage nicht fehlt, wird darin auf die schädliche Wirkung der Wettbureauis insbesondere für die weniger bemittelten Klassen der Bevölkerung hingewiesen.

In Wirklichkeit handelt es sich um zweierlei. Der Staat ist aus fiskalischen Gründen neidisch auf die fetten Steuerbissen, die ihm durch die Konkurrenz der privaten Wettbureauis entgehen, und ist andererseits darauf bedacht, den vornehmen Herren in den Reimvereinen und den Reimstaubesitzern eine Liebesgabe zuzuwenden. Das ist das wirkliche Bild reichsdeutscher Fürsorge für die Schwachen.

Genosse Singer würdigte diesen Charakter der Vorlage in eingehender Rede und wies mit Recht darauf hin, daß die Regierung hier Einnahmen aus einem unästhetischen Gewerbe, der Förderung des Spieltriebes, ziehe.

Der Landwirtschaftsminister v. Podbielski, der wegen seiner Nicht stehen konnte, erwiderte in seiner bekannten schmerzigen Weise vom Plage aus; in seiner Sprache würde er wahrscheinlich sagen, er sah auf dem deutschen Dreifuß. Er entdeckte, daß auch der Versicherungsvertrag eine Art Wette sei, was ungefähr so richtig ist, wie man sagen könnte, daß der Kauf eine Art des Diebstahls darstellt —, und gab im übrigen Intimitäten aus dem Wettbetriebe, den er sehr genau kannte, zum Besten, lud auch den Genossen Singer ein, mit ihm öfter die Rennplätze zu besuchen.

Die Rechte, zu der auch das Centrum und die Nationalliberalen gehörten, ist natürlich für die Vorlage. Ein halbes Duzend ihrer Redner versicherten, daß sie nur im Interesse der Vaterlandsverteidigung handelten, bis sich schließlich der Abg. Graf Bernstorff ver-

klapperte, und daß es der Rechten zum Verwundern kam, von den Interessen der Landwirtschaft sprach, die hier zu wahren seien.

Die Vorlage ging schließlich zur Beratung an die Budget-Kommission.

Es folgte die zweite Lesung des Gesetzes zur Entschädigung für unschuldig Verhaftete.

Die Kommission ist in zweiter Lesung ungeschlagen, da die Regierung drohte, sonst die ganze Vorlage scheitern zu lassen, und hat alle in der ersten Lesung angenommenen Verbesserungen wieder fallen lassen. Auch im Plenum erklärten alle Parteien mit Ausnahme der Socialdemokratie und der freisinnigen Volkspartei, sich der Drohung der Regierung, die heute der Staatssekretär Dr. Nieberding wiederholte, fügen zu wollen. Daneben gab es eine ausgedehnte Erörterung zwischen dem Abg. Dr. Müller-Weinungen und dem Bundesratsbevollmächtigten für Sachsen-Weimar, Dr. Paulsen, über den Fall des Oberleiters Brecht in Pöhlitz, der durch ungerechte Verurteilung, Zucht- und Verweigerung jeder angemessenen Entschädigung in den Wahnsinn getrieben worden ist. Die Regierung hat über die Mitteilung, die der Abg. Müller-Weinungen bei der ersten Lesung des Gesetzes im Reichstage machte, dadurch quittiert, daß sie gegen seinen Gewährsmann, den ideal gestimmten Verteidiger des Unglücklichen, ein Disziplinarverfahren eingeleitet hat.

Unsere Partei wird erst morgen zu Wort kommen, um die von ihr gestellten Abänderungsanträge zu begründen. —

Der Wert militärischer Gutachten!

Während am Dienstag die Kanalrebellen im preussischen Abgeordnetenhaus laut das Lied von den handelspolitischen Kompensationen für die Kanalvorlage pfeifen, vollzieht sich heute in der konservativen Presse eine gewisse Schwermütigkeit. Sowohl die „Deutsche Tageszeitung“ wie die „Kreuz-Zeitung“ warnen dringend, die Kanalvorlage mit solchen parteilichen Erpressungen zu belämpfen; man solle lediglich sachlich kämpfen. So schreibt die „Deutsche Tageszeitung“:

„Die beiden Fragen, die Kanalfrage einerseits und die Handelsvertragsfrage andererseits, tattlich unter politischen Gesichtspunkten miteinander zu verquiden, ist weder innerlich berechtigt noch zweckmäßig.“

Und die „Kreuz-Zeitung“ hält es sogar „nicht für unmöglich“, daß die leidige Kanalangelegenheit schließlich durch einen Kompromiß zu einem definitiven Ende geführt wird. Vielleicht einigt man sich hinsichtlich des westlichen Kanals auf den Endpunkt an der Weser. Das Schicksal der anderen, östlichen Kanäle dürfte, so dünkt uns, mit der Entscheidung über die westlichen verknüpft bleiben.“

Diese Friedensrufe sind nicht ernst gemeint. Die Junker schwören nach wie vor auf das Prinzip des realen Ruhhandels, aber es scheint, als ob sie augenblicklich es für geraten halten, nicht allzu stark zu provozieren. Ihren Willen werden sie natürlich doch durchsetzen, da sie ja ohnehin im wesentlichen alles erreicht haben, was sie nur hoffen konnten.

In der Fortsetzung der Beratung im Abgeordnetenhaus — zu der sich ja ziemlich ein Häufel aller Mitglieder zum Worte gemeldet hat — kamen am Mittwoch mit Ausnahme des Polen v. Grabski, der bewies, daß die Agrarier keine nationale Scheidung kennen, nur Freunde der Vorlage zum Worte. Graf Balow war abermals abwesend. Dafür verteidigte diesmal der Finanzminister v. Rheinbaben die Vorlage und quälte sich scheinbar sehr ernsthaft ab, eine Verständigung erhoffend, die vorgebrachten Bedenken zu entkräften. Alle diese sachlichen Argumente sind wertlos, denn die technisch-finanziellen Bedenken der Mehrheit sind ja nur vorgeschoben. In Wahrheit ist die Kanalvorlage seit jeher eine Machfrage der Agrarier gewesen. Darum ist es auch gleichgültig, mit welchen Beweisgründen die Herren Biemer (fr. Sp.), v. Ehren (natl.), v. d. Meel (fr. Sp.) die Einwände der Kanalrebellen widerlegten; an diese Einwände glauben ja die Junker selber nicht, sie sind auch in der Mehrzahl abernützlich genug und sehen fast wie eine Verhöhnung der Regierung aus.

Nur eine Episode verdient beachtet zu werden. Als Herr v. Budde daran erinnert wurde, daß er 1899 den Mittelkanal als absolute militärische Notwendigkeit und als teures Vermächtnis des Vaters bezeichnet habe, während der Mittelkanal jetzt preisgegeben sei, da erhob sich der Verkehrsminister munter und erklärte, der Ansicht sei er auch heute, auch der Rhein-Hannover-Kanal sei strategisch unbedingt notwendig.

Ob Herr v. Budde das Bewußtsein gehabt hat, wie sehr er mit dieser Erklärung die ganzen Gutachten militärischer Sachverständiger verhöhnt hat? Denn wenn der Mittelkanal eine unbedingte strategische Notwendigkeit ist, dann kann eben der Torso nicht gemühen. Eine unbedingte militärische Notwendigkeit in Abstraktozahlungen ist ein Unding. Man wird im Reichstage an diese Genügsamkeit der militärischen Sachverständigen denken, wenn sie mit neuen Marine- und Militärvorlagen kommen. Motto: Wenn nicht, denn nicht; es geht auch so!

Am Donnerstag wird die Debatte fortgesetzt. —

Der neue südafrikanische Generalissimus.

Gestern noch meldete sogar das Scherl-Blatt, daß Leutwein das Oberkommando im Hereroskrieg behalten werde, nachdem einen Tag vorher Generalleutnant v. Trotha selbst seine Ernennung zum Oberkommandierenden durch die Presse dementiert hatte — und heute wird offiziell mitgeteilt, daß Generalleutnant v. Trotha, bisher Divisionskommandeur in Trier, tatsächlich das Oberkommando für Südafrika übertragen worden sei. Das „W. T. Z.“ meldet:

Berlin, 4. Mai. Ueber das Ergebnis der Konferenz, die der Kaiser gestern mit dem Reichskanzler, dem Chef des Generalstabes, dem Kriegsminister und dem Direktor der Kolonialabteilung hatte, erfahren wir, daß beschlossen worden ist, die von Oberst Leutwein erbetenen Verstärkungen nach Südafrika zu schicken. Die Leitung der militärischen Operationen in Südafrika soll an Generalleutnant v. Trotha übertragen werden, während Oberst Leutwein die Befugnisse als Gouverneur beibehält.

Die Ernennung Trothas zum Kommandeur der südafrikanischen Streitkräfte beweist, wie wenig optimistisch man die gegenwärtige Kriegslage in den leitenden Kreisen beurteilt. Denn wenn man nicht glaubte, daß ganz besonders schwierige strategische Aufgaben zu lösen wären, würde man ja wohl schwerlich einen Divisionskommandeur gegen die Hereros ins Feld schicken. Und aller Voraussicht nach wird sich ja auch die lächerliche Situation in Südafrika nicht wiederholen, in die Waldersee in Ostafrika geriet, der ankam, als die entscheidenden Aktionen, alle wirklichen Kämpfe längst vorüber waren. Im Gegenteil, Trotha wird in Afrika wahrscheinlich mehr zu thun bekommen, als er sich träumen läßt.

Die Ernennung Trothas bedeutet zweifellos ein Misstrauenstotum für Leutwein, dem man trotz seiner früheren militärischen Erfolge und seiner großen Erfahrungen in der Kriegsführung mit den Eingeborenen der Kolonie die Oberleitung nicht übertragen hat. Ob Leutwein danach noch lange Gouverneur bleiben wird, ist sehr fraglich. Denn wenn Leutwein auf das Amt der Elbverwaltung gesetzt wird, so hat er in der Kolonie nicht mehr

allzuviel zu sagen. Dazu kommt noch, daß man aller Wahrscheinlichkeit ein „neues System“ der Kolonialverwaltung einführen will, durch das die Militärverwaltung von der Zivilverwaltung auch in normalen Zeiten getrennt werden wird. Die Unsinnglichkeit eines solchen Systems liegt auf der Hand, wahrscheinlich wird auch Leutwein dafür danken, sich durch preussische Dientenantschuldigkeit sein Konzept verderben zu lassen. Der neue Mann aber, der an Leutweins Stelle tritt, wird jedenfalls den Wünschen der Ansetzler und Händler mehr entsprechen als Leutwein. Der Afrikaerfahrene und die gepanzerte Faust werden fortan zur Freude aller kolonialen Herrenmenschen die Eingeborenen niederdrücken!

Die Rauchschieße werden auch heute noch auf „nur“ 1500 Mann beziffert, doch heißt es bereits, daß auch eine Abteilung Jäger und Train den Transport begleiten sollten. Ferner hält man es nicht für ausgeschlossen, daß der neue Oberkommandierende noch Specialwünsche äußern könne. Der Reichstag wird ja demnächst näheres darüber erfahren. —

Deutsches Reich.

Für alle Fälle!

Die Reichstagsmehrheit hat die Wahl unfres Genossen Buchwald für ungültig erklärt, weil der Altburgische Staatsminister v. Heldorf in einer Vorrede sich gegen die Aufstellung eines extremen bürgerlichen Kandidaten ausgesprochen hatte. Derselbe Mehrheitsbescheid wurde dem Reichstagspräsidenten v. Helldorf mitgeteilt, weil der Reichstagspräsident einen Wahlauftrag gegen die Socialdemokratie unterschrieben hatte.

Wir haben dieser unstatigen und perfiden Praxis der Reichstagsmehrheit gegenüber sofort betont, daß es danach möglich wäre, jede Wahl eines Socialdemokraten für ungültig zu erklären. Man brauchte nur die Vorsicht zu gebrauchen, rechtzeitig für eine amtliche Wahlbeeinflussung gegen die Socialdemokraten zu sorgen.

Kaum hat die Wahlbewegung in Frankfurt a. O. begonnen, so verfährt man schon nach diesem Rezept. Bei der Besprechung über den gemeinsamen staatsbehaltenden Kandidaten führte nach einem Bericht der nationalliberalen „Oberzeitung“ der Landrat v. d. Marwitz aus:

Er gebe noch zu erwägen, daß diesmal zum erstenmal ein antisemitischer Kandidat hervorgetreten sei, der sich selbst aufgestellt hat und für den in unverantwortlicher und skrupelloser Weise agitiert werde. Es sei zu bedenken, daß die Antisemiten den Konservativen Abbruch thun könnten.

Es braucht also jetzt nur tatsächlich neben Wasserfall ein antisemitischer Kandidat aufgestellt werden und der Fall Buchwald ist wieder gegeben.

Es scheint, als ob man sich für alle Fälle sichern will. —

Die bestrafte Hüffener-Satire.

Als das Kieler Ober-Kriegsgericht die gegen den Fähnrich zur See Hüffener verhängte Gefängnisstrafe von vier Jahren in zwei Jahre festung unwandelte, veröffentlichte die „Kielische Allgemeine Volkszeitung“ eine Satire, in der geschildert wurde, wie Hüffener von den Offizieren beglückwünscht und gefeiert wurde.

Wegen dieser Satire hatte sich der Redakteur Kappert am Mittwoch vor dem Kieler Landgericht zu verantworten; er soll das Kieler Offiziercorps und das Kieler Ober-Kriegsgericht beleidigt haben.

Für seine Satire hatte der Verfasser einen tatsächlichen Vorgang aufgegriffen, daß nämlich zwei frühere Instruktionsoffiziere Hüffeners ihn nach dem Urteil die Hand reichten. Diese Thatsache hatte ein nach Kiel entwanderter Berichterstatter in der Weise mitgeteilt, daß die Offiziere sich in Kiel glückwünschend um Hüffener gedrängt hätten.

In der Verhandlung wurde festgestellt, daß jenes Handschütteln seitens zweier Offiziere erfolgt sei. Dagegen bestritten die Mitglieder des Kriegsgerichts, daß sie den Angeklagten beglückwünscht oder ihm die Hand gereicht hätten.

Der Staatsanwalt beantragte 300 R. Geldstrafe. Das Urteil lautete auf 200 Mark Geldstrafe. In der Begründung heißt es:

„Der Artikel des Angeklagten enthält eine Beleidigung sowohl des See-Offizier-Corps als auch des Ober-Kriegsgerichts in Kiel. Von diesem wird die Thatsache behauptet, daß es gegen Recht und Gerechtigkeit ein Urteil gegen Hüffener gefällt hätte, und von den anderen Beleidigten wird behauptet, daß sie aus dieses Urteil Freude empfunden und Hüffener noch dazu beglückwünscht hätten. Diese Behauptungen seien geeignet, die Verfassungen in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Der Beweis dafür, daß die Richter und Offiziere so gehandelt hätten, wie es in dem Artikel heißt, sei dem Angeklagten nicht in vollem Umfang gelungen, und daß er von der Absicht geleitet gewesen sei, zu beleidigen, gehe aus der Form des Artikels hervor. Von einer Wahrung berechtigter Interessen kann keine Rede sein, denn es kann der Presse nicht gestattet sein, eine derartige Kritik an einem richterlichen Urteil zu üben, wie es der Angeklagte gethan. Bei der Bemessung der Strafe sei einerseits die Schwere der Beleidigung, andererseits aber die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten und die feuilletonistische Form seines Artikels in Betracht gezogen worden. Schließlich habe zu seinem Gunsten gesprochen, daß der Artikel in einer Stadt geschrieben ist, wo die Wogen der Erregung in der Hüffener-Affaire sehr hoch gingen.“

Der Staatsanwalt als Schlichter des Landtags. Die Geschäftsordnungs-Kommission des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich mit dem Gesuchen des Ersten Staatsanwalts am Landgericht Liegnitz, die Genehmigung zur Strafverfolgung wegen Verleumdung des Landtags gegen den socialdemokratischen Redakteur Wehrlein zu erteilen. Wehrlein ist Redakteur des socialdemokratischen Blattes „Volksrecht“ in Breslau und soll in einer Versammlung in Liegnitz von dem „elenden preussischen Landtag“ gesprochen haben. Er selbst behauptet, nur von dem „elenden preussischen Landtag-Wahlrecht“ gesprochen zu haben. Die Kommission empfahl dem Plenum, die nachgesuchte Genehmigung zur Strafverfolgung nicht zu erteilen.

Als seiner Zeit, als der Reichstag die Bismarcklehre ablehnte, dies Parlament in unsäglichster Weise beschimpft wurde, da rühte sich kein Staatsanwalt!

Mahregelung eines Post-Unterbeamten. Die Petitionskommission des Reichstags verhandelte in ihrer am Mittwoch abgehaltenen Sitzung über eine Petition des früheren Post-Unterbeamten Kratochwil in München. Der Petent bittet um Wiedereinstellung in den Postdienst oder Gewährung von Ruhegehalt. Er hat mehrere Artikel für den „Postboten“ geschrieben, in denen auf Missethate hingewiesen wurde, unter denen die Post-Unterbeamten zu leiden haben. Obwohl diese Artikel ruhig und sachlich gehalten waren, erregten sie doch das Mißfallen der Postbehörde, welche das Disziplinarverfahren gegen den Petenten eröffnete; es führte zur Entlassung aus dem Postdienste.

Der zur Beratung zugezogene Regierungskommissar, Wirklicher Geheimer Ober-Postrat Dr. Spilling, suchte die Entlassung Kratochwil's zu rechtfertigen, da die Postverwaltung nicht dulden könne, daß ein Beamter in der Weise, wie es der Petent gethan, agitatorisch wirke und die Unzufriedenheit unter den Post-Unterbeamten schüre.

Die Petitionskommission konnte sich zur Ansicht des Herrn Wirklichen Geheimen Ober-Postrats nicht bekennen, war vielmehr der Meinung, daß gegen den Verfasser des betreffenden Artikels zu scharf vorgegangen worden sei, indem gleich die strengste Strafe, die Dienstentlassung über ihn verhängt worden sei.

Der Beschluß der Kommission ging dahin, beim Plenum zu beantragen, die Petition dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen.

Hoffentlich führt diese Erwägung zur Wiedereinstellung des gemahregelten Beamten. —

Zur Naturgeschichte deutscher Kolonialpolitik

veröffentlicht der bekannte Kolonialpolitiker Waldemar Schöner-Hamburg im neuesten Heft des offiziellen Organs der „Deutschen Kolonial-Gesellschaft“ wieder einige bemerkenswerte Urteile und Thatsachen, die weitere Verbreitung verdienen.

Schöner will über den „Neger und seine Behandlung“ belehren und giebt nebenbei einiges für die Naturgeschichte unserer Kolonialpolitik ganz allgemein, das gerade jetzt anlässlich der Vorgänge in Südafrika sehr illustrativ wirkt. So zum Beispiel, wenn er von den jungen Leuten spricht, die von hier aus in die Kolonien gehen, um dort den Herrn und Helden zu spielen. Er berichtigt nun ihnen:

„Zu Hause waren sie ein Nichts, bedeutungslos in der großen Menge verschwindend, gezwungen zu gehorchen. Drüben will der junge Mann als Gentleman behandelt werden, auch wenn er es zu Hause nicht war, bekommt eine viel freiere und selbständigere Stellung, als er zu Hause selbst in reiferem Alter hätte erreichen können, und soll nicht nur gehorchen, sondern befehlen. Das heißt vielen jungen Leuten zu Kopfe. Es werden einmal unrichtige Befehle erteilt; die Negere, die die Arbeit besser kennen als er, fangen an zu lachen, der junge Mann sieht sich in seiner Würde gekränkt, das durch das Klima stark beeinflusste Blut kocht, er läßt sich zu Mißhandlungen der ihm untergebenen Negere hinreißen und — der Trouvaille ist fertig! Gegen nichts ist der Negere empfindlicher als gegen Ungerechtigkeit. Hat er wirklich etwas verbrochen, so nimmt er willig sogar eine grausame Bestrafung hin; ist er dagegen unschuldig, so verzeiht er nicht einmal einen leichten Schlag. Noch schlimmer als junge Kaufleute sind die jungen Beamten und Offiziere daran, die draußen im Vergleich mit der Heimat mit einer ungeheuren Machtfülle ausgestattet und nur zu leicht geneigt sind, diese zu mißbrauchen, zumal da gewöhnlich die Kontrolle seitens der Vorgesetzten keine strenge ist.“

Wer zu lesen weiß begreift, was alles hinter diesen noch gemilderten Ausdrücken eines alten Kolonialmannes steckt. Die Bemerkungen enthalten ja auch nicht wesentlich Neues, und sie sind besonders nur um deswillen lehrreich und merkwürdig, weil sie von einem begeisterten Kolonialförwärtler stammen, der die bei solchen seltenen Eigenschaften der Ehrlichkeit gegenüber seinen Kollegen besitzt.

Eine fürchterliche Anklage erhebt schließlich der Verfasser gegen eine Missionsanstalt, indem er berichtet:

„Die Missionen selbst haben viel verschuldet durch ihre Unzulänglichkeiten gegen Andersdenkende. Ein schreckliches Beispiel sah ich noch im vorigen Jahre. Nam da zur Zeit einer Hungersnot ein alter Negere mit seiner ganzen Familie an die Thore einer Missionsstation und bat um Nahrung für sich und die Seinigen. Als ihm aber die Bedingung gestellt wurde, daß er für die Mission arbeiten und zwei seiner Kinder der Mission zur Erziehung übergeben sollte, lehnte er ab und — erhielt nichts. Am folgenden Tage fand man den Alten auf der Straße verhungert!“

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß auch hier jedes Wort auf Wahrheit beruht. Die Missionare haben in letzter Zeit durch ihre verhältnismäßig gerechte Kritik gegenüber dem Herero-Aufstande in der öffentlichen Meinung stark gewonnen, das vorstehend erzählte Beispiel lehrt aber wieder, in wie notwendig engen Grenzen diese Achtung bleiben muß.

Ein prügelter Stabshobbi.

Seit längerer Zeit schwärzen in Gotha über das Thun und Treiben des Kapellmeisters Schreiber vom Infanterie-Regiment Nr. 95 in Gotha die verschiedensten Gerüchte in der Luft herum. Daß die Behandlung, die er seinen Untergebenen zu Teil werden ließ, sehr viel zu wünschen übrig ließ, wußte man allgemein, daß dieser Kapellmeister aber seine Untergebenen auch prügelte, wußten nur die Geprügelten selbst und die im Corps befindlichen Chargierten, die aber aus Furcht vor der Konsequenz sehr verschwiegen waren. Mit einer gewissen Genugthuung nahm man dem auch Kenntnis davon, daß das Kriegsgericht sich mit dem prügelternden Kapellmeister beschäftigte und seine Verurteilung und die Aufhebung aller seiner Schandthaten nahe bevorstand. Einmal sollte schon der Tag der Verhandlungen festgesetzt sein, aber immer wieder hieß es, der Termin sei vertagt, weil die Voruntersuchung noch nicht abgeschlossen sei. Jetzt endlich, nachdem man diese Verhandlung in aller Ruhe vorbereitet hatte, fand am Sonnabend, so muß man wenigstens annehmen, vor dem Kriegsgericht der 88. Division in Erfurt die Verhandlung statt. Die Vertreter der Presse waren nicht vertreten, weil die zuständigen Organe von dem Termine nichts zu wissen vorgaben. Alles Befragten war vergeblich. Bestimmte Gerichtstage giebt es nicht, und nur durch einen Zufall erfahren die Pressevertreter überhaupt nur das Stattfinden von Terminen. So viel ist bis jetzt aber bekannt, daß skandalöse Fälle zum Vorschein gekommen sind, die das Licht der Öffentlichkeit nicht vertragen konnten. Nur durch ein abgeordnetes oder abgekauftetes Telegramm erfährt man, daß dieser „Held“ seine Strafe erhalten hatte. Wegen 22 Fällen von Mißhandlung wurde dieser rätselhafte Mensch zu 4 Monaten Festung verurteilt. Von einer Degradation wurde Abstand genommen. Unseres Erachtens haben die Kriegsgerichte das Bestreben, die Presse in derartigen Fällen möglichst fernzuhalten. Dasselbe Verfahren, wie es in diesem Falle geübt wurde, beliebt man, als es sich um einen Leutnant aus Eisenach handelte. Unser Vertreter im Reichstage werden dafür sorgen müssen, daß das öffentliche Verfahren, wie es das Gesetz bestimmt, auch geübt wird, und daß Bestimmungen über die Abhaltung der Termine getroffen werden, wie sie beim ordentlichen Gerichtsverfahren geübt werden. Das Berufungssystem muß beseitigt werden, wenn die Eiterbeulen am Körper des Militarismus beseitigt werden sollen. Das Volk hat ein Recht, auch zu erfahren, wie seine Söhne von Offizieren und Leuten à la Schreiber behandelt werden. —

Ein Wahlprozeß spielte sich am 3. Mai vor dem Offenbacher Schöffengericht ab. Der nationalliberale Stadtverordnete Th. Böhm fühlte sich beleidigt durch einige Artikel, die der Vorsteher des Offenbacher Kreiswahlvereins Dr. h. c. h. in „Offenbacher Abendblatt“ mit seiner Namensunterschrift veröffentlicht hatte. Es wurde in diesen Artikeln dem Böhm vorgeworfen, er habe Geld zum Stimmenkauf bei der letzten Reichstagswahl hergegeben. Die Beweisnahme ergab, daß der ultramontane Stadtrechner Nebel in Dieburg, der bei der Hauptwahl ausgefallene Centrumskandidat, Maurermeister in Dieburg und einen Maurerpolier in Karlsruhe vor der Stichwahl erjunkte, ihre centristischen Arbeiter zur Wahl zu schämen, der entgehende Arbeitslohn und das Fahrgeld sollten ersetzt werden. Jedoch sollten sie unter keinen Umständen den Einbruch erweisen, als sollte ein Einfluß auf sie ausgeübt werden.

Thatsächlich ist den betreffenden Arbeitern nach der Wahl eine Geldentschädigung gezahlt worden. Ebenso wurde erwiesen, daß am Stichwahltag getrunkenes Freibier später bezahlt worden ist. Arbeiter, die nicht bereit waren, die Geldentschädigung anzunehmen, wurden dazu schließlich doch bestimmt, nachdem man ihnen gesagt hatte, sie könnten das Geld so für einen „guten Zweck“, z. B. zum Kapellenbau (!) spenden. Das ist denn auch mehrfach geschehen, zwei Arbeiter gaben ihre Geldentschädigung für Mehlgewänder her!

So interessant alle diese Feststellungen waren, so nützten sie doch dem Angeklagten nichts; der Beweis für seine Behauptungen

Könnte nicht erbracht, vielmehr nur festgestellt werden, daß Böhm namens der nationalliberalen Partei die Rechnungen — auch die für die Geldentschädigungen an die zentrums-katholischen Arbeiter und für das Freiberger — an den Stadtrechner Uebel, den ausgesprochenen Centrumskandidaten, der bei der Stichwahl für Dr. Becker ins Zeug ging, gezahlt hat. Orb wurde zu einer Geldstrafe von 600 M. verurteilt.

Ein Majestätsbeleidiger aus dem Centrum. In einer Majestäts-beleidigungssache fällt die Strafkammer in Schweinfurt ein freisprechendes Urteil. Der Sünder, der gegen die Majestät gelündigt haben sollte, war der verheiratete Brauer Andreas Lang von Stadel-schwarzach, der bei einer Unterhaltung im Wirtshause darthun wollte, daß der Kaiser aus dem gleichen Stoff gemacht sei wie er, und das etwas derber ausdrückte. Darin sollte nun die Majestätsbeleidigung liegen.

Der Staatsanwalt mußte im Laufe der Verhandlung selbst die Anklage fallen lassen und er wollte den Angeklagten lediglich wegen groben Unfugs zu 14 Tagen verdonnern lassen.

Nachdem der Verteidiger geltend gemacht, daß der Mann keineswegs ein Socialdemokrat, sondern ein starrer Centrums-mann sei, erfolgte Freisprechung.

Ausland.

Italien.

Wegen Majestätsbeleidigung konstituiert wurde dieser Tage das vatikanische Organ „Boce della Verita“ (die Stimme der Wahr-heit). Die Majestätsbeleidigung soll in einem Artikel, anlässlich des Besuchs Loubets verübt worden sein.

Dänemark.

Klassenkampf gegen die Gewerkschaftsbewegung. Das Hof- und Stadtgericht zu Kopenhagen hat am Montag ein Urteil gefällt, das, wenn es vom höchsten Gericht bestätigt wird und Nachahmung findet, es den Arbeitgebern möglich machen würde, wegen einer einfachen Warnung vor Zugang der Klassen der Gewerkschaften auszulagern. Das Gericht verurteilte nämlich den Tischler- und Stuhlma-cherverein sowie den Wagenmacher-Verein und dessen Vorsitzenden O. M. Jensen, dem Tischlermeister V. Andersen tausend Kronen Schadenersatz zu zahlen, weil die beiden Organisationen im Jahre 1900 während eines Ausstandes bei dem Tischlermeister mehrere Mal in „Socialdemokraten“ Aufsätze veröffentlichen hatten, worin auf die Vorgänge aufmerksam gemacht und vor Zugang gewarnt wurde. Die Aufsätze waren in der für diese Fälle allgemein üblichen und durchaus sachlichen Form gehalten, wie sie tagtäglich bei derartigen Anlässen in Arbeiter-blättern erscheinen. Würden die Arbeitgeber und die Gerichte mit derartigen Anklagen und Urteilen fortfahren, so könnten den Gewerkschaften viele hunderttausend Kronen abgenommen werden und mancher Arbeiter könnte sich dabei eine schöne Summe Geldes verdienen. — „Socialdemokraten“ erklärt, daß er nicht glauben könne, daß das höchste Gericht, das sich sicherlich auch noch mit dieser Sache zu befassen haben werde, das Urteil des Hof- und Stadtgerichts bestätigen werde. Es wäre auch scandalös, wenn den Unternehmern das Recht zugesprochen werden sollte, sich in dieser Weise der Klassen der Gewerkschaften zu bemächtigen.

Die kommunale Wahlreform gehört bekanntlich zu denjenigen Gesetzesvorlagen, die dem Volke sehr wünschenswert erscheinen, aber der Regierung und den ihr ergebenen Parteien nicht als dringlich erscheinen. Der zur Prüfung der Vorlage am 14. Januar eingeleitete parlamentarische Ausschuss hat jetzt einen gedruckten Bericht über seine bisherige Tätigkeit herausgegeben. Sie bestand im wesentlichen in einer Anfrage an die Regierung über die insolge der Reform zu erwartende Vermehrung der Wählerzahl. Das Ministerium des Innern hat darauf folgende Aufklärung gegeben:

Jetzt beträgt die Zahl der Kommunalwähler Dänemarks 401 000, durch die Regierungsvorlage würde sie auf 464 000 steigen, einschließlich 54 000 weiblicher Wähler. Rechnet man aber mit den vom Folkething angenommenen Abänderungs-vorschlägen, wonach auch steuerzahlende Diensthofen, sowie die Frauen, deren Männer Gemeindesteuern zahlen, wahlberechtigt sein sollen, so läßt sich die Vermehrung der Wählerzahl nicht genau angeben; die Gesamtzahl der Kommunalwähler wird danach jedoch geschätzt auf 420 000 Männer und 379 000 Frauen. Im ganzen beträgt in Dänemark die Zahl der über 25 Jahre alten Männer 653 076, Frauen 617 837. Der Ausschuß hat sich außerdem über den bei den Kommunalwahlen in Norwegen gebräuchlichen Wahlmodus, sowie über den für die Reform des Stimmrechts in Schweden vor-geschlagenen Wahlmodus Aufklärung geben lassen. Zu weiteren Thesen hat der Ausschuss keine Zeit mehr gefunden.

Rußland.

Um Sebels Bild.

Man schreibt uns aus Petersburg:

Neulich ist in der hiesigen Vergakademie folgende merkwürdige Geschichte passiert. Der neu angestellte Direktor der genannten Anstalt, Professor der Chemie von der Petersburger Universität Konovalow, hatte offenbar beschlossen, sofort seine „Schneidigkeit“ zu beweisen und die rebellische Studentenschaft der Vergakademie „fest anzufassen“. — es sei nebenbei bemerkt, daß die Vergakademie in Petersburg sich in den letzten Jahren durch den revolutionären Geist ihrer Zöglinge, sowie durch eine Gruppe fort-schrittlicher, anspruchsvoller Professoren rühmlich hervorzuheben hat. Seinen Kampf mit dem Drachen Rebellion begann nun Herr Direktor Konovalow damit, daß er sich zur Revision in den sogenannten „Speiseaal“ begab — eine genossenschaftliche Veranstaltung der Studenten, wo sie ihre Mahlzeiten einnehmen, Zeitungen lesen und die Gesellschaft pflegen. Der Speiseaal der Vergakademie befindet sich im Akademiegebäude, und so wählte sich der schneidige neue Direktor berufen, auch dorthin sein wachsameres Auge spazieren zu lassen. Und, o Schreck! was erblickt er auf einer Wand des Speiseaales, unter andern Porträts beliebiger russischer Schriftsteller und Denker? — Sebels Bild! Sofort erklärt Herr Konovalow dem Dujour habenden Studenten, daß das anstößige Porträt heruntergenommen werden müsse. Er bekommt jedoch zur Antwort, daß die Ausschmückung der Wände im Speiseaal eine interne Angelegenheit der Verwaltung des besagten Saales sei, und daß Sebels auf Anweisung dieser Verwaltung seinen Platz erhalten habe. Der gereizte Direktor befiehlt alsdann dem Portier, das Porträt herunterzuholen; als sich jedoch auch dieser weigert, reißt der Herr Direktor eigenhändig Sebels Bild von der Wand und schmeißt es auf den Boden.

Die Studentenschaft ließ sich diesen Lort nicht ruhig gefallen; galt es doch die Unantastbarkeit der studentischen Selbstverwaltung zu verteidigen. Es wurde eine Versammlung einberufen, ein Protest angenommen und derselbe zum Direktor geschickt. Allein Herr Konovalow wollte „fest bleiben“ und jagte einfach die studentische Deputation, die ihm den Protest überreichte, fort. Die Studentenschaft berief als Antwort darauf eine neue Versammlung ein und stellte die Forderung der Entlassung Konovalows.

Gleichzeitig brach ein Konflikt zwischen dem Direktor und den Professoren aus. In einer Sitzung des Professorenrats machte Professor Lutugin (derselbe, der sich bereits aus dem letzten Kongreß der Techniker durch fortschrittliche Haltung hervorzuheben hat) dem Direktor die Bemerkung, daß er dessen Benehmen den Studenten gegenüber für unpassend erachte. Konovalow erwiderte durch eine Grobheit, indem er Lutugin, der zwar kein ordentlicher Professor, aber seit Jahren Mitglied des Professorenrats ist, vorhielt, daß er eigentlich kein Stimmrecht habe. Daraufhin gab Prof. Lutugin sofort seine Demission und verließ den Saal. Seinem Beispiel folgten noch 5 Professoren, die zusammen mit noch 4 Assistenten des Laboratoriums, zusammen also 10 Personen, demissionierten und als Bedingung ihrer Rückkehr auf den Posten die Entlassung des Direktors forderten. Außerdem erklärten drei Viertel aller Studenten, nicht zum Jahrestag kommen zu wollen, falls Konovalow nicht des Amtes enthoben werde. In-folgedessen ist die Vergakademie geschlossen. Die Demission der genannten Professoren und Assistenten ist im Augenblick, wo ich Ihnen schreibe (18. April), noch nicht genehmigt.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages setzte am Mittwoch die Beratung der zum Reichshaushalts-Etat bei ihr eingebrachten Resolutionen fort. Zur Verhandlung stand der Antrag Müller-Sped, der Reichstag möge ein Gesetz erlassen, durch dessen Bestimmungen ermöglicht wird, diejenigen Bestände an künstlichen Süßstoffen, die sich noch in amtlichen Zolllagern befinden und in-ländern gehören, unter amtlicher Aufsicht an Apotheker oder an die Aktiengesellschaft vorm. Fahlberg, List u. Cie. abzugeben. Trotz der eingehenden Darlegungen des Unterstaatssekretärs v. Fischer verwarf die Centrumsabg. Erzberger im „Interesse des Mittelstandes“ den komischen Vorschlag zu retten. Der württembergische Bundesrats-Bevollmächtigte Schneider stellte fest, daß in ganz Württemberg 233 Personen 1416 Kilogramm Süßstoff in den Zolllagern eingelagert haben; 240 Personen haben Vorräte von bis 10 Kilogramm, 100 Personen haben nicht einmal ein Kilogramm. Die württembergische Regierung setze dem Vorschlag sympathisch gegenüber. Dr. Südekum gestellte die durch die Resolution empfohlene stürmische Art der Befehlsausführung. Diese Art der „Mittelstands-reiterei“ nehme sich wie die Karrikatur einer vernünftigen Befehlsausführung aus und könne nicht scharf genug zurück-gewiesen werden. Wenn man schon so wolle, dann solle man doch lieber gleich auch die Namen der „Geschädigten“ in das Ent-schädigungsgesetz aufnehmen; man dürfe sich dann aber nicht wundern, wenn hinterher jeder Handwerker oder Fleischer, der bei irgend einer Submission zu Schaden gekommen ist, mit dem Verlangen nach einer gesetzlichen Entschädigung komme. Dann werde man ja wohl erkennen, wohin man gerate. Abg. Dr. Baasche schloß sich diesen Ausführungen an und brachte eine Abänderung der Resolution Sped ein, wonach der Reichskanzler Erhebungen darüber anstellen soll, wieviel Süßstoff noch in deutschen Zolllagern liegt, ob einzelne Leute vom Gezege besonders hart getroffen werden und ob ihnen geholfen werden kann. Ab-geordneter Sped wollte seine Resolution nicht gerade wörtlich genommen wissen, sondern wollte nur den kleinen Leuten helfen. Um überhaupt ein Resultat zu erreichen, so sagte Herr Sped, zöge er seine erste Resolution zurück und schlug eine neue vor. Danach soll den inländischen Besitzern von Süß-stoffen in Zolllagern eine Entschädigung auf dem Verwaltungswege zugestanden werden. Er hoffe, daß auch die Socialdemokraten dafür zu haben seien. Unterstaatssekretär v. Fischer sagte zu, daß die Sache nochmals geprüft werden solle. Nach weiterer Debatte wurde auch die zweite Resolution Sped zurückgezogen und die Resolution Baasche angenommen.

Abg. Dr. Arendt begründete sodann eine Resolution zum Etat der Stempelsteuer. Danach sollen die Regierungen erucht werden, eine reichsgesetzliche Regelung des Lotteriewesens und die Einrichtung einer Reichslotterie herbeizuführen. Der jetzige Zustand der Konkurrenz der einzelstaatlichen Lotterien und die Verbote des Spielens in „ausländischen“ Lotterien in den verschiedenen Staaten sei unerträglich. Abg. Arendt legte ein sächsisches Kellern „Schwein“ vor, das ganz „socialdemokratisch“ abgefaßt sei und in dem Laffale als Schuppeliger der Lotterie aufgeführt werde. Solcher Prospekte seien eine Anzahl vorzulegen. Die Staaten verlaufen sich hier gegenseitig das Recht der Ausbeutung ihrer Unter-thanen durch die Lotterien. Das einzig Zweckmäßige sei eine reichs-gesetzliche Regelung des Lotteriewesens und dann die Einführung der Reichslotterie. Der sächsische Geh. Rat Dr. Käger erkannte das Vorhaben großer Wohlthäter an, aber augenblicklich lasse sich nichts dagegen thun. Für die Kellern sei die sächsische Regierung nicht verantwortlich; gegen die Ausbreitungen werde man vorgehen. Die Reichslotterie würde ein Eingriff in die Landeshoheitsrechte sein. Auf die Einnahmen aus der Lotterie könne z. B. Sachsen zur Zeit gar nicht verzichten. Der Schatzsekretär v. Stengel meinte, das Reich habe nur ein Interesse an der ordnungsmäßigen Entrichtung der Stempel. Der Bundesrat habe sich mit der Frage der Reichs-lotterie überhaupt noch nicht beschäftigt; deshalb könne er sich auch gar nicht äußern. Abg. Graf v. Oriola wandte sich gegen die Vorschläge des Abg. Arendt, befürwortete aber die Verständigung zwischen den einzelnen Regierungen. Geh. Rat Paulsen legte dar, daß nur der schlechte Stand der Reichsfinanzen die sächsischen Staaten zur Errichtung einer Lotterie getrieben habe. Abg. Singer begrüßte die Reizung des Abg. Arendt zum Centralismus; die Er-wählung des Namens Laffale schmeiße ihm auf einer Falschung zu beruhen. Wenn die Lotterie schädlich sei, dann solle man sie nicht nach dem Grundsatze: „Ein Gott, ein Reich, eine Lotterie“ noch weiter verbreiten. Deshalb solle man gegen die Resolution stimmen. Abg. Dr. Arendt trat in seinem Schlußwort (nachdem das sächsische „Schwein“ ein Weilschen auf den Kommissionsstischen gesucht und endlich wieder gefunden worden war) nochmals überzeugungsvoll für seinen Antrag ein und zog ihn dann zurück.

In einer Resolution der Centrumsvertreter wird verlangt, die Verwaltung des sächsischen Expeditionscorps mit der Verwaltung von Kiautschou zusammenzulegen, aber in der Voraussetzung, daß sie demnächst ganz zurückgezogen werde. Der Staatssekretär des Aus-wärtigen betonte die Absicht, das Corps bald zurück-zuziehen; man wolle eine Reorganisation für den nächsten Etat in Erwägung ziehen, bitte aber, den Weg nicht festzulegen. Abg. Ledebour wies auf die Gefahr hin, daß durch diese Zu-sammenlegung das Expeditionscorps zu einer dauernden Einrichtung werde. Die Besatzungsbrigade wollen wir aber bald zurückbringen; deshalb würden die Socialdemokraten gegen die Resolution Sped stimmen. Abg. v. Staudt sprach sich ebenfalls dagegen aus. Abg. Graf v. Oriola bestritt das Vorhandensein von politischen Gerächen in der Resolution; das Ziel sei ihm sympathisch und des-halb stimme er dafür. Staatssekretär v. Richthofen bestritt, daß eine Verschmelzung der Verwaltungen ohne weiteres eine Verbilligung bedeute. Abg. Sebels wandte sich gegen den Grafen Oriola, von dem er vermutete, daß er auf dem Wege der Resolution zu einer dauernden Einrichtung der Besatzungsbrigade kommen wolle. Wenn man die Brigade rasch zurückziehen wolle, dann brauche man gar nicht erst zu reorganisieren. Jetzt sei die Stellung des Reichstages klarer als nach einer solchen Verschmelzung, nach der man gar nicht mehr werde erkennen können, was man für die Brigade aufzugeben habe. Abg. Sped behauptete, daß durch seinen Vorschlag eine erhebliche Ersparnis erzielt werde; etwas anderes wolle er nicht. Abg. Dr. Baasche führte gegen Sebels aus, seine Partei wolle auch keine Kolonialarmee, sondern die Zurückziehung der Brigade; es sollte dann nur eine Gefandtschaftswache in Peking bleiben und der Verwaltung in Kiautschou unterstellt werden. Er wolle gegen die Resolution stimmen. Abg. Gröber wandte sich ebenfalls gegen die Resolution; Reorganisationen seien immer sehr teuer. Auch sei der Zeitpunkt dafür nicht günstig. Abg. Sped zog seine Re-solution zurück.

Wahlprüfungs-Kommission. Zur Prüfung stand zunächst die Wahl des Abg. Potthoff (fr. Vg.). Wahlkreis Waldeck-Pyrmont. Bei der Hauptwahl erhielt der Antisemit 4155 Stimmen, Potthoff 2891, der Socialdemokrat 1830, das Centrum 176; bei der Stichwahl Potthoff 5184, der Antisemit 5044. Wegen die Wahl wurde von antisemitischer Seite Protest ein-gelegt. In Pyrmont hat der Kreisrentmeister als Wahl-vorsitzer fungiert. Nach § 9 des Wahlgesetzes können nur solche Wahlberechtigzte Vorsteher, Beisitzer oder Protokollführer bei der Wahlhandlung sein, welche kein unmittelbares Staatsamt bekleiden“. Die fungierenden Staatsbeamten dennoch bei der Wahlhandlung, dann wird nach der bisherigen Praxis der Kommission und des Vennens der Wahlakt des betreffenden Ortes inoffiziell. Da jedoch die Kassierung des Wahlaktes in Pyrmont nicht zur Aufhebung der Majorität für Potthoff führen würde, entschied sich die Kommission dahin, nur im Eventualfall die Kassierung dieser Wahl vorzunehmen. Der Protest behauptet nun, es sei eine amtliche Wahlbeeinflussung zu konstatieren, da Postmeister und andre Beamte, denen keine polizei-lichen Befugnisse zustehen, in einem von ihnen mit ihrem Titel unterzeichneten Wahlaufsatz für Potthoff eingetreten seien. Die Kommission hielt dies für unbeachtlich, weil eben die betreffenden

Beamten keine polizeilichen Befugnisse haben. Und da sonst weitere Monitis nicht gezogen waren, kam sie zu dem Beschlusse, die Wahl Potthoffs für gültig zu erklären.

Die Wahl des Abg. v. Malgahn (l.) im 4. mecklenburgischen Wahlkreise, Malchin-Waren, war der Kommission zur Prüfung zugewiesen worden von der 5. Abteilung, die an der Gültigkeit der Wahl gezwweifelt hatte. Ein Protest gegen die Wahl lag nicht vor. Bei der Hauptwahl erhielt v. Malgahn 9211 Stimmen, der Socialdemokrat 6288, die Freiwilrige Vereinigung 2734; die Majorität für v. Malgahn betrug also nur einige hundert Stimmen. Von den für ungültig erklärten Stimmen war jedoch nur ein kleiner Teil für gültig zu erklären, das hob die Majorität für v. Malgahn nicht auf. Da bedeutende Verstöße zu nicht konstatirt werden konnten, so erklärte die Kommission auch diese Wahl für gültig.

Ebenfalls wurde die Wahl des Abg. Menz (l.), Wahlkreis Gumbinnen-Insterburg, für gültig erklärt.

Dann prüfte die Kommission die Wahl des Abg. Gamp (Rp.), 8. Wahlkreis des Regierungsbezirkes Marienwerder, Deutsch-Krone. Bei der Hauptwahl erhielten Stimmen: Centrum 3776; Gamp 2069; Antisemit 2370; Bund der Landwirte 1014; Socialdemokrat 645; freiwilrige Vereinigung 284; bei der Stichwahl Gamp 6025, Centrum 4580. Wegen die Hauptwahl war von anti-semitischer Seite Protest eingelegt. Zwei Tage vor der Wahl verbot die Polizei eine antisemitische Wählerversammlung, angeblich aus Gründen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Der Protest behauptet nun, daß Gamp, der 599 Stimmen mehr als der antisemitische Kandidat erhalten hatte, nicht in die Stichwahl ge-kommen wäre, wenn die Versammlung hätte stattfinden können.

Die Kommission hielt an der bisherigen Praxis fest, daß, wenn im Umkreise des Versammlungsortes bis zu vier Kilometern Entfernung Orte mit zahlreicher Wählerchaft in Betracht kommen, so daß ein anderer Wahlausgang durch die abzuhaltende Versamm-lung hätte herbeigeführt werden können, dann die Wahl zu kasieren sei. Aber die Mehrheit der Kommission kam zu dem Schlusse, daß das Versammlungsverbot an und für sich wohl beachtlich sei, aber nach Berücksichtigung aller einschlägigen Ver-hältnisse und nach einer auf Wahrheitsliebe beruhenden Ver-ehrung noch eine Majorität für Gamp bestehen bleibe. Und da ein weiterer Protestpunkt, der eine amtliche Wahlbeeinflussung durch einen Gemeindevorsteher im Auftrage des Gemeindevorstandes be-hauptete, beweislos gelassen wurde, also nicht genügend substantiiert war, kam die Mehrheit der Kommission zu dem Beschlusse, auch die Wahl Gamps für gültig zu erklären.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 6. Mai.

Die Münzkommission beriet am Dienstagabend die Vorschläge, die den Kommissionenmitgliedern für die Form der neuen Fünfzig-pfennigstücke gemacht worden waren. Die die Regierungsvorrede mitteilten, hat das Reich für das Gramm Feinsilber einen Kosten-aufwand von 18 Pf., da es aus den einzuziehenden Thalerklüden hergestellt wird; auf dem Weltmarkt ist der Silberpreis 8 Pf. pro Gramm. Das nach Wurm's Vorschlag geprägte Fünfzigpfennig-stück, das dicker wie die bisherigen ist, hat ein Raubgewicht von 4,16 Gramm; bei 800 Feingehalt würden pro Stück 3,125 Gramm Silber erforderlich sein, die zum Silberpreise des Weltmarktes 25 Pf. kosten würden, während das von der Regierung vorgeschlagene mit 3,336 Gramm Raubgewicht und 2,6 Gramm Silbergehalt 20 Pf. kostet. Dadurch aber, daß das Reich das Silber in den Häusern weit teurer einkaufen muß (nach § 4 des Münzgesetzes), stellen sich die Kosten des von der Regierung vorgeschlagenen Fünfzigpfennigstückes auf 45 Pf. und das nach Wurm's Vorschlag geprägte auf 65 Pf. Letztere Unterein sind freilich nur scheinbar; wie Wurm darlegte, ließen sie sich durch Einkauf von Silber für Prägung der Fünfzigpfennig-stücke auf 25 Pf. herabsetzen. Daß das dickere Fünfzigpfennigstück praktisch ist, wurde anerkannt, Wurm's Antrag aber, es zu prägen, mit sechs gegen sechs Stimmen abgelehnt. — Der Antrag Erzberger, auch Dreimarstücke zu prägen, wurde gegen vier Stimmen angenommen. — Der Entwurf soll noch vor den Pfingstferien zur zweiten Lesung im Plenum kommen.

Maisfeier.

Ueber die Maisfeier im Wahlkreise Ostpreußen ging uns noch nachfolgender Bericht zu:

In Belten, Behlesang, Narwig und Heunigsdorf fanden zahlreich besuchte Feste und Versammlungen statt. Besonders stark war der Andrang in Belten, wo in dem großen Thiesleichen Gartenetablissement kein Apfel mehr zur Erde konnte. In den drei ersten Orten hielt Genosse Dr. Karl Liebknecht, in Behlesang und Narwig unter dem Loben des fürchterlichen Unwetters, die Feste.

In Rehin war aus lokalen Gründen schon am 24. April eine gut besuchte Versammlung mit dem Genossen Liebknecht als Referenten abgehalten worden. Am 1. Mai wurde unter regster Beteiligung ein Ausflug unternommen.

In Rauen fand eine gut besuchte Versammlung am Sonnabend statt, während der Sonntag ausschließlich der heiteren Unterhaltung vorbehalten blieb.

Überall war die Stimmung begeistert.

Ueber die Maisfeier im Ausland erhalten wir noch eine Anzahl Nachrichten, die wir hier folgen lassen.

Die Maisfeier in der Schweiz verlief, wie wir bereits berichteten, an allen Orten glänzend und befreudend. Die Festzüge zählten überall viele Teilnehmer und in den größeren Städten bildeten Laufende in den Straßen und an den Fenstern eine imposante lebendige Einrahmung. Die zahlreichen roten Fahnen, die in den Festzügen mitgeführt wurden, ferner hübsche Kindergruppen, weiß gefledderte Mädchen mit Blumenböden, die Gruppen der organisierten Frauen in ihren farbigen Sommerkleidern, die kostümierten Turner-gruppen usw. verliehen wie immer den Umzügen Leben und Farbe. Im Jüricher Festzuge marschierte auch ein schwarzer Genosse, ein Regier, mit, daneben viele Russen, Italiener usw. Die Zahl der Zugsteilnehmer betrug 6000 bis 7000, diejenigen am Festplatz circa 10 000. Die Festreden hielten am Vormittag in Zürich Arbeiter-sekretär Wöschstein, St. Gallen, am Nachmittag Advokat Albfischer-Luzern, außerdem wurden italienische Referate gehalten. Winterthur hatte 1000 Personen im Zuge, 1500 auf dem Festplatz; Medner waren Zimmer und Advokat Dr. Benz; St. Gallen 2000 Teilnehmer, Medner Advokat Dr. Farbstem, Zürich und Vadani; Luzern 1000, Medner Dr. Erdmann, Zürich usw. Ein tüchtiges Stück Aufklärungs- und Agitationsarbeit ist wieder geleistet worden.

In Dänemark gestaltete sich die Maisfeier wiederum zu einer gewaltigen Massen demonstration. Der Zug, der sich in Kopen-hagen am Nachmittag mit roten Fahnen, hunderten Standarten, Vereins- und Gewerkschaftsbannern, mit 21 Musikkapellen durch die Straßen der Stadt bewegte, zählte ungefähr 20 000 Teilnehmer. Auf dem Festplatz sprachen die Parteigenossen P. Knudsen, Chr. Ras-mussen, J. A. Hansen und P. Sabroe. Die Demonstration galt diesmal vor allem dem Achtstundentag. Mit großer Begeisterung stimmten die Versammelten einer Resolution zu, in der diese Forderung ausdrücklich begründet wird und wie möglich den von der socialdemo-kra-tischen Forderungsfraction eingereichten Gesetzentwurf über den Achtstundentag durchzuführen. Am Abend fanden in den vier Versammlungsgebäuden der Arbeiterschaft Versamm-lungen statt, die alle außerordentlich stark besucht waren. Außer in der Hauptstadt haben noch in 56 Städten und Orten Dänemarks Demonstrationen und Versammlungen stattgefunden, alle unter zahlreicher Beteiligung.

Auch in Norwegen ist die Maisfeier großartig verlaufen. In Kristiania nahmen ca. 15 000 Menschen an Demonstrationen teil, 82 Organisationen mit 24 Musikkapellen waren im Zuge ver-treten. Auf dem Versammlungsspiel im Ibsenpark sprach der Storchings-Abgeordnete J. Berge über den Achtstundentag, ferner Magnus Rissen, der Geschäftsführer der Arbeiterpartei. Im Erlangen hielt Storchings-Abgeordneter Dr. A. Erilisen die Fest-rede. Überall herrschte große Begeisterung.

In den übrigen Städten Norwegens verlief die Feier den Verhältnissen entsprechend nicht minder imponant. Auf dem Marktplatz in Drammen hatten sich 7000 bis 8000 Personen zur Mai-Demonstration versammelt, in Bergen nahmen 2000 an Demonstrationen teil, in Trondhjem ebenfalls 2000, in Borsgrund 1000; durch das Anfang dieses Jahres abgebrannte Kalesund bewegte sich ein Demonstrationszug, der 500 Teilnehmer zählte, in dem hoch über dem Polarkreis gelegenen Karvi nahmen 800 Personen an Zuge teil, zur Veranlassung auf dem Marktplatz aber hatten sich 2000 eingefunden. Dort wie im übrigen Norwegen und wie fast überall in den skandinavischen Ländern war die Maifeier von herrlichem Wetter begünstigt.

Noch aus vielen anderen norwegischen Städten wird von bedeutenden Demonstrationen und zahlreicher Beteiligung berichtet.

Die Maifeier in Spanien ist in diesem Jahre besonders bemerkenswert gewesen. Die Madrider Sozialisten hatten ein Theater gemietet, wo Iglesias und noch andre sozialistische Redner sprachen. An dem Ulnage durch die Stadt nahmen gegen 20 000 Menschen teil; der Zug begab sich vor das Ministerium des Innern und vor das Rathaus. Auch in Barcelona beteiligten sich große Massen an der Feier.

Der „Socialista“, das Zentralorgan der sozialistischen Partei Spaniens, ist am 1. Mai als Festblatt in besonderer Ausstattung erschienen. Eine große Illustration auf der Titelseite, mit der Unterschrift „Der Kampf ums Dasein“, zeigt eine junge Proletarierfrau, ein mächtiges Schwungrad drehend, während der Mann an der dadurch in Betrieb gesetzten Werkbank seiner schweren Arbeit obliegt. Ein zweites Bild zeigt den Proletarier (Lazarus), dem Marx (Jesus) zuruft: „Stehe auf und wandle!“ Außerdem enthält die Nummer eine Reihe schwunghafter Artikel aus der Feder der bekanntesten Führer der spanischen Socialdemokratie.

Die Maifeier in Warschau. Warschau, 2. Mai. (Fig. Ver.) Wenn die Regierung hoffte, durch den Gewaltstreik gegen die socialdemokratische Druckerei am 27. April und durch eine ihr folgende Proklamation des Generalgouverneurs, die gewisse machen des Belagerungszustand verhängte, die Maifeier in Warschau unmöglich zu machen, so hat sie sich bitter getäuscht. Nach den Aufregungen des bewaffneten Widerstandes, als die Polizei wohl dachte, die Organisation der Maifeier wäre nun lahmgelegt, verbreitete die Socialdemokratie, gleichsam der Regierung zum Hohne, in ruhiger und gründlichster Weise in tausenden von Exemplaren in der ganzen Stadt die Mai-Festblätter mit der Unterschrift des Hauptvorstandes der Socialdemokratie Russisch-Polens und Litauens, die, wie bereits gemeldet, viel früher in Sicherheit gebracht waren, und zehntausende von Handzetteln mit der Einladung zur Demonstration.

Am Sonntag war vom frühen Morgen die Stadt in gespanntester Erwartung. Auf den Trottoirs sah man überhaupt nur festlich gekleidete Arbeiter in dichten Scharen gehen, denn unsere berühmtesten Bourgeoisie wagte sich überhaupt nicht aus den Häusern. In der „Gesellschaft“ lud man einander zum Sonntag für den ganzen Tag ein, um sich gar nicht auf der Straße zu zeigen, wo Gott weiß was passieren würde.“ Gegen 5 Uhr — die zur Demonstration bestimmte Stunde — hielten die bürgerlichen Hausfrauen doch vor Reugierde nicht aus, und da sie zu Fuß zu gehen fürchteten, so entwidelte sich ein ungeheurer Trabanten- und Droschkenverkehr. In dessen sammelten sich gemäß der Einladung der Socialdemokratie Tausende von Arbeitern in der Marschallowskistraße. Die Hauptgruppe mit den Fahnen stand zwischen der Heiligengehege- und der Proznastraße, um sie herum waren bereits um halb sechs Uhr mehrere Tausende dicht zusammengedrängt. In demselben Augenblick wo der Zug sich in Bewegung setzen wollte, fielen aus dem Verließ (im Hofe eines Hauses) 200 berittene Gendarmen heraus und stürzten sich mit wildem Ungestüm in die Menge direkt auf die Menschen.

Es entstand ein wildes Durcheinander, der Zug wurde gesprengt, die Arbeiter zerstreuten sich schnell, doch, während die Gendarmen sich triumphierend in ihr Verließ zurückzogen, sammelten sich die Arbeiter wieder an einem andern Punkt: auf dem Marktplatz. Hier wurden drei Fahnen entfaltet (darunter eine jüdische). Die Demonstration wurde von der Socialdemokratie Russisch-Polens und Litauens gemeinsam mit dem jüdischen Arbeiterbund veranstaltet) mit großen Aufschriften: „Nieder mit dem Absolutismus! Hoch der erste Mai!“ Der Zug ging unter unaufhörlichen Rufen: „Hort mit dem Absolutismus! Es lebe die Socialdemokratie! Es lebe der Achtstundentag!“ und mit dem mächtigen Chorgesang der „Roten Fahne“ die ganze Elektoralnarrake entlang. Zum Schluß erschienen auch hier die Kofalen und es entstand ein Handgemenge. Doch wurden die Fahnen gerettet und auch sonst niemand ernstlich verwundet. Da die Demonstration beendet war, zerstreuten sich die Arbeiter ruhig.

Das Begräbnis der erschossenen Offiziere. Die ersten zwei von den fünf Offizieren des bewaffneten Widerstandes in der socialdemokratischen Druckerei: Mitmeyer Wintzki und Stabkapitän Ordanowski sind mit gewolltem, demonstrierendem Pomp beerdigt worden. Zwei Offizieren-Companien der Leibgarde mit vier Militärkapellen, alle höheren Würdenträger Warschaus, Senatoren, Generale, Staatsräte, Kammerherren, das gesamte Offizierscorps der Gendarmen und der Polizei, zahlreiche Blumenkränze, die auf einem besonderen Wagen geführt werden mußten, begleiteten die Opfer der Parenterie. Auf dem Grabe wurden Ehrenschüsse gegeben. Der Generalgouverneur Scherwofsky entschuldigte sich durch ein „Unwohlsein“, was von einer Seite als Vorwand für eventuelle Zwischenfälle während des Begräbnisses, von anderer als wirkliche Entschuldigung vor Scheid und Verzer nach der peinlichen Affaire in der Druckerei erklärt wird. Dafür aber beehrte die Frau des Generalgouverneurs die beiden Witwen der erschossenen Offiziere durch persönlichen Beileidsbesuch.

Aus Industrie und Handel.

Der neue niederländische Zolltarif.

Der neue niederländische Zolltarif-Entwurf, von dem der Handelsvertrags-Verein eine deutsche Uebersetzung veranfaßt hat, entspricht dem ihn in den Zeitungen vorausgegangenen Auf. Er beschränkt, daß auch in den Niederlanden eine nicht unerhebliche Verbesserung der schutzlosen Warenbestrebungen eingetreten und eine Reihe wichtiger Einfuhrartikel mit höheren Zollsätzen belegt werden soll. Allerdings, gegenüber Zollmannern, wie sie in Deutschland und den meisten europäischen Staaten neuerdings Platz gegriffen haben, muß der holländische Zolltarif als außerordentlich maßvoll bezeichnet werden. Die obere Grenze der Zölle liegt im allgemeinen bei 12 Proz. des Wertes. Wichtige Nahrungsmittel, Rohstoffe und Halbfabrikate sind vollkommen zollfrei, während Deutschland beispielsweise seine wichtigsten Nahrungsmittel mit 50 bis 80 Proz. des Wertes besteuert. Nahe diesen Zollhöchungen bringt der neue Entwurf aber auch eine vollkommene Neugestaltung des Zolltarif-Schemas. Der bisherige Tarif enthielt, ähnlich wie der frühere deutsche, nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl alphabetisch geordneter Stichworte. Durch Zusage, Zolltarif-Entscheidungen und sonstige Ergänzungen war der Tarif allmählich ziemlich umfangreich und recht unübersichtlich geworden. Demgegenüber ist der neue Zolltarif systematisch, wiederum dem deutschen Vorbilde entsprechend, in 15 Gruppen eingeteilt.

Für den deutschen Handel kommen am meisten die Gruppen 1, 2, 3, 9 und 15 in Betracht. Die 1. Gruppe, „Tiere und tierische Erzeugnisse“, belegt eine Anzahl bisher zollfreier Güter mit mäßigen Schutzzöllen, z. B. lebende Pferde, getrocknete und geräucherter Fische, Krebse und Austern, Fett von Kindern und Schafen, Eier, gereinigtes Schweinefleisch, Käse und Honig. Die Gruppe 2, „Pflanzliche Erzeugnisse“, bringt Zölle für die bisher zollfreien Produkte Mais, Trauben und verschiedene andre Früchte, außerdem eine Reihe von Zollhöchungen. Ebenso werden in Gruppe 3, „Mineralien, Metalle und Waren daraus“, eine Reihe von Produkten aus Stein, Eisen, Kupfer, Blei, Zinn, Nickel, Aluminium, die bisher zollfrei eingingen, mit Zollsätzen von 3 bis 8 Proz. belegt. Für die übrigen Erzeugnisse dieser Gruppe, die bisher mit 10prozentigen Ausnahmen einem Zollsatz von 5 Proz. unterlagen, ist dieser Satz teilweise auf 6 und 12 Proz.

erhöht, teilweise in einen Gewichts Zoll verwandelt worden. Gruppe 9, „Garne, Gewebe und Stoffe, Kleider, Modewaren“, enthält nur für einige wenige Waren keine Zollermäßigungen, für alle andern eine Verdoppelung der bisherigen Sätze. Gruppe 15 endlich umfaßt „Gegenstände aus verschiedenen Grundstoffen“, d. h. alles, was nicht in andern Gruppen vorgebracht ist. Hier ist die wichtigste Aenderung, daß für alle Kurz- und Galanteriewaren und ähnliche Erzeugnisse aus Wachs, Glas, Eisenblech, Perlmutter, Korallen, Knochen, Fischbein, Horn, ebenso für Wäsewaren, Uhren, Lampen, Schirme und Spazierstöcke, Betten, Schreie, Bureau- und Zeichenmaterial, Musikinstrumente usw. der Zollsatz von 5 auf 12 Proz. des Wertes erhöht ist.

Außerdem ist noch für die deutsche Industrie eine Aenderung von großer Bedeutung. Im alten niederländischen Zolltarif war bisher für Metallwaren, Maschinen, Dampfessel, Werkzeuge, Geräte usw. im allgemeinen ein Zoll von 5 Proz. des Wertes festgesetzt; er kam aber wenig zur Anwendung, da familiäre Hilfsmaschinen für Industrie und Landwirtschaft, sämtliches Handwerkszeug, der Bedarf für Eisenbahnen und Straßenbahnen, Wasser- und Gasleitungen und dergleichen zollfrei eingingen. Im neuen Entwurf wird allerdings ein ermäßigter Zollsatz von 3 Proz. des Wertes vorgeschlagen; es soll aber dafür augenscheinlich die bisherige teilweise Zollfreiheit aufgehoben werden.

Eine neue japanische Anleihe. Zugleich mit Rußland sucht auch Japan sich neue Mittel zur Kriegführung zu verschaffen. Die zu 95 Proz. durch die Bank von Japan gleich nach Beginn des Krieges ausgenommene 5prozentige innere Anleihe im Betrage von 100 Millionen Yen (ca. 210 Millionen Mark) scheint bereits völlig aufgebraucht zu sein, und da in Japan selbst nur äußerst schwer weitere Mittel zu beschaffen sind, will es die japanische Regierung mit einer ausländischen Anleihe versuchen. Wie der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet wird, werden von London aus in Paris Verteilungen bei einem Garantiesyndikat für eine 5prozentige japanische Schatzbons-Anleihe offeriert, die durch die Hongkong und Shanghai Banking Corporation und die Yokohama-Bank zu 98 Proz. herausgebracht werden soll. Der Betrag beläuft sich auf 10 Millionen Pfund, wovon die Hälfte sofort zahlbar ist. Die Schatzbons haben sieben Jahre zu laufen und sind durch die Zölle sicher gestellt, für deren Zahlung die Coupons angenommen werden. Da die Garantien 2 Proz. Provision erhalten, sei die Beteiligung in Paris recht bedeutend.

Günstige Bedingungen sind es gerade nicht, die sich Japan einzugeben genötigt sieht: 6 Proz. Zinsen, ein Ausgabefuß von 98 Proz. und außerdem noch 2 Proz. Provision für die Garantanten. So sehr begeistert sonst das englische Finanzkapital für die „Dritten Ostasiens und die „little Japs“ ist, zu den japanischen Staatsfinanzen scheint es kein besonderes Zutrauen zu haben.

Zusammenbruch einer Bankfirma. In Tönning (Schleswig) verließ der Inhaber der dort im Jahre 1871 gegründeten Bankfirma A. Dabids Selbstmord. Wie verlautet, haben Spekulationen zum Verfall des Vermögens August Dabids geführt, das noch vor einiger Zeit auf mehrere Millionen Mark geschätzt worden war. Der Firma waren fremde Mittel in größerem Umfange überlassen worden, sie hatte Filialen in Husum und Heide, die unter dem Namen der Vertreter gingen. Die Verbindlichkeiten werden schätzungsweise auf 1 1/2 Millionen Mark geschätzt. Es werden schwere Folgen, insbesondere für den Viehhandel in Schleswig-Holstein befürchtet. Die Firma war an der „Eiderwert“ in Tönning beteiligt. Das Bankgeschäft und die Filialen sind geschlossen, die Todesnachricht rief einen Run auf das Bankhaus hervor.

Berichtigung. In den Artikel „Der Stahlwerks-Bund und die „Atheistisch-Befähigte Zeitung“ der geistigen Nummer (3. Beilage) haben sich verschiedene Druckfehler eingeschlichen; so sind bei den Ausführgliedern mehrfach Kommata gesetzt worden, wo sie nicht hingehörten, so daß ganz irreführende Aussagen entstanden. Von der 25. bis 30. Zeile der dritten Spalte sind diese Kommata sämtlich bei den Tonnanzahlen zu streichen. Es muß also statt 57,15 — 127,44 — 268,24 Tonnen heißen: 5715 — 12744 — 26824 Tonnen usw.

Gewerkschaftliches.

Deutsche Finkertons.

Wer hat nicht schon von der berühmten Privatpolizei Amerikas, den Finkertons, gehört, die auch in den amerikanischen Arbeiterkämpfen eine unwürdliche Rolle spielte? In Deutschland haben wir solche Privatpolizei-Institute nach Beseitigung der alten gemäßigten Rechtswächter in den Wäch- und Schlichtgesellschaften entstehen sehen. Freilich, in Streiks haben sie bisher keine Rolle gespielt, sondern sich darauf beschränkt, dem in später Stunde seinen Penaten aufstrebenden zwar lächerlichen, aber sonst staatsverhaltenden Speiche die Handhülfe zu öffnen, wenn ihm entweder die teuere Gattin den Haus Schlüssel vorenthalten hatte oder aber sein Zustand ihm das Auffinden des Schlüsselloses unmöglich machte.

Zu der höchsten Blüte amerikanischer Entwicklung, zu einer Privatpolizei, die sich dem Unternehmertum zur Verfügung stellt, hatten wir in Deutschland es bisher noch nicht gebracht. Freilich, bei dem Eifer der städtischen und staatlichen Polizeibehörden, in Streikfällen dem Unternehmertum ihre Dienste anzubieten, wäre eine solche auch wohl überflüssig gewesen. Jetzt kommt auf einmal trotzdem aus Nürnberg die Kunde von deutschen Finkertons! Dort streiken, wie wir schon mitteilten, die Schuhmacher der Kränzlischen Schuhfabriken. Ursprünglich fand sich vor den Fabriken selbstverständlich auch die Polizei ein, um eventuell „schützend“ thätig zu sein. Die Streikenden bewahrten aber eine musterhafte Ordnung und die Polizei zog sich als überflüssig zurück. Da sprang — die Wäch- und Schlichtgesellschaft helfend ein! Vor beiden Betrieben, in denen gestreikt wird, hat die Gesellschaft Posten aufgestellt; es sind beständig vier bis sechs Mann auf diese Weise beschäftigt. Anfangs wurden von den Posten Arbeitswilige abgeholt und in die Fabrik geführt. In dieser Beziehung ist inzwischen eine Aenderung eingetreten; die Posten beschränken sich darauf, auf und ab zu patrouillieren. Welchen Zweck sie überhaupt haben sollen, ist eigentlich unersichtlich, es müßte denn der sein, die Streikenden zu unüberlegten Handlungen hinzureißen; irgendwelche Vergnügte, gegen die Streikposten lediglich des Streikpostensiehens wegen vorzugehen, haben sie natürlich noch weniger als reguläre Polizeibeamte.

So werden auch die deutschen Finkertons dem Unternehmertum nicht helfen können; in diesem Falle so wenig wie etwa in andern nachfolgenden. Als eine Wüste kapitalistischer Entwicklung sei aber dieser erste Fall ihres Auftretens verzeichnet.

Berlin und Umgegend.

Die streikenden Vergolder hielten am Vormittag des 4. Mai im Gewerkschaftshause eine Versammlung ab, in welcher der Verbandsvorsitzende Späthe einen Bericht über die Lage des Streiks gab. Wie bereits an dieser Stelle angeführt worden ist, sind die Angelegenheiten derart, daß von einer baldigen Aufnahme der Arbeit nicht die Rede sein kann. Aus der Mitte der Versammlung wurde das Verhalten der Fabrikantenvereinigung scharf verurteilt, namentlich die Thatsache, daß sie mit der Streikleitung nicht verhandeln will und daß die Fabrikanten die Vermittlungsperson nur zum Zwecke der Verschleppung zu benutzen schienen. Wenn man aber glaube, die Vergolder Berlins damit zu irritieren, so sollen sich die Herren getoiltig getäuscht haben. Sehr scharf verurteilt wurde auch, daß

ein Mann wie Herr Stadterordnete und Landtagsabgeordneter Rosenow, der doch stets seine Arbeiterfreundlichkeit betont, einer solch reaktionären Gesellschaft wie der Vereinigung der Berliner Goldbleistfabrikanten vorstehen könne. Die Forderungen der Streikenden sind bereitwillig und gerecht, daß sie nur von ganz verkehrten Unternehmern abgelehnt werden könnten. Nachfolgende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme: „Die am 4. Mai cr. im Gewerkschaftshause tagende Versammlung der streikenden Vergolder und Vergoldergenossen Berlins erklärt, den Streik bei den Fabrikanten und deren Zwischenweibern in der bisherigen Weise weiterzuführen, da die von der Fabrikantenvereinigung dem Vertreter des Gewerkschaftsausschusses gegenüber gemachten Zugeständnisse so gut wie gar keine sind. Gleichzeitig fordert die Versammlung bei eventueller Schöpfung eines Schiedsgerichts, daß die Vertreter des Vorstandes darin unbedingt vertreten sind. Neue Verhandlungen sind nur zu führen mit dem Vorstande und der Streikkommission, unter eventueller Hinzuziehung eines Vertreters der Gewerkschaftskommission.“ — Mit einem begeisterten Hoch auf das Gelingen der Lohnbewegung wurde die von 600 Personen besuchte Versammlung geschlossen.

Deutsches Reich.

Die Maurer und Bauhilfsarbeiter in Pöchlum haben mit dem Arbeitgeber-Verband einen Tarifvertrag abgeschlossen, der vom 1. Mai dieses Jahres beginnt und bis zum 31. März 1905 Gültigkeit hat. Die Arbeitszeit soll nach diesem Tarif 10 Stunden nicht überschreiten und der Stundenlohn für Maurer 48, für Hilfsarbeiter 38 Pfennige betragen. An der Vertragsabschließung sind von Arbeiterseite als Kontrahenten beteiligt der Centralverband der Maurer, der Centralverband der Bauhilfsarbeiter und der Centralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter. — Die fördernde Beteiligung des christlichen Verbandes an der Sache wird jenen „Arbeiterfreunden“, die von der Thätigkeit der christlichen Gewerkschaften eine Zerspaltung der Arbeiterbewegung erhoffen, schwere Schmerzen bereiten.

Ein Breßlauer Streikteil aufgehoben!

Vom Landgerichte Breslau sind am 11. November d. J. die Zimmergehilfen Höhnisch und Schmidt wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung, Höhnisch außerdem noch wegen öffentlicher Beleidigung und gefährlicher Körperverletzung verurteilt worden, und zwar: Höhnisch zu neun, Schmidt zu drei Monaten Gefängnis. — Auf die Revision der beiden Angeklagten hob das Reichsgericht das Urteil wegen ungenügender Feststellung der Gemeinshaftlichkeit auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Es handelt sich um Straftaten, die im Juli d. J. gelegentlich eines Streikes der Bauarbeiter begangen worden sind.

Hoffentlich werden nun bei der erneuten Verhandlung die furchtbar harten Strafen mindestens stark herabgesetzt.

Die Unternehmer an der Unterweser wenden Fuderbrot und Peitsche zu gleicher Zeit eifrig an. Den Arbeitswilligen bietet man das Fuderbrot der — Versprechungen, den Organisationsleitern der Arbeiterschaft droht man mit der Hungerpeitsche, selbst wenn sie beruhtlich mit den auf der Straße geworfenen Arbeiterkategorien nichts zu thun haben. — Die größte Zucht der nur während eines Streiks oder einer Aussperrung „nützlichen Elemente“ ist es bekanntlich, daß sie wieder auf die Straße liegen könnten, wenn man ihrer Gestärkbedürfnisse nicht mehr bedarf. Um nun die Arbeitswilligen in dieser Beziehung zu beruhigen, hat der Arbeitgeberverband für das Waagegewerbe an den Unterweserorten folgenden Beschluß gefaßt:

„Hierige, sowohl als auch von auswärts herangezogene Werkmeister, Polierer, Gesellen, Gehilfen und Bauarbeiter aus sämtlichen Gewerken, die während der Streikperiode gearbeitet haben, dürfen nur mit Genehmigung des Vorstandes entlassen werden. Der Vorstand hat vorkommendenfalls die Gründe einer beabsichtigten Entlassung zu prüfen und für Weiterbeschäftigung der Arbeitswilligen Sorge zu tragen. Zweifelsbehandlungen gegen diesen Beschluß führen die Mitglieder mit einer Ordnungstrafe von 20 Mk. für jeden einzelnen Fall. Ferner haben diese Mitglieder die ohne Genehmigung des Vorstandes entlassenen Leute wieder einzustellen. Auswechselungen von Arbeitswilligen unter den Mitgliedern sind durch Vermittlung des Arbeitsnachweises selbstredend gestattet.“

Absolute Sicherheit vor der Entlassung wird also auch hier nicht einmal den Arbeitswilligen geboten. Wenn der Vorstand die Gründe der Entlassung billigt, die ja bei Arbeitgebern noch wohlfeiler als Brombeeren sind, so hilft den Arbeitswilligen keine noch so große „Arbeitswilligkeit“.

Während man so die Arbeitswilligen mit Versprechungen lockt, wirft man anständige Arbeiter gleichzeitig lediglich wegen ihrer Organisationsfähigkeit auf die Straße. So wurde der Genosse Angeloh in Lebe, der als Fuchler in einem Bankegeschäft thätig war, und Korrespondent des Gewerkschaftsartikels ist, entlassen, lediglich weil er im Vordergrund der Arbeiterbewegung steht. Als Angeloh nach dem Entlassungsgrunde fragte, wurde ihm die Antwort: „Na, das sollten Sie doch wissen; wenn Sie erst draußen sind, wird's ja wohl anders werden in der Werkstatt.“ Die Wahrgeltung des Genossen Angeloh ist bezeichnend für die gegenwärtige Situation. Angeloh hat sich nie etwas zu schulden kommen lassen, er ist ein zuverlässiger, geschickter Arbeiter. Aber er ist eingetreten für die Rechte seiner Klassenossen, deshalb wird er aufs Straßenpflaster gesetzt.

Ausland.

Große Steinhauer-Aussperrung in Schweden. Wie aus Göteborg gemeldet wird, sind am Montag in Bohuslän circa tausend organisierte Pfastersteinhauer ausgesperrt worden. Die nicht organisierten Steinhauer, mehrere hundert an der Zahl, haben sich mit den ausgesperrten solidarisch erklärt und die Arbeit niedergelegt. Veranlassung zur Aussperrung gab der Umstand, daß die Arbeiter eine Erhöhung der Recordlöhne verlangen, die in den letzten Jahren hinsichtlich der für Deutschland und England bestimmten Pfastersteine um 25 bis 40 Prozent herabgedrückt worden sind. Die Steinhauererrien in Halland, Västing und in Norwegen, die nicht direkt von dem Konflikt berührt werden, haben beschlossen, keinen der ausgesperrten oder streikenden Arbeiter einzustellen.

Ein Gasarbeitersstreik in Charleroi (Belgien) ausgebrochen. Derselbe hat eine ungeheure Ausdehnung angenommen. Man zählt zur Zeit bereits 11 000 Ausständige.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

München, 4. Mai. (W. Z. V.) Der Zustand des Professors Franz v. Lenbach ist infolge allgemeinen Kräfteverfalls äußerst bedenklich.

Brüssel, 4. Mai. (W. Z. V.) Der Dampfer der Oriental Company „Ostrie“ wurde 9 Seemeilen vom Hafen entfernt von dem russischen Kanonenboot „Charbin“ angehalten und nach der japanischen Post durchsucht, da diese aber gut verdeckt war, fanden die Russen nichts. Nach zweistündiger Untersuchung konnte der Dampfer die Fahrt fortsetzen.

Antwerpen, 4. Mai. (W. Z. V.) Das englische Panzerschiff „Zenith“ ist an der Küste gestrandet. Der Kapitän, die Offiziere und 10 Matrosen wurden gerettet. 12 Matrosen sind ertrunken. Petersburg, 4. Mai. (Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur.) Ueber eine Einnahme von Rußland durch die Japaner, von der im Auslande verbreitete Gerüchte toffen wollen, verlautet hier nichts.

Lio de Janeiro, 4. Mai. (Meldung der Agence Havas.) Es bestätigt sich, daß ein Mobilisierungsbefehl an die brasilianischen Truppen ergangen ist. Die Vorbereitungen beim Meer und der Flotte werden eifrig betrieben. Peru hat auf die Rote Brasiliens, welche die Räumung der durch die Peruaner besetzten Gebiete von Alto-Purus und Alto-Zuru fordert, noch nicht geantwortet.

Anschuld liegt auch dann vor, wenn kein dringender Verdacht mehr besteht.

c) dem Abf. 1 des § 1 zuzufügen: „Der Untersuchungsrichter stellt die vorläufige Festnahme und die Vorführung gleich.“

2. Dem § 1 Abf. 2 zuzufügen:

Dieser Anspruch wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß der Verhaftete nicht, bevor er freigesprochen oder außer Verfolgung gesetzt ist.

Deutscher Reichsratsbevollmächtigter Dr. Paulsen: Der Herr Abg. Müller-Weinigen hat bei der ersten Lesung in Bezug auf einen Verhafteten einen Fall zur Sprache gebracht, der angeblich durch eine lange unschuldig erlittene Untersuchung um sein ganzes Vermögen gebracht sein sollte. Herr Müller-Weinigen nannte diesen Fall einen „Standal“. Seine Darstellung trifft aber nach meinen Informationen in verschiedenen Punkten nicht zu; er ist einseitig informiert worden. Er hat vorgetragen, ein reicher Gutsbesitzer in Pöthen sei wegen Brandstiftung verhaftet und zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, im Wiederannahmeverfahren jedoch freigesprochen worden, er hätte sein ganzes Vermögen verloren, es sei ihm aber nur eine ganz geringe Entschädigung zugesprochen worden. Aus dem Altem stelle ich fest, daß die Behauptung des Verhafteten, er habe, als er in Untersuchungshaft genommen sei, ein jährliches Einkommen von 15 000 M. gehabt, durch die Wiederaufnahme und Verhandlung widerlegt ist. Er hat mir ein Jahreseinkommen von 1500—2000 M. verkündet und befand sich kurz vor dem Konkurs. Im übrigen war er nicht nur wegen Brandstiftung, sondern wegen schwerer Urkundenfälschung, Wechselgefälschung verurteilt worden, und die Zuchthausstrafe von 5 Jahren war eine Gesamtsstrafe. Die Freisprechung ist nur wegen der Brandstiftung erfolgt. Die Behörden sind also von Anfang an bis zu Ende korrekt vorgegangen, und ich hoffe, Herr Müller-Weinigen hat sich überzeugt, daß seine Informationen in diesem Falle unrichtig waren.

Abg. de Witt (C.): Meine Freunde werden den Kommissionsbeschlüssen zustimmen. Es ist uns leider nicht gelungen, den § 1 unsern Wünschen entsprechend zu verbessern, da die Regierung auf einem straffe ablehnenden Standpunkt stand. Aber wir hoffen, daß das Gesetz bei der Revision der Strafprozessordnung geändert werden wird. Immerhin hoffen wir ein Werk des Segens für Deutschland getan zu haben. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Hübner (L.): Auch wir sind überzeugt, daß nicht jeder Unschuldige jetzt entschädigt werden wird. Aber es werden wenigstens nicht allzu viele Schuldige entschädigt werden. Im Ziel sind wir ja alle einig, und sobald wir größere Erfahrungen haben, werden wir der Erweiterung der Grenzen gern zustimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Hagemann (natl.): Auch wir werden das Gesetz nach den Beschlüssen der zweiten Lesung in der Kommission annehmen.

Abg. Dr. Müller-Weinigen (fr. Sp.): Ich möchte, um diese Kriminaltragedie völlig darzustellen, fünf starke Bände Strafakten vorlesen. Leider bin ich nicht so sehr informiert gewesen; ich muß demnach gegenüber der Darstellung des Herrn Dr. Paulsen meine Darstellung aufrecht erhalten. Die Verhaftung geschah ausschließlich wegen Verdachts der Brandstiftung und zwar auf Grund eines völlig unzureichenden Beweises. Warum erzählt der Regierungsvertreter nicht, daß der Zeuge Herold auch ausgefragt hat, es habe auf dem Grundstück des Angeklagten schlimmer ausgesehen wie im Krieg? (Hört! hört! links.) Darf man im Rechtsstaat einem Schuldner gegenüber so verfahren? Auch die Behauptung des Regierungsvertreters, daß der Angeklagte im Konkurs stand, ist unbewiesen. Der Wiederaufnahmeverfahren des Oberlandesgerichts Jena sagt ausdrücklich, er war ein guter Zahler und hatte noch Kredit. Das geringe Ergebnis des Konkurses mag durch schwache Kaufkraft des kleinen Wertes veranlaßt worden sein. Jedenfalls waren die Verhältnisse keineswegs so verzweifelt, wie die Anklage sie dargestellt hat. (Hört! hört! links.) Der Verteidiger des Angeklagten, der mir diese Mitteilungen gemacht hat, hat ebenso wie ich an der ganzen Sache nur ein menschliches Interesse. Trotzdem ist gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden, weil er mir ungenaue Mitteilungen gemacht hat. (Wieschades Hört! hört! links.) Der Angeklagte hat jedenfalls von dem, was ihm zuzum, keinen roten Heller bekommen. Nur aus Mitleid hat ihm der Verteidiger 1000 Mark geschenkt. Das ganze Verfahren hat den Mann in den Wahnsinn getrieben. (Hört! hört! links.) — Der Bundesratsbevollmächtigte Dr. Paulsen nicht. Ja, wer hat ihn denn in den Duenenwahn hineingetrieben? Er ist im Zuchthaus infolge der Arbeit auch herz- und lungenkrank geworden. Derartige Fälle müssen geradezu im Lande und besonders am Orte aufreizen wirken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das zeigt, daß der jetzige § 1 ein gesetzgeberisches Mäuschen ist. Wir müssen unbedingt darüber hinausgehen. (Lebhafte Beifall links.)

Großherzoglich Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. Paulsen: Ich bedauere, daß das hohe Haus durch die ausführliche Behandlung dieses Prozesses hier aufgehalten wird. Wozu haben wir denn ein öffentliches und mündliches Verfahren vor Gericht, wenn nachher hier die Prozesse auf Grund von einseitigen Angaben eines Abgeordneten ausführlich besprochen werden sollen? (Unruhe links.) Wichtig ist, daß gegen den betreffenden Rechtsanwalt ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden ist (Hört! hört! links.) und zwar deshalb, weil man in dem stenographischen Bericht der Rede des Abg. Müller soviel Unrichtigkeiten fand, daß man es sich nicht erklären konnte. Der Rechtsanwalt wird nachzutreten haben, wie diese unrichtige Darstellung des Herrn Müller zu erklären ist. Die ganze Darstellung des Herrn Müller bewegt sich auf Redensarten. Ein Fehler ist vom Schatz er nicht begangen worden mit der ersten Verurteilung und ist dann vom zweiten Schwurgericht im Wiederaufnahmeverfahren wieder gut gemacht worden. Jedenfalls darf Herr Müller auf die Richter keinen Stein werfen.

Abg. Bräsen von Lindenhausen (Sp.): Meine Freunde stimmen der Kommissionsfassung des § 1, die mit der ursprünglichen Vorlage übereinstimmt, zu. Wir leben in dem Gesetz einen erheblichen Fortschritt.

Abg. Mommsen (fr. Sp.): Wenn der Regierungsvertreter hier zugegeben hat, daß gegen den Rechtsanwalt ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist, so beweist mir das, daß die Regierung sich getroffen fühlt und der Abg. Müller mit seiner Darstellung durchaus im Recht ist. — Zur Sache bedauern wir lebhaft, daß die Kommission in zweiter Lesung alle Verbesserungen der ersten Lesung wieder aufgegeben hat. Die Regierung hat für ihre Ablehnung, ihre Drohung, die ganze Vorlage scheitern zu lassen, keinerlei Gründe angeführt.

Staatssekretär Dr. Nieberding: Der Herr Vorredner irrt, wenn er glaubt, es hätte in der Hand der Parteien gelegen, die Regierung zu zwingen, das Gesetz in einer Form anzunehmen, die ich für unannehmbar erklärt habe. Wir haben uns wohl überlegt, wie weit wir gehen sollten, haben diese Auffassung in der Kommission zum Ausdruck gebracht und waren in der bedauerlichen Lage gewesen, dem Entwurf unsere Zustimmung zu verweigern, wenn unsere Bedenken in der Kommission keine Rechnung getragen worden wäre. Ich kann den Herrn Vorredner beruhigen, die Kommission hat nichts veräumt. Wenn von allen Seiten bedauert wird, daß die Regierung nicht weiter gegangen ist, so kann ich nur nochmals daran erinnern, daß die verbündeten Regierungen sich nur nach sehr schweren Bedenken zu der Vorlage entschlossen haben. Sie hat praktisch eine ungleich größere Tragweite als das Gesetz von 1895 über die Entschädigung für unschuldig erlittene Straftat. Heber die Wirkung des vorliegenden Entwurfes sind nur Mutmaßungen möglich; es handelt sich bei ihm um einen ersten Schritt auf ganz unbetretenem Wege, der mit größter Vorsicht gefaßt werden muß. Ich habe nicht eine halbige Erweiterung der Bestimmungen in Aussicht gestellt, sondern nur gesagt, daß bei Beratung der Strafprozessordnung genügend Gelegenheit sein würde, den Gegenstand von neuem zu erörtern. Daraus brauchen Sie aber nicht zu schließen, daß die Chancen auf einen weiteren Ausbau des Gesetzes, wenn günstige Erfahrungen vorliegen, gering sind. Ich erkläre nochmals, daß die Regierung keineswegs gewillt ist, eine Entschädigung in den Fällen zu verweigern, in denen ein unschuldig Verhafteter auf Grund des vorliegenden Gesetzes keine Entschädigung zu erwarten hat. Wir wollen ihm diese Entschädigung aber nur

auf dem Verwaltungsweg zuzulassen lassen. Ich erkenne mit dem Vorredner an, daß die Verwertung der bisherigen Erfahrungen für die Frage eines weiteren Ausbaues von besonderer Wichtigkeit ist, und ich bedauere nur, daß die statistischen Ermittlungen über die Zahl derjenigen, die ohne Eröffnungsbeschluß vom Staatsanwalt freigelassen werden, dem Hause nicht vorliegen. Die Reichsjustizverwaltung wird sich mit den einzelnen Justizverwaltungen in Verbindung setzen, um festzustellen, ob es möglich ist, ohne allzu große Belastung für die Verwaltung ausreichende Zahlen darüber zu gewinnen. Ich verweise nochmals darauf, daß bisher kein größerer Staat im Besitz einer Gesetzgebung sich befindet wie wir sie hier beginnen. Es ist kein geringer Schritt, der hiermit getan wird.

Bundesratsbevollmächtigter Dr. Paulsen: Gerade das Strafverfahren beweist, daß die Regierung sich frei von jeder Schuld fühlt. Nur deshalb haben wir das Verfahren eingeleitet, weil der betreffende Rechtsanwalt im Verdacht steht, direkt unwahre Mitteilungen verbreitet zu haben.

Abg. v. Damm (Wirtsch. Sp.): Wir halten es für ganz richtig, daß die Kommission lieber etwas als gar nichts genommen hat.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr. Außerdem stehen Petitionen und Rechnungssachen auf der Tagesordnung.

Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

66. Sitzung vom Mittwoch, den 4. Mai 1904, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Freiherr v. Rheinbaben, v. Dudge. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Lesung der Kanalvorlagen.

Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben:

Obwohl die drei großen Parteien, die gestern zu Worte kamen, einen wesentlich kritischen Standpunkt eingenommen haben, hoffen wir doch zu einer Verständigung zu gelangen; denn alle diese Parteien haben zwar Bedenken in großer Zahl geäußert, aber keine hat eine prinzipiell ablehnende Haltung eingenommen. Die Bedenken hoffen wir in der Kommission und jetzt schon zu widerlegen. Aber zunächst will ich Ihnen eine finanzielle Begründung der Vorlagen als Ergänzung der wirtschaftlichen durch meinen Kollegen v. Dudge geben. Die Kosten der Hochwasser-Vorlagen werden sich auf 128 1/2 Millionen, die der Wasserstraßenvorlagen auf 280 1/2 Millionen belaufen. Sie sehen schon daraus, wie ungerechtfertigt das Gerede von einer jährlichen Belastung des Staates mit 100 Millionen ist; es hat also nicht den mindesten Grund. Von diesen 280 Millionen werden die Interessenten 63 Millionen tragen. Mit Recht hat Herr Dr. am Jahnhoff gestern hervorgehoben, daß die starke Beteiligung der Interessenten der Preußen für die Rentabilität der geplanten Bauten ist. Die jährliche Belastung des Staates, 3 Proz. Zinsen und Amortisation, würde für die Wasserstraßen 6 000 000 M. betragen; für den gleichen Zweck müssen die Interessenten 3 100 000 M. aufwenden. Daß diese sie auch tragen werden, daran zweifle ich nicht, trotz einem der Vorredner. Denn es sind leistungsfähige Korporationen, die auch wissen, was sie thun, wenn sie derartige Verpflichtungen übernehmen. Dazu tragen die Interessenten die Unterhaltungskosten, die jährlich etwa drei Millionen betragen werden, also in der That etwa die Hälfte aller Kosten. Nun werden wir aber keineswegs eine jährliche dauernde Mehrbelastung von 6 1/2 Millionen haben, sondern der Kanal wird sehr bald eine — ständig wachsende — Verzinsung liefern. Wir schätzen sie für die Strecke Bevergern—Hammer auf 1,6 Prozent im Jahre 1910, aber für den Dortmund—Emskanal auf 4,6 Prozent, ebenso für die Strecke Dortmund—Bevergern, so daß der Nettobetrag durch die Schiffahrtabgaben völlig gedeckt sein würde. Dagegen ergeben die Wasserstraßen-Vorlagen eine jährliche dauernde Belastung von 4 100 000 M. für den Staat, ohne daß er unmittelbar Einnahmen daraus zu erwarten hätte. Herr Dr. am Jahnhoff hat gestern die Frage aufgeworfen, was die Kanalvorlage der Landwirtschaft bringe; da gestatte ich mir doch die Gegenfrage: Was hat die Hochwasserstraßen-Vorlage mit ihrer großen dauernden Belastung der Industrie gebracht? (Sehr gut! links — Unruhe rechts.) Ueber die Notwendigkeit der Hochwasserstraßen-Gesetze sind wir ja erfreulicherweise einig. Es herrscht ein Mangel natürlichen Wasserschutzes, verschärft durch ungenügende Schutzarbeiten, und wir müssen den Anwohnern endlich die Hilfe gewähren, auf die sie lange vergeblich gehofft haben. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Herr Dr. am Jahnhoff hat nun gestern noch eine Kompensation für Schleusen gefordert. Wir sind es ja gewohnt, daß die Schleusen ihre Wünsche und Klagen mit besonderer Energie hier vorbringen. (Große Unruhe, besonders im Centrum.) Ja, wenn man die Schleusen-Reben hört, glaubt man immer, daß sie unmittelbar am Sterben sind. (Heiterkeit und andauernde Unruhe.)

Man hat immer gesagt, durch die Kanäle werde fremdes Getreide in Massen hereinstromen und die heimische Landwirtschaft zu Grunde richten. Wenn aber der Kanalbau ein prinzipieller Schaden für die Landwirtschaft ist, so dürfte in der Rheinprovinz kein Bauer mehr am Leben sein. (Sehr gut! links. — Unruhe im Centrum.) Nein, es giebt dort eine blühende Landwirtschaft, die ich genau kenne. Die rheinischen Bauern sind auch alle ohne Ausnahme für die Kanalvorlage eingetreten. (Lebhaftes Hört! hört! links.)

Ich komme zu meiner Hauptfrage zurück, ob es möglich ist, die neuen Vorlagen mit dem Wohl unsrer Finanzen zu vereinbaren. Die direkte Belastung ist, wie ich Ihnen schon ausgeführt habe, sehr gering. Aber Sie fürchten hauptsächlich die indirekten Einwirkungen auf die Eisenbahnverkehre. Es wurde bestritten, daß wir die Herrschaft über untre Tarife aus der Hand verlieren, wenn von Lyon bis Stettin und Danzig direkter Flußverkehr ginge. Aber dann hätten wir doch längst diese Herrschaft verlieren müssen, da wir von Süden nach Norden natürliche abgabefreie, große Wasserstraßen haben. Aber da wir dringend wünschen, uns über eine so wichtige Vorlage mit dem hohen Hause zu vereinigen, haben wir den wiederholten Bedenken ja nachgegeben, es für untre Pflicht gehalten, ihnen Rechnung zu tragen und uns auf die Strecke bis Hannover beschränkt. Auch sie hat ihre große selbständige wirtschaftliche Bedeutung; nach Westen zur Entlastung des Ruhrreviers, nach Osten für das ganze Westgebiet bis Kassel und Bremen. Der Netto-Ausfall für die Eisenbahnen wird jetzt nur auf 15 Millionen Mark berechnet, während früher 57 Millionen Mark zu erwarten standen. Aber ich nehme an, daß selbst dieses kleine Defizit nicht vorhanden sein wird. Es hat sich herausgestellt, daß fast überall ein gleichmäßiges Wachstum von Schiffahrt und Eisenbahnverkehr stattfindet. — Neben giebt dafür zahlreiche Daten. Auch die Entwicklung des Dortmund—Ems-Kanals, die an sich alle meine Erwartungen überstieg, hat das auch bewiesen.

Können nun unsre Finanzen einen Ausfall an Eisenbahn-Einnahmen vertragen? Die früher darüber angestellten Berechnungen über den Stand unsrer Finanzen halte ich für ziemlich wertlos, denn sie stützen sich auf lauter unbekannt Tatsachen, wie z. B. auf die Vermutung, daß dieses hohe Haus die Ausgaben nicht weiter in diesem Maße steigert. (Heiterkeit.) Jedenfalls glaube ich, daß ein Milliardenetat mit 500 Millionen Ueberchuß einen Ausfall von 15 Millionen vertragen kann, wenn diese Summe ausgegeben wird für die Stärkung der Produktion, die Hebung der Steuerkraft und Schaffung neuer Staatseinnahmen. (Sehr gut! links.) Im Ruhrkohlenrevier ist auf 1/3 des preussischen Gebietes 1/3 der Bevölkerung zusammengeballt. Der Eisenbahnverkehr ist viermal so stark wie im Durchschnitt Preußens und es droht bei der unermesslichen Steigerung der Kohlenproduktion eine noch härtere Wasserring, die auch politisch im höchsten Grade bedenklich ist. Wenn wir nicht bald den Kanal bauen, werden wir für Eisenbahnen Aufwendungen machen müssen, gegen die die Kanalbaukosten ein Kinderpiel sind. (Hört! hört!) Bedenken Sie doch, daß ein Kanalschiff erst von 40 bis 60 Wagen eines Tages ersetzt wird.

Ein Finanzminister, der da heute den Großen sparte, um morgen den Thaler auszugeben, der wäre bei dem engen Zusammenhang unsrer Betriebsmaßnahmen mit den Finanzen und unsrer

Finanzen mit der ganzen Volkswirtschaft das Gehalt nicht wert, daß er bekommt. (Sehr richtig! links.)

Auch andre Staaten haben bedeutende Summen für den Ausbau ihres Kanalnetzes ausgegeben. Bei der großen Konkurrenz, die wir auf dem Weltmarkt auszuhalten haben, halte ich einen energischen Flußschutz für die Landwirtschaft und Industrie für notwendig, aber ebenso notwendig auch die innere Entwicklung durch Ausbau des Kanalnetzes. Ich bekenne mich freudig zum Optimismus an die wirtschaftliche Zukunft des Vaterlandes. Auch der Same, den wir jetzt in die Erde versenken wollen, wird reich Frucht bringen, denn der Boden der heimischen Volkswirtschaft ist gesund und kräftig. Meine Herren! In den letzten 40 Jahren hat sich der Gegensatz zwischen den Parteien wesentlich abgeschwächt. Denken Sie nur an den Militärkonflikt, an die kirchenpolitischen Kämpfe! Nur die Kanalvorlage laßt wie ein Alp auf unserm Leben, zumal die Gegensätze noch künstlich verhärtet worden sind. (Sehr wahr! rechts.) Schaffen Sie uns wieder freie Bahn für das vertrauensvolle Zusammenarbeiten der Parteien und der Regierung, und Sie werden sich unvergängliches Verdienst um Deutschland erwerben! (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Diemer (fr. Sp.):

Im Jahre 1899 haben wir unbeschadet unsrer sonstigen Stellung zur Regierung erklärt und geschlossen die Kanalvorlage unterläßt. 1901 erklärten wir, daß wir es uns überlegen müßten, ob wir nicht wieder aus dem Kanalschiff aussteigen sollten. Heute tragen wir die größten Bedenken, überhaupt in das Kanalschiff einzusteigen. (Sehr gut! links.) Denn die Beschlossenheit des Projekts, dessen Auflösung die Frage erst für Herrn Dr. am Jahnhoff diskutabel machte, die ihm als größter Mangel erschien, ist für uns sein größter Vorzug gewesen. (Sehr richtig! links.) Nur verstedt und ichen deutete der Herr Finanzminister wieder an, daß man auf den Mittellandkanal angesichts des Widerstandes der Rechten habe verzichten müssen. Der Herr Ministerpräsident hat im Jahre 1901 gerade die große Bedeutung des Mittellandkanals hervorgehoben. Aber er denkt sich: Hier stehe ich, ich kann auch anders! (Heiterkeit.) So ist denn überhaupt der Herr Ministerpräsident Graf Bälou? (Große Heiterkeit und lebhaftes Sehr richtig! links.) Es würde uns doch ungemein interessieren zu wissen, was er augenblicklich über die Kanalvorlage denkt. (Heiterkeit.) Früher hat ja Herr Oberst Dudge die strategische Bedeutung des Mittellandkanals so sehr hervorgehoben; er hat ihn als teures Vermächtnis des Grafen Moltke bezeichnet. Der damalige Oberst Dudge hat sich in den Minister v. Dudge verwandelt. (Heiterkeit.) Aber seine Anschauungen haben sich wohl mit gewandelt. Denn die Begründung der Vorlage ist merkwürdig verändert. Aber wenn die Regierung auch sich selbst nicht geändert hat, so kann sie das nicht von uns verlangen. (Sehr gut! links.) Erst die Verbindung zwischen Rhein und Elbe giebt für unsre Auffassung dem Kanalprojekt seine volle Bedeutung. (Sehr wahr! links.) Es gehört ja große Zuversicht dazu, jetzt, besonders nach den gestrigen Verhandlungen noch zu glauben, daß das Stiel bis Hammer nur der Anfang des ganzen Mittellandkanals sei. Jedenfalls werden wir, die wir schon in diesem Stiel einen Fortschritt erblicken, alles thun, um die Verwirklichung herbeizuführen. (Bravo! links.)

Nach so eingehenden Plenar- und Kommissionsberatungen lohnt es sich eigentlich nicht mehr, die Gründe für und wider immer von neuem zu wiederholen. Ich unterbreite nur die Angaben über die Entwicklung des Dortmund—Ems-Kanals, die der Minister uns machte, und seine Ausführungen darüber, daß der Eisenbahnverkehr nicht mehr genügt. — Neben wendet sich dann gegen einzelne Ausführungen der gestrigen Redner. Er hält dem Großen Limburg-Sturum entgegen, daß die Konventionen früher auch auf die große Gefahr der Massenansammlungen in den Städten hingewiesen hätten und gestern sagten, sie wollten die Industrie nicht aufs Land treiben. Er erwähnt, daß Graf Kanitz unter den „Kompensationen“ sogar ein neues Zuchthausgeleit gefordert habe und wendet sich dagegen, für Schleusen, das durch Kanalisierung der Oder und Nichtausführung des Mittellandkanals sowieso schon begünstigt sei, neue Vorteile in die Kanalvorlage einzubringen. Die Drohung mit der Herabsetzung der Gültartarife schreie ihn nicht, die werde kommen, ob mit, ob ohne Kanal. Neben fährt dann fort: Für unsre Zustimmung zur Kanalvorlage ist die Regelung der Anliegerbeiträge unerläßliche Bedingung. Wir haben schon einmal eine Kanalvorlage deswegen abgelehnt. Da ist es aber sehr zweifelhaft, ob Provinz und Stadt Hannover bereit sein werden, für dieses Kanalstück bedeutende Opfer zu bringen. Herr Dr. Hahn ist ja kürzlich in den hannoverschen Provinziallandtag gewählt worden; zweifellos wird er mit seiner Verdämtheit dort nachweisen, daß es sich gar nicht lohnt, um den Kanal so viel Geld aufzubringen. Er wird erst neue Handelsverträge usw. usw. verlangen. Diese Rote hat auch Herr v. Limburg-Sturum gestern schon angekündigt. Ich glaube, sie wird um so deutlicher klingen, je weiter die Kanalverhandlungen vorschreiten. (Sehr gut! links.) Von unsrem Standpunkt aus haben wir eine Reihe anderer Forderungen zu stellen. Wir verlangen eine Festsetzung der Kanalgebühren durch das Gesetz, nicht durch die Verwaltung, wir fordern, daß die Abgabefreiheit auf den natürlichen Wasserläufen aufrecht erhalten wird und daß auch, falls etwa die Kanalvorlage bewilligt wird, die Summen jährlich in den Etat eingeseht werden. Die Aussichten der neuen Vorlage sind ja nicht gerade günstig. Ich will nicht prophesieren, aber ich glaube, man kann vorherlagen, daß die Meliorationsvorlage für den Osten bewilligt, die Kanalvorlage abgelehnt werden wird. Das hat ja Graf Paschma vor einigen Tagen hier deutlich ausgesprochen. Deshalb müssen wir bei unsrer wohlwolligen Haltung stehen bleiben, uns zu allen diesen Vorlagen unsre Stellung vollkommen vorzubehalten. (Sehr richtig! links.) Es sind ja eine ganze Menge von Kanalisationsvorstellungen hier gefallen. Auch der naturliche Kanal wird ja wohl wieder aufstehen. (Heiterkeit.) Aber wenn der Mittellandkanal warten kann, werden diese Kanäle auch Zeit haben. Jedenfalls habe ich die schlimmsten Besüratungen für die Verhandlungen der Kanal-Kommission, wenn alle diese Anregungen dort behandelt werden sollen, Herr v. Rheinbaben hat sich ja heute zum Optimismus bekannt, Herr Dudge ist noch optimistischer, er erwartet sogar begeisterte Annahme. Die Regierung fordert Vertrauen um Vertrauen. Sie hat es an Vertrauensseligkeit ja auch nicht fehlen lassen. (Sehr richtig! links.) Etwas weniger Vertrauen und etwas mehr Entschiedenheit, dann würde es gelingen, unsre Wasserstraßen zu fördern und in der Kulturentwicklung vorwärts zu kommen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. v. Chyern (natl.):

Es ist schwer — eine Kanalrede zu halten. Denn alles was gesagt werden kann, ist in den 20 Jahren Kanaldebatten schon besser gesagt worden. (Heiterkeit.) Das einzige Positive aus den letzten beiden Tagen sind denn auch die Mitteilungen vom Ministertische über die Entwicklung der ausländischen Kanäle und des Dortmund—Ems-Kanals. Die Zeitungen haben nun eine große Kanalschlacht angekündigt. Aber ich will keine Kanonenschüsse abfeuern (Heiterkeit); ich will niemand etwas böses thun, und wenn alle beteuern, daß es ihnen nur um die Sache zu thun ist, will ich es ihnen gern glauben.

Ich muß zunächst ein wenig in die Vergangenheit zurückgehen. Der Ministerpräsident hat bei der letzten Kanalvorlage die Session des Abgeordnetenhauses geschlossen, weil die Kommission zu langsam gearbeitet habe. Nun hatte noch nie eine Kommission so schnell gearbeitet wie diese; sie hatte bereits nach 20 Sitzungen einen vollständigen Abstimmungsplan fertiggestellt. Ich beneide die Regierung nicht um die Lage, in die sie sich durch die Schließung der Session und die jegliche Wiedereinbringung der Vorlage gebracht hat. Darum kann ich jetzt von einer Begeisterung für die Vorlage gar nicht die Rede sein. (Sehr richtig! links.)

Die jetzige Vorlage ist ja sehr bescheiden (Heiterkeit), zumal die Regierung sie früher als untrebares Ganzes erklärt hat. Und nach der Rede des Herrn Dr. am Jahnhoff hatte ich den Eindruck, als ob auch viele Wollen da sind, die die ganze Vorlage verneinen können. Von einer Gefährdung der Staatsfinanzen kann gar nicht die Rede sein. Selbst Herr v. Miquel, der doch vorsichtig genug war, hat die jährlichen Ausgaben für die alte Vorlage auf höchstens 11 Millionen geschätzt.

Für den Inhalt der Anzeiger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
 Donnerstag, den 5. Mai, Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der Barbier von Sevilla.
Neues Opernhaus. Im Allen Götzen. (Quality-Street).
Deutsches. Der Harem von Kiroff.
Berliner. Maria Theresa.
Westen. Kapfenberg.
Central. Der Sonnenvogel.
Belle-Alliance. Der Hochtourist.
Neues. Belshazzar und die Magie.

Anfang 8 Uhr:
Kleines. Räuber. Cletra.
Westen. Die 300 Tage.
Schiller O. (Schiller-Theater.) Das große Hemd.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelms-Theater.) Das große Hemd.
Trianon. Das elfte Gebot. Hierauf: Der Dieb.
Carl Weiss. Der Totschläger.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n grossen Teich.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Casino. Hässliche Verwandte.
Winter-Garten. Spezialitäten.
Apollo. Diebesgötter. Spezialitäten.
Reichshallen. Ettiener Säger.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Urania. Taubentrabe 48/49.
Jubiläumstheater. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
 Schiffbauerdamm 4a-5.
Pelleas und Melisande.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Minna von Barnhelm.

Central-Theater.
 Heute 7 1/2 Uhr:
Der Sonnenvogel.
 Operette in 3 Akten v. H. Holländer.
Paula Worm a. S.
 Morgen und folgende Tage: **Der Sonnenvogel.**
 Sonntag: **Trilby.**
 Abends 7 1/2 Uhr: **Der Sonnenvogel.**

Residenz-Theater
 Heute und folgende Tage:
 Abends 8 Uhr:
Die 300 Tage.
 (L'Enfant du miracle.)
 Schwank in 3 Akten von Paul Gerault und H. Charvet.
 Deutsch von Alfred Palm.

Belle-Alliance-Theater.
 Belle-Alliancestr. 7/8. Mai 7 1/2 Uhr.
 Jean Kren und Alfred Schönfeld.
 Heute Donnerstag: Letzte Vorstellung.
Der Hochtourist.
 Freitag der Generalprobe wegen: **Geschlossen.**
 Sonnabend zum erstenmal:
Kamerad Lehmann.
 Sonntag: **Charleys Tante.**

Apollo-Theater.
 Abends 7 Uhr:
Garten-Konzert.
 Abends 8 Uhr:
Das neue Mai-Spezialitäten-Programm.
 8 1/2 Uhr:
Liebesgötter.
 2. Bild: **Pans Liebessnacht.**
 Grosses Ballet.
 Im dritten Bild:
Der Götterzug
 und die **Sensations-Apotheose:**
 „Im Tempel der Glückseligkeit“.

Metropol-Theater
 Der grösste Erfolg dieses Jahres:
Ein tolles Jahr.
 Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund.
 Musik von Victor Hollaender.
 Anfang 8 Uhr.
 Ranchen überall gestattet.

Kleines Theater.
 Unter den Linden 44.
Elektra.
 Vorher: **Martyrer.**
 Anfang 8 Uhr.
 Morgen: **Des Pastors Riese.**

Königstadt-Kasino
 Holzmarktstr. 72. Alte Alexanderstrasse.
 Täglich:
Grosse Spezialitäten-Vorstellung.
Napas Zahnschmerzen
 Schwanz mit Schanz.
 Nach der Vorstellung: **Witzspuch.**
 Sonnabend, Sonntag: **Tanz.**
 Anfang der Vorstellung: **Wochentags 8 Uhr, Sonntags 9 1/2 Uhr.**
 Bei gütlicher Bitterung finden die Vorstellungen im Garten, bei ungünstiger im Saale statt.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
 Donnerstagabend 8 Uhr:
Haus Rosenhagen.
 Freitagabend 8 Uhr:
Ein Duell.
 Hierauf: **Ein Sonnenstrahl.**
 Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Gelbige.
 Hierauf: **Der eingeb. Kranke.**
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelms-Theater).
 Donnerstagabend 8 Uhr:
Das große Hemd.
 Freitagabend 8 Uhr:
Das große Hemd.
 Sonnabendabend 8 Uhr:
Das große Hemd.
 Sonntagabend 8 Uhr:
Die Ehre.

Freie Volksbühne
 Sonntag, den 8. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater 13/14. Abteilung:
Frau Warrens Gewerbe.
Lessing-Theater 15. Abteilung:
Zapfenstreich.
 Donnerstag, den 12. Mai (Himmelfahrtstag):
 1. Abteilung im **Lessing-Theater:**
Die Schmetterlingsschlacht.
 Komödie in 4 Akten von Hermann Sudermann.
 15/16. Abteilung im **Metropol-Theater:**
Frau Warrens Gewerbe.
 228/19 **Der Vorstand.** I. A.: G. Winkler.

Brauerei Friedrichshain
 früher Lipps (Delonnois E. Niemann), am Königsthor.
Grösster Konzert-Saal und Garten Berlins.
 Heute sowie folgende Tage auf kurze Zeit:
Konzert von
Johann Strauss aus Wien
 Dirigent der 1. und 2. kaiserlichen Hofkapelle.
 Anfang 8 Uhr. **Carree 50 Pf.** Reservierter Platz 1 Mark.

Urania.
 Taubenstr. 48/49.
 8 Uhr:
Die Insel Rügen.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.
 Friedrichstr. 165.
Die zusammengewachsenen Schwestern.
Der Weltfriede.
 ? Das delphische Orakel ??

Casino-Theater.
 Holzmarktstr. 37. Mai 8. Sonntag 7 1/2 Uhr.
 Heute Benefiz **Ed. Wendt.**
 9 1/2 zum letztenmal:
Hässliche Verwandte.
 Ab **Berliner Herzen.**
 Sonntag und Himmelfahrtstag 4 Uhr:
Hässliche Verwandte.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater. 7. Mai.
Die Tegernseer
 führen in ihrer großen Novität:
„Der Dorfparner“.
 Bauernkomödie in 4 Akten v. Max Schmidt.
 Ihre ersten Kräfte ins Treffen.
 Premiere: **Sonnabend.**

Deutsch-Amerikanisches Theater.
 Stöckelstr. 67. St. Jannowitzbrücke.
 Jeden Abend 8 Uhr:
„Ueber'n grossen Teich.“
 Ende 10 Uhr 30 Min.

Trianon-Theater.
 Georgenstr. zwischen Friedrich- und Universitätsstrasse.
 Abends 8 Uhr:
Das elfte Gebot.
 Hierauf: **Der Dieb.**

Carl Weiss-Theater.
Bürgerliches Schauspielhaus.
 Große Franzstr. 182.
Der Totschläger.
 Grosse Volksstück in 5 Akten von Emile Jola.
 Anfang 8 Uhr.
 Morgen: **Volksvorstellung zu halben Preisen, 8. letztemal: Zwei Frauen.**
 Sonnabend: **Faust.** Sonntag: **Der Totschläger.**

Passage-Theater.
 Anfang: Sonntags 3 Uhr.
 Wochentags 5 Uhr. — Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Das glänzende Mai-Programm:
Paul Coradini
Tanz-Komiker.
John Siems
 Münzen- und Karten-Manipulator.
14 erstklassige Nummern.

W. Noacks Theater.
 Direction: Robert Dill.
 Brunnenstrasse 16.
 Heute: **Geistliche.** Sonnabend, den 7. Mai: Letzte Hohenstaufen-Vorstellung vor Abgang: **Minna von Barnhelm.** Opern- und Singsparten haben 4. September Giltigkeit.

Fröbels Allerlei-Theater
 J. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
 Sonntag, den 8. Mai:
Erstes grosses Garten-Konzert.
Theater- und Spezialitäten.
 Im Saal: **Grosser Extra-Tanz.**
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
 Bei ungünstigem Wetter Konzert und Vorstellung im Saal.

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/49.
 Heute Donnerstag, den 5. Mai:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
 Novität! Novität!
Die oberen Zehntausend.
 Sensationelles Balletstück in 3 Akten von S. Müller.
 Nach der Vorstellung:
Grosser Ball.
 Sonntag, den 8. Mai: **Die Mühte im Edelgrund.**

WINTERGARTEN
 Tortajada Spanische Sängerin und Tänzerin.
 De Vry's Phantasieangewandten.
 Hansi Reichsberg Oporottensängerin.
 Soeurs Salonne Trapeskünstlerinnen.
 Gebrüder Schwarz Parodisten.
 Kinora Moulin Equilibrist. Sceno.
 De Nohry Pariser Sängerin.
 Die Blumkönigin Tansdivertissem.
Die Wotperis Akrobaten.
Robinson Baker-Trio Springer.
Paul Conchas Der Armees-Herkules.
Biograph.
 Pas de deux Sgra. Cavini u. Sgr. Cerutti.

Reichshallen
Steffiner Säger
 Zum Schluss: **Reu!**
Cirrus Lenz und **Cirrus Pusch.**
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag 7 Uhr.

Sanssouci.
 Köstlicher Thor — St. der Hochbahn.
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Säger.
 Nach jeder Solire:
Tanz.

Victoria-Brauerei
 Sätzowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Norddeutsche Humoristen und Quartett-Säger.
 Hof: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Giltigkeit.

Alle Wanzen
 werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. — Fl. 50 Pf. u. 1.00. — Ebenso Schwaben, Ruffen, Ameisen, Blattläuse etc. Schfl. 30 Pf., 60 Pf. u. 1.00. 500024
 — Zahlreiche Anerkennungen. —
1000 Mark Belohnung
 zahlt demjenigen, der mir einen Nagerfolg nachweist. Nur allein echt bei **Hugo Barth, Drogerie, jetzt Brunnens-Strasse 14, früher Nr. 18.**

Dr. Simmel, Prinsen-Str. 41.
 Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.**
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Brauerei Germania
 Aktion-Gesellschaft
 Frankfurter Allee 53.
 Fernsprecher VII 2945.
Flaschenbiere M. 1,50 frei Haus.
 Fernsprecher VII 2945.

Tafelbier (gold) 18 ca. 1/2 Ltrfl.
do. 15 ca. 1/2 „
Versand (dunkel) 15 ca. „
Pilsener (hellgold) 15 ca. „
Kl. dopp. Weisses 20 Fl.
Kl. 00 15 „
Malzbier, pasteurisiert, alkohol-arm, nahrhaft, 18 ca. 1/2 Ltrfl.

Cottbuser Korn
 i. Gebinden. Flaschen empfiehlt
Heinrich Kuhn
 Kornbranntwein-Brennerei
Cottbus.
 Gegründet 1863.

Am Sonntag, den 1. Mai, nachmittags 2 Uhr, entschieß nach einem schmerzreichen Krankenlager meine innigstgeliebte Frau und meine gute Mutter
Olga Krenz geb. Pingel
 im Alter von 27 Jahren. Um dieses Weib bitten Fritz Krenz nebst Kindern. Blumenstr. 32.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. Mai, mittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofs in Friedrichshöhe aus statt. 10758

Dankfagung.
 Für alle unsem Leben Entschlafenen erwiesenen Ehrungen und um bezugte Teilnahme sagen wir den tiefgefühltesten Dank. 10825
 Rüdorf, den 4. Mai 1904.
Louise Koppe nebst Kindern.

Für die vielen Beweise der Teilnahme und den zahlreichen Kranzbinden bei der Beerdigung meines Mannes, des Schankwirts Hermann Zimmermann, sage allen Freunden und Bekannten, sowie dem sozialdemokratischen Bezirksverein meinen besten Dank.
Witwe Zimmermann nebst Kindern. 10725

Dr. Schönemann
 Spezialarzt für Haut-, Gyn- und Frauenleiden. **Seydelstr. 9.**
 Sonntags 1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, 8.

Umsonst
 erhält jeder
eine Vergrösserung
 seines eigenen Bildes in Bromsilber, Grösse 30x36, mit eleganter Aufnahme, der sich in der Zeit
vom 5. Mai bis 20. Mai d. J.
 eine Aufnahme in meinen Ateliers bestellt.
12 Visites 1.80,
12 Kabinets 4.80.
Photographisches Atelier
J. Fuchs,
 Berlin: **Friedrichstrasse 108,** gegenüber der Karlstrasse.
 „ **Königstrasse 52,** gegenüber dem Rathaus.
Charlottenburg: Wilmersdorferstrasse 57.
Neu eröffnet. Neu eröffnet.
Berlin, Friedrichstr. 138, an der Weidendammer Brücke.
 Fahrstuhlbenutzung.

Seltene Gelegenheit! Nur kurze Zeit!
Räumungs-Verkauf
 der aus der 146/2*
Konkursmasse
 von **A. Levy, Goldschmidt & Co.** Rosenthalerstr. 60
 Rosenthalerstr. 60
 Avantl. 1. Etage
 stammenden und anderer Waren. 1. Etage Avantl.
 Ein Posten Herren-Anzüge in Jackett-Fassons soll nunmehr abgegeben werden für den billigen Preis
 Ein großer Posten, bestehend in Herren-Hosen, jetzt herabgesetzt
 Eine große Partie, bestehend in Frühjahrs-Überziehern, jetzt herabgesetzte Preise
 Ein Cavelling, bestehend in Herren-Hod-Anzügen, zu dem jetzt herabgesetzten billigen Preis
 Ein Posten Herren-Joppen und Jacketts aller Sorten zum herabgesetzten Preis
 Eine große Partie Hüftlings- und Burschen-Anzüge zu dem bedeutend herabgesetzten Preis
 Ein Posten Knaben-Anzüge zu den noch nie dagewesenen Preisen.
 von M. 6 an u. h.
 von M. 1 1/2 an u. h.
 von M. 6 an u. h.
 von M. 12 an u. h.
 von M. 1 an u. h.
 von M. 4 an u. h.
 von M. 1 1/2 an u. h.

Die Altenburger Wahl und die Parteipresse.

Der Verlust des Altenburger Mandats wird in der Parteipresse erschütternd lebhaft besprochen, wenn auch die Besprechung nicht so erregt ist, wie bei der Jichopauer Wahl. Ein großer Teil der Parteipresse begnügt sich mit der Registrierung der äußeren Umstände, die den Rückgang unserer Stimmen mit verursacht haben. Doch sind auch Stimmen genug zu verzeichnen, die auf innere Ursachen hinweisen. Wir stellen einige charakteristische Auslassungen zur Orientierung der Leser hier zusammen. Aus der „Altenburger Volkszeitung“ citieren wir, weil sie als nächstbeteiligtes Blatt zu hören ist, diese Auslassung:

„Für uns besteht kein Anlaß, den Kopf hängen zu lassen. Im Gegenteil! In anderen Wahlkreisen, die seit dem 16. Juni 1903 eine Nachwahl vorzunehmen hatten, war unser Stimmenverlust ein erheblicher. Hier aber, wo ein Jahr seit der Aufstellung der angewandten Wählerlisten verstrichen ist, haben wir unsere Stimmenzahl so ziemlich behauptet. Unsere Einbuße besteht lediglich in den verstorbenen und außer Landes verzogenen Wählern. Von Mitläufern kann bei uns wohl kaum die Rede sein, von einer Unterstufung seitens der Liberalen erst recht nicht, so daß wir unsere Stimmen, vielleicht zwei oder drei Dutzend abgerechnet, als Parteistimmen ansehen dürfen. Das bietet aber auch die Gewißheit, daß die Gegner nie wieder siegen werden, sobald eine neue Wahl unter neuen Wählerlisten vorzunehmen ist. Und bei der trostlosen Lage im Reich kann dieser Fall schon recht bald eintreten. Kein Augenblick darf nun aber gesäumt werden, schon jetzt muß die Aufklärungsarbeit wieder mit vollem Eifer fortgesetzt werden. Man kann uns momentan einen kleinen Stoß versetzen, aber man kann uns in unfrem Weiterstreiten nicht aufhalten.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ beschränkt sich auch auf Erwähnung der äußeren Umstände und sagt dann über den Ausfall:

„Die Stellung der Socialdemokratie zum Parlamentarismus ist bekanntlich eine ganz andere wie die der bürgerlichen Parteien. Wir beteiligen uns an den Wahlen, weil sie uns eine sonst nie gebotene Gelegenheit zur Agitation geben, und zwar zu einer Agitation, die in die entlegensten Winkel des Reiches dringt. Fällt uns bei dieser Agitation das Mandat zu, so betrachten wir das als einen ebenso angenehmen wie nützlichen Erfolg, den wir im Interesse der Arbeiterklasse weiter auszunutzen suchen. Aber das Mandat ist uns nicht Selbstzweck. Für uns haben die Wahlen, wie Friedrich Engels einmal ausführt, deshalb Wert, weil wir uns bei ihnen zählen können, weil sie das beste Mittel sind, unsere Stärke mit der unserer Gegner zu vergleichen. Den Parlamentarismus als Selbstzweck hat die Socialdemokratie niemals anerkannt. Und in diesem Sinne enthält der Ausfall der Altenburger Wahl nichts, was uns entnützlich könnte.“

In der „Chemnitzer Volksstimme“ schreibt Genosse N.:

„Der Rückgang an Stimmen bei den ersten Nachwahlen wurde mit Gleichmuth aufgenommen. Sie fielen nicht ins Gewicht gegenüber dem Riesenerfolge vom 16. Juni 1903. Der Verlust von Jichopau-Marienberg tief aber lebhaftes Beunruhigung, ja sogar Verblüffung hervor. Daß bei den bekannten unliebsamen Vorformulierten Stimmen verloren gingen, konnte nicht auffallen. Aber daß es den Gegnern gelang, eine bedeutende Anzahl von Stimmen hinzuzugewinnen, mußte zu denken geben. Statt den Dingen auf den Grund zu gehen, glaubten damals einige Parteiblätter, darunter solche, in deren Bezirken kurz vorher und nachher ebenfalls eine bedeutende Anzahl socialdemokratischer Stimmen weniger als bei der Hauptwahl abgegeben worden waren, auf die „Volksstimme“ loszuspulen zu dürfen. Die Tadler glauben doch sicherlich, nichts bei der Wahlarbeit vernachlässigt zu haben. Daß sie den Rückgang nicht verhindern konnten, mußte ihnen lehren, daß mit andern Ursachen zu rechnen ist als damit, ob ein paar Zeitungsrartikel mehr oder weniger geschrieben werden.“

In Altenburg ist bei der nun ebenfalls für uns erfolglosen Nachwahl nichts an Arbeit versäumt worden. Die Agitation ist in der nachrücklichsten Weise betrieben worden. Eine ganze Anzahl der bekanntesten und thätigsten Redner sind im Kreise thätig gewesen, im Gegensatz zum 20. jährl. Kreise, wo es an thätigen Rednern gemangelt hat. Erst zur Stichwahl versuchte man das Versäumte nachzuholen. Bei der kurzen verfügbaren Zeit konnte der Verlust des Mandats leider nicht mehr verhindert werden.

Es ist ziemlich müßig, Betrachtungen darüber anzustellen, was geschehen wäre, wenn man dies oder jenes gethan hätte. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß der 20. Kreis bei der Nachwahl im ersten Wahlgange behauptet worden wäre, wenn so viele Redner thätig gewesen wären, wie jetzt in Altenburg.

Auch die „Altenburger Volkszeitung“ hat nicht verhindern können, daß die Gegner uns das Mandat abnahmen. Wir sind die letzten, deshalb auch nur ein einziges Wort des Tadels auszusprechen. Es ist mit erstaunlichem Eifer von der Redaktion gearbeitet worden. Und der politische Inhalt des Blattes wird ja von der radikalsten Quelle bezogen.

Unre Altenburger Parteigenossen haben keine Veranlassung, sich des Wahlausfalles zu schämen. Ihre Position war ungünstiger als die der Gegner, weil noch auf Grund der alten Listen gewählt wurde. Besser waren unsere Altenburger Wähler allerdings daran, als die Genossen in Jichopau-Marienberg, weil sie keinen Kandidatenstreit hatten, sofort nach Annulierung der Wahl Nachwahlen an die Arbeit gehen konnten und weil ferner — und das ist von wesentlicher Bedeutung — solche Wähler nicht von der Urne zurückgewiesen wurden, die seit der Hauptwahl im vorigen Jahre aus dem damaligen Wahlbezirk verzogen sind. Fällt man das alles zusammen, braucht sich Jichopau-Marienberg hinter Altenburg nicht zu verstecken.

In beiden Kreisen haben die Gegner Stimmen gewonnen. Im die socialdemokratischen Verluste zu erklären, ist gesagt worden, die im Sommer 1903 ungewöhnlich große Erregung der Wähler sei abgeklaut. Wir wollen das gelten lassen. Die Gegner haben aber über klare Stimmung bei ihren Wählern nicht zu klagen. Mit den Klagen über die niederträchtige und gemeine Agitation der Gegner ist ebenfalls nichts gethan. Unre Gegner sind nie fälschlich mit uns verfahren und schließlich bleiben wir ihnen doch die Antworten auf ihre Antwürfe nicht schuldig.

Wie schnell wir vor Neuwahlen stehen werden, läßt sich nicht absehen. Die Reichstagsauflösung kann im nächsten Jahre schon erfolgen. Lassen wir uns nicht überfahren.

Wir schätzen den Gewinn eines jeden Mandates zwar hoch ein und beklagen die erlittenen Verluste tief. Es ist uns aber nicht zu teuer bezahlt, wenn die Niederlagen zur Folge haben, daß jede Spur von Sorglosigkeit und Nachlässigkeit, durch unangebrachte Siegesgewißheit hervorgerufen, verschwindet und die Parteigenossen zur größten Thätigkeit und Arbeitsfreudigkeit angepornt werden.

Das „Volksblatt für Halle“ schreibt:

„Die Werbekraft unserer Partei hat sich bei der Altenburger Wahl nicht gezeigt. Wer ist daran schuld? Waren die gegnerischen Einflüsse zu mächtig, oder hat unsere Partei im letzten Jahre Episoden zu durchleben gehabt, die unser Ansehen und damit unsere Werbekraft verminderten. Das letztere ist leider zu bejahen. Bis zu welchem Grade dieser Thätigkeit der Wahlausfall in Jichopau und in Altenburg zuzuschreiben ist, läßt sich ziffernmäßig nicht feststellen. Die eine Lehre müssen unsere Parteigenossen jedoch daraus ziehen, daß bei aller rücksichtslosen Offenheit, mit der wir Fragen der Taktik zu erörtern und persönliche Streitigkeiten zu schlichten suchen, wir in den Debatten die Formen einzuhalten haben, welche bei Differenzen unter Gleichgesinnten und Gleichstrebenden als selbstverständlich zu gelten haben. Nicht daß in unserer Partei differierende Meinungen taktischer oder principielle Natur bestanden, hat unser Ansehen geschmälert, sondern weil diese Differenzen zum Ausdruck gebracht worden sind, mußte uns schaden und hat uns geschadet. In mehr als einem Falle wurde in den Polemiken in und nach Dresden mit Mitteln gearbeitet, als ob es nicht gelte, einen Freund zu belehren, sondern einen Feind tödlich zu verwunden. Der Nachweis, daß die Art, wie die Parteidebatten im letzten Jahre geführt wurden, uns nach innen und außen geschadet hat, läßt sich nicht ziffernmäßig erbringen. Daß aber diese Schädigung beim Rückgang unserer Stimmen mitgewirkt hat, wird niemand ernstlich bestreiten wollen. So mögen von allen unfrem Parteigenossen die Wahlschlägen zum Anlaß einer gewissen Selbstzügelung genommen werden, die uns wahrlich nicht schaden kann.“

Das Frohoden unser Gegner über ihren Wahlsieg soll uns wenig kümmern. Nur die Erwägung, daß wir selbst nicht ohne Schuld waren an der Niederlage, hat für uns Wert. Daß die Gegner ihrer vorübergehenden Erfolge nicht froh werden, dafür werden die nächsten allgemeinen Wahlen sorgen.“

In Rücksicht auf den Raum müssen wir hier die Citate vorläufig abbrechen. Einige andre geben wir morgen.

Partei-Nachrichten.

In der „Chemnitzer Volksstimme“ (Nr. 101 vom 3. Mai) beginnt Schippel mit der angelegentlich Darlegung seiner handelspolitischen Ansichten unter der Ueberschrift: „Arbeiterklasse und Handelspolitik“. In einer persönlichen Vorbemerkung bezeichnet er Schippel als bescheiden, daß er jetzt mit einer einmaligen Erwähnung werde, von neuem einen Standpunkt darzulegen, den er vor sechs oder sieben Jahren viel häufiger und nachdrücklicher vertreten habe wie heute. Jetzt sei er viel zurückhaltender gewesen, obwohl er sogar glaube, daß etwas weniger Reserve seinerseits für die parlamentarische und politische Stellung der Partei und der Reichstagsfraktion dienlicher gewesen wäre — so beim ersten Auftreten der Obstruktionsempfehlungen und ihrer Begründung.“

Die Verantwortlichkeit für etwaige unzeitgemäße Wirkungen der Auseinandersetzung überläßt Schippel zum Schluß der Vorbemerkung den andern, die es „anders gemollt“ haben.

In sachlichen Teil befaßte sich Schippel dann in Anknüpfung an die handelspolitische Resolution des Londoner Kongresses von 1890 mit der Frage Schutzzoll oder Freihandel im allgemeinen. Wir kommen auf die Artikel noch zurück.

Zur Nachzahlung empfohlen! Der Landrat des Kreises Templin hatte, wie man dem „Hamburger Echo“ schreibt, schon wiederholt versucht, die dem Kriegerverein in Kirchschlag angehörenden Maurer dem Centralverband der Maurer Deutschlands abtrünnig zu machen. Auch mit dem Ausschluß aus dem Kriegerverein war gedroht worden. Als dann bei der letzten Reichstagswahl die socialdemokratischen Stimmen ganz „bedenklich“ angewachsen waren, sollte nun endlich Ernst gemacht werden mit dem Ausschluß einiger besonders „anrüchlicher“ Socialdemokraten. In der hierzu angefertigten Verammlung kamen unsere Genossen aber dem Herrn Hauptmann zuvor. Einer von ihnen nahm das Wort für alle, und mit ihren Parteifarben in der Hand erklärten alle dreizehn ihren Austritt mit der kurzen Motivierung, daß die Tendenz des Kriegervereins nicht vereinbar sei mit ihrer Gesinnung. Sie seien Socialdemokraten und wollten es auch bleiben. — Nun war der Vorsitzende des Kriegervereins ganz erschrocken und er bat die Maurer, sie sollten doch nicht alle anscheiden, denn den Maurern würden die Arbeiter folgen und dann blieben nur drei Bauern übrig. — Die Maurer ließen sich aber auf nichts ein. Kurz entschlossen kehrten sie den „Kriegern“ den Rücken.

Parteipresse. Im Druckereibetriebe der „Arbeiter-Zeitung“ in Dortmund ist der achtstündige Arbeitstag eingeführt worden. Außerdem werden 8 Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes gewährt.

„Die verschiedenen Formen des Wirtschaftslebens“. Ein Vortrag, gehalten von Berliner Arbeitern von Eduard Bernstein. In gemeinverständlich Weise giebt der Verfasser ein Gesamtbild der Wirtschaftsgeschichte der Menschheit. Er stellt dar: Die Wirtschaft der Urwölter. — Die Wirtschaft der Nomadenvölker. — Das Aufkommen der Stadt. — Die Wirtschaft der alten Kulturenationen — der Feudalzeit — des aufkommenden Kapitalismus — des entwickelten Kapitalismus. — Die Kräfte der socialistischen Wirtschaft.

Die Prosküre schildert, wie mit der raschen Entwicklung des modernen Kapitalismus auch die Zahl der Arbeiter beständig wächst, die sich zu Gewerkschaften zusammenschließen, um ihre Interessen im modernen Wirtschaftsleben zu wahren. Der Vortrag ist daher geeignet, die Aufklärungs- und Organisationsbestrebungen unserer Gewerkschaften wesentlich zu fördern und zu unterstützen. Der Preis ist 50 Pf. Zur Verbreitung in Gewerkschafts- und Parteikreisen hat der Verlag eine Agitationsausgabe zu 20 Pf. hergestellt. Unre Parteibuchhandlungen und Parteipostreure liefern die Prosküre.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das Wahllokal. Der Parteigenosse Döhl im Wahlkreise Dortmund hatte an einer straßenfests gelegenen Brandmauer in der Wahlzeit einen Zettel angeheftet, der die Aufschrift trug: „Wählt nur Dömelburg!“ Eine polizeiliche Erlaubnis hatte er nicht nachgeholt. Er hielt sich dazu nicht für verpflichtet, weil das Plakat Wahlzwecken diente und nach der amtlichen Bekanntgabe des Wahltermins angeheftet worden war. Er wurde jedoch in zweiter Instanz vom Landgericht Dortmund wegen Uebertretung der §§ 10 und 41 des preussischen Preßgesetzes zu einer Geldstrafe verurteilt. Danach hätte er für das öffentliche Anheften des Plakats die Erlaubnis der Polizei nachsuchen müssen, und zwar auch in der Wahlzeit. — Der Strafenat des Kammergerichts verwarf die hiergegen eingelegte Revision, indem er von folgenden Erwägungen ausging: Durch § 80 Nummer 2 des Reichs-Preßgesetzes sei der § 10 des preussischen Preßgesetzes soweit aufrecht erhalten worden, als in Frage komme das öffentliche Anheften, Anheften, Ausstellen sowie die öffentliche, unentgeltliche Verteilung von Bekanntmachungen, Plakaten und Aufrufen. Also wäre D. verpflichtet gewesen, die polizeiliche Erlaubnis zum öffentlichen Anheften des Plakats, das zugleich ein Aufruf ist, nachzuholen. Unerheblich sei, daß es sich um die Wahlzeit und um ein Plakat zu Wahlzwecken handelte, denn das „Anheften“ und „Ausstellen“ von

Wahlschriften sei kein „Verteilen“ im Sinne des § 43 der Gewerbeordnung und es treffe darauf somit auch nicht die Befreiung von der polizeilichen Erlaubnis zu, die § 43 der Gewerbeordnung für das Verteilen von „Druckschriften zu Wahlzwecken“ während der Wahlzeit (nach Bekanntgabe des Wahltermins) ausspreche. Ungeklagter habe darum verurteilt werden müssen.

Sociales.

Centralisierung von Krankenkassen. Eine arge Zersplitterung im Krankenversicherungswesen herrscht in Preußen; man zählt dort annähernd 33 000 Versicherte in 53 Kassen. Die Zersplitterung ist, abgesehen von den Vorteilen, die eine Centralkasse für eine billige, einheitliche Verwaltung sonst bietet, mit vielen Unzuträglichkeiten für die Versicherten verknüpft. Beinahe jeder Wechsel der Arbeitsstelle bedingt den Uebertritt in eine andre Kasse mit andern Beiträgen und andern Leistungen, ist hier z. B. die Familienversicherung eingeführt, so fehlt sie dort. Diese Zersplitterung aus der Welt zu schaffen hatten sich die organisierten Arbeiter zum Ziel gesetzt, doch türmten sich immer neue Schwierigkeiten auf, besonders war es der Vorstand einer der größten Kassen, der aus lauter Centralisierungsbegeisterten bestand, der sich hindernd in den Weg stellte. Eine Eingabe, die die Anhänger der Centralisation an die Stadtverwaltung machte, hatte den Erfolg, daß die Verwaltung eine Kommission nach verschiedenen größeren Städten sandte, um dort in den Centralkassen Studien zu machen. Das Resultat dieser Studienreise ist nun, daß die Verwaltung für eine Centralisierung der Kassen eintritt, wenn die Proportionalwahl statutarisch festgelegt wird und wenn die Versicherten sich einen städtischen Beamten als Direktor der Centralkasse gefallen lassen.

Die Einführung der Proportionalwahl verlangt die Behörde, weil sonst die Minderheiten nicht in den Generalversammlungen und im Vorstand vertreten sind, in Wahrheit würde sie sich keinen Reut um die Vertretung der Minderheit kümmern, wenn diese Minderheit Socialdemokraten wären. Aber weil sie weiß, daß bei einer Wahl nach dem einfachen Mehrheitsprinzip die organisierten Arbeiter die ganzen Vertreter stellen werden, fühlt sie plötzlich ein derartiges Gerechtigkeitsgefühl in sich, daß sie darauf besteht, daß auch die Minderheit vertreten sein muß.

Interessant ist die Begründung für die Anstellung eines städtischen Beamten als Direktor der Centralkasse. Die Einrichtungen einer centralisierten Kasse und deren Angestellte würden gelegentlich zu Zwecken und Dienstleistungen demüht, welche außerhalb der Aufgaben der Krankenversicherung liegen, behauptet die Behörde. Mit andern Worten, will sie sagen, die Socialdemokratie demüht diese Kassen zu ihren Parteizwecken, eine Behauptung, die jeder Begründung entbehrt.

Ob die organisierten Arbeiter sich unter diesen Umständen noch für die Centralisierung der Kassen erwärmen, ist mehr als fraglich, der Einführung der Verhältniswahl würden sie wohl zustimmen. Aber einen großen Teil der Selbstverwaltung präbigen, indem sie sich einen Beamten als Direktor hinsetzen lassen, das werden sie nicht wollen.

Die internationale Arbeiterversammlungs-Konferenz.

Deutsche Blätter meldeten letzter Tage, der schweizerische Bundesrat habe vertraulich nicht bloß von Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlanden, sondern nunmehr auch von Belgien die Zustimmung erhalten, daß eine von ihm ausgehende Einladung zu einer internationalen Arbeiterversammlungs-Konferenz Anklang finden würde.

Der „Bund“ ist auf Grund von Informationen an zuständiger Stelle in der Lage, diese Meldungen als unrichtig zu bezeichnen. Die Sache sei noch nicht so weit gediehen. Natürlich sei auch noch keine Einladung an die Regierungen ergangen. Immerhin sei richtig, daß die Konferenz auf den Monat Mai 1905 in Aussicht genommen sei.

Der ungarische Eisenbahnerstreik wurde von den Passauer Mehrgern als Vorwand benutzt, um dem konsumierenden Publikum eine Preissteigerung für Ochsenfleisch um 4 Pf. pro Pfund planmäßig zu machen. Der Magistrat nahm zu dieser Frage Stellung und erklärte, daß die Maßregel ungerechtfertigt sei. Passau bezieht zwar den größten Teil seines Schlachtviehbedarfs aus Oesterreich, aber der Streik hat auf die Fleischversorgung gar keinen Einfluß gehabt. Die Mehrgern wurden aufgefordert, die Maßregel alsbald wieder rückgängig zu machen, sonst werde die Stadt die Errichtung einer Regieschlächterei in Erwägung ziehen.

Der Bürgermeister von Mittenwalde.

Eine ganze Anzahl von Bürgern aus dem Städtchen Mittenwalde war zu gestern vor die erste Strafkammer des Landgerichts I geladen, um Zeugnis abzulegen über die Art, in welcher der verstorbene Bürgermeister Daur das Stadtr Regiment geführt hat. Wegen Verleumdung des Bürgermeisters hatte sich der Redakteur der „Berliner Morgenpost“, Erdmann Gräfer, zu verantworten. Die Angelegenheit hat, wie erinnerlich sein wird, schon einmal die Strafkammer beschäftigt, die Verhandlung wurde damals vertagt und sie erhielt ein tragisches Nachspiel durch den Umstand, daß der als Zeuge benannte Bürgermeister Daur wenige Stunden nach seiner Vernehmung hier in Berlin auf der Straße plötzlich zusammenbrach. — Den Vorsitz im Gerichtshof führte auch diesmal Landgerichtsdirektor Doppermann II, die Anklage vertrat Staatsanwalt Ehrcke, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Thiele. Intriminiert ist ein Artikel in Nr. 8 der „Morgenpost“ vom 10. Januar dieses Jahres unter der Ueberschrift „Die Zwimühle in Mittenwalde, der schärfste Bürgermeister“. Es wurde darin ausgeführt, daß Mittenwalde unter dem Regiment des Bürgermeisters Daur nicht vorwärts gekommen, sondern ihm eigentlich nur die Anklage der Mähdabestelle zu verdanken habe. Es wurde weiter mitgeteilt, daß der Bürgermeister, dessen zwölfjährige Dienstzeit nunmehr abließ, zahlreiche Gegner in der Bürgerchaft habe; er sei aber sehr fehsaft, namentlich auch in solchen Lokalen, die dazu bestimmt seien, nach des Tages Last und Mühe der Erholung und Labung zu dienen, die aber der Bürgermeister häufig während der Dienststunden aufsuche. Da die Wiederwahl des Bürgermeisters mehr als zweifelhaft sei, habe dieser einen schlaun Schachzug ausfindig gemacht, nämlich eine Obstruktion von oben: die Freunde des Bürgermeisters in der Stadtrordneten-Versammlung hätten in einer bestimmten Anzahl ihre Mandate niedergelegt und dadurch sei die Versammlung überhaupt beschlußunfähig und unfähig geworden, zur Wahl eines Bürgermeisters zu schreiten. Das sei ein in der Geschichte der Städtepolitik wohl noch nicht dagewesenes Ereignis. Der Artikel schloß mit der Hoffnung, daß der Regierungspräsident den gardischen Knoten durchhaut und dafür sorgt, daß der miltledige und ungeeignete Bürgermeister „fliegt“. — Der Angeklagte hatte für die in dem Artikel aufgestellten Behauptungen den Wahrheitsbeweis anzutreten. — Erster Zeuge ist der Wädemeister Otto J u d w e r, der kurze Zeit Stadtrordneter-Vorsieger war und jetzt nicht wieder gewählt ist, da jetzt die Anhängerschaft des Bürgermeisters wieder am Ruder ist. Er erklärt sich für einen Gegner des Bürgermeisters, der erst während der Dienststunden in das Fuhrmannsche Lokal hinübergegangen sei. Der Zeuge selbst hat zur Erledigung einer standesamtlichen Angelegenheit den Bürgermeister in einem Falle zweimal vergeblich während der Dienststunden aufgesucht und ihm dann sagen lassen, daß, wenn er ihn das dritte Mal nicht trüfe, er sich anderswohin wenden würde. Der Bürgermeister sei leicht aufbrauend und bei Vergnügungen oft in einem Zustande gewesen, daß man nicht wußte, was man von ihm halten sollte. Er

habe viel getrunken, für die Stadt gar nichts getan, sei selten in der Stadtkommission, Verammlung gewesen, unter seinem Regiment seien die Zuschläge zu den Staatssteuern auf 200 Proz. emporgeschmetzt, die Armenlast sei tief gestiegen, da aller Pöbel liebevoll und ohne polizeiliche Schwierigkeiten (1) aufgenommen wurde. Die plötzliche Anlage einer Müllabfuhrstelle für Berlin, etwa 600 Meter von der Stadt, habe dieser natürlich auch viel Schaden zugefügt. In dieser Angelegenheit habe der Magistrat offenbar hinter dem Rücken der Stadtkommission Verammlung operiert, dem niemand habe davon etwas gewußt. Der Preuge ist davon überzeugt, daß die Niederlegung von sieben Stadtkommissionen-Mandaten vom Bürgermeister beantragt worden ist. — Rechtsanwalt Dr. Thiele: Ist der Artikel nicht im wesentlichen als Entgegnung auf einige im „Teltower Kreisblatt“ erschienene Artikel zu betrachten? — Zeuge: Ja. — Verteidiger: Sind denn nicht zahlreiche Mittenwalder Bürger der Meinung, daß der Artikel das Richtige traf? — Zeuge: Wenn die Leute offen sprechen dürften, dann ja. — Zeuge Schlächtermeister Schlegel schließt sich dem Vorzeugen durchaus an, ebenso einige andre Zeugen.

Prakt. Arzt Dr. Arthur Bernstein-Charlottenburg war bis zum Jahre 1895 in Mittenwalde. Er weiß, daß der Bürgermeister als maßloser Trinker bekannt war. Es habe als unbeschränkte Tatsache bei jedem Mann gegolten, daß der Bürgermeister mehr, als ziemlich sei, trinke. Er selbst hat ihn einmal sehr betrunken gesehen; aus dem Fuhrmannschen Lokal heraus ist bei offenem Fenster oft seine laute Stimme gehört worden. — Rechtsanwalt Dr. Thiele: Hat sich der Bürgermeister nicht auch bei öffentlichen Anlässen betrunken, so daß man sagte, daß dies sein Ansehen schädige? — Zeuge: Besagt ist dies immer.

Staatsanwalt Chreke beantragte gegen den Angeklagten 300 M. Geldstrafe event. 30 Tage Gefängnis. Er hielt dafür, daß nur ein einziger Punkt des Wahrheitsbeweises gelungen sei. Die Strafe dürfe nicht niedrig ausfallen, denn der Angeklagte habe aus reiner Sensationslust gehandelt und sein Blatt zur Kladderfelle Kleinlichen Klatsch von Mittenwalde gemacht. Es müsse dem jetzt überhand nehmenden Verfahren ein Niegel vorgeschoben werden, wonach Verhältnisse ganz anderer Orte, die gar kein allgemeines Interesse haben, dem ordentlichen Forum entzogen und der Kritik großer Berliner Zeitungen unterworfen werden.

Rechtsanwalt Dr. Thiele trat den Ausführungen des Staatsanwalts, namentlich in den auf die Presse bezüglichen Punkten, scharf entgegen und führte aus, daß der Wahrheitsbeweis weit mehr gelungen sei, als der Staatsanwalt zugeben wolle. Er machte auch den Satz des § 193 für den Angeklagten geltend und führte aus, daß der bekannte Standpunkt des Reichsgerichts, wonach ein Redakteur die Wahrnehmung allgemeiner Interessen nicht für die Anwendung des § 193 geltend machen könne, nicht vereinbar sei mit der modernen Entwicklung der Presse. Er müsse sich, gerade mit Rücksicht auf andre scharfe Ausführungen über die Presse, die kürzlich in diesem Gebäude gemacht worden, gegen die scharfen Bemerkungen des Staatsanwalts über die Presse wenden. Man werde es nicht mehr aus der Welt schaffen können, daß bei offenbaren Mißständen sich die Leute immer wieder an die Presse wenden, denn die Presse sei ein kräftiger Resonanzboden, der weithin ins Land tönt. Das Gute, was die Presse in solchen Dingen gewirkt, überwiege bei weitem das, was etwa in einzelnen Fällen auszuweisen sei. Die Presse stelle in vielen Fällen das öffentliche Gewissen dar und deshalb möge er die Presse gegen derartige scharfe Worte in Schutz nehmen.

Der Angeklagte habe nicht aus Sensationslust und Kleinlichen Klatsch gehandelt, sondern er habe sich zum Sprachrohr der Anti-Bürgermeisterpartei in ihren berechtigten Beschwerden gemacht und weite Kreise Mittenwaldes sympathisieren mit dem Artikel. Er beantrage daher Freisprechung event. eine viel niedrigere Strafe.

Der Staatsanwalt erwiderte, daß er hier in Gerichtssaale „eine Presse“ überhaupt nicht anerkenne, sondern nur die einzelne Person des Angeklagten und die einzelne Zeitung im Auge gehabt und nicht im allgemeinen von der Presse gesprochen habe.

Der Gerichtshof hielt den Beweis der Wahrheit nur für die Behauptung, daß der Bürgermeister allzu häufig in Restaurants sich aufhielt, für erbracht. Die Behauptung bezüglich der Müllabfuhrstelle hielt er nicht für eine Tatsache, die geeignet sei, den Bürgermeister in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, wohl aber die Behauptung, daß die Mandatsniederlegung der 7 Herren ein schäner Schwachzug des Bürgermeisters war. Diese Behauptung sei nicht bewiesen, viel eher das Gegenteil. Der Satz des § 193 ist dem Angeklagten nicht zugebilligt worden. Der Gerichtshof erkläre in der ganzen Form des Urteils die Absicht der Verleumdung, hielt aber eine Geldstrafe von 150 M. event. 15 Tage Gefängnis für ausreichend und erkannte demgemäß.

Lokales.

Mingel-Volles Maigeschick!

Eine schöne Überraschung brachte der 1. Mai den Bahn-Ausfahrern der bekannten Wilschirma Volle. Diese Ausfahrern wurden früher mit einem Wochenlohn von 24 M. eingestellt; in letzter Zeit ist nach Volles unerforschlichem Ratsschlus der Anfangslohn jedoch auf nur 21 M. bemessen worden, geschmälert durch die üblichen Strafen. Dafür haben die Leute etwa folgenden Dienst zu verrichten: Um 1 Uhr nachts muß bereits der erste Wagen vom Hofe fahren; wer zu spät kommt, wird bestraft, und zwar im Minimum mit 20 Pf., im Maximum mit 1,20 M. Ungefähr um 6 Uhr früh ist dann die Raadrout (Abholen der Wilschiramen von den Bahnhöfen) beendet; um 7 Uhr beginnt schon wieder die Tagesdram mit Pferdeputzen, Wagenwaschen etc. Dann müssen etwa 2000 feere Kanten aufgeladen und bis 9 Uhr auf dem Hamburger Güter-Bahnhof wieder eingeladen werden. Diese Arbeit ist in knapper Zeit von nur acht Personen zu bewältigen. Nachdem höchstens 20 Minuten Zeit zum Frühstück geblieben, fährt schon wieder der Zug mit der frischen Ladung ein. Die Gladeret geht von neuem los und währt bis in die zweite Nachmittagsstunde. Nach dem Stettiner Bahnhof gehen zehn Wagen, bei denen zehn Ausfahrern und drei Aufwinder das Auf- und Abladen besorgen; die Kantenzahl beträgt 3300—3500. Bei dieser Arbeit sind die Kaufen noch knapper bemessen als bei der erstverkauften. Mit dem Fahren nach dem Stettiner resp. Hamburger Bahnhof wird abgemesselt. Die Ruhetage sind gekürzt worden; während Volle früher für zwei Wochen den siedenten und in der dritten Woche den achten Tag freigab, giebt er jetzt immer nur den neunten Tag frei.

Zu Anbetracht der harten Arbeit, der Verminderung der Ruhe-tage und der Reduzierung des Anfangslohnes schlossen sich die Wilschiramen dem „Handels- und Transport-Arbeiter-Verbande“ an; auch wurden die Verhältnisse in Volles Reich einer kritischen Besprechung in dem Verbandsorgan wie auch im „Vorwärts“ unterzogen. Hierbei war Herr Volle immer indessen so erboht, daß er schon damals einen Ausfuhrer, der sich zwar mißfällig über das Arbeitsverhältnis geäußert, mit den Veröffentlichungen jedoch nicht das mindeste zu thun hatte, Knall und Fall entließ.

Vor einigen Tagen nun berieten die Ausfuhrer über geeignete Mittel und Wege zur Erreichung einer Lohnaufbesserung. Sie glaubten am besten zum Ziele zu kommen, wenn sie sich mit einer schriftlichen Eingabe an den alten Kommerzienrat Volle, der sich zur Zeit auf seinem Landhause in Köpenick aufhielt, wenden würden; gewiß das denkbar lokalste Verfahren. Da aber an jenem Abend nicht alle Ausfuhrer beisammen waren, wurde die Aufhebung der Eingabe noch vertagt. Inzwischen war die Absicht der Ausfuhrer aber durch irgend einen feilen Zwischenhändler zu Ohren des Dr. Volle jun. gekommen, und dieser traf denn auch unverzüglich die traditionell-patriarchalischen Maßnahmen, um den Ausfuhrern ihre von unfruchtlicher Unzufriedenheit zeugenden Petitionsgelüste auszutreiben.

Am 1. Mai, zur höheren Feier des Tages, wurde nämlich den Ausfuhrern von dem Inspektor folgende frohe Botschaft verkündet:

„Die Bahnausfuhrer treten mit einem Anfangsgehalt von 22,50 M. ein und erhalten nach dreijähriger Thätigkeit 25 M. nach acht Jahren steigend bis 27 M., außerdem einen Litter 100 Pf. pro Tag. Die Neuegelung des Lohnes tritt mit dieser Woche in Kraft.“

Alles hörte die Botschaft befriedigt an, wenn auch der Anfangslohn noch um 1,50 M. hinter der früheren Höhe zurückblieb und die Aussicht, erst nach acht Jahren den Höchstlohn zu erreichen, nur wenig verlockend war. Dann aber kam der Effekt des Maigeschicks. Der Inspektor teilte nämlich weiter mit, daß gleichzeitig fünf Ausfuhrer entlassen seien; Ursache unbekannt! Als sich einer der Entlassenen hierauf in das Comptoir des Herrn Dr. Volle begab, um die Ursache der Entlassung zu erfahren, wurde ihm dort zur Antwort: Leute, die dem Verbands der Handels- und Transport-Arbeiter angehören, werden in dem Betriebe nicht geduldet. Der Arbeiter erwiderte ruhig, es sei doch ein gesetzlich gewährte Recht, sich einer Berufsorganisation anzuschließen. Darauf tönte es ihm entgegen, er solle machen, daß er hinauskomme; er wisse doch wohl, was auf Hofriedensbruch folge!

Der Arbeiter ging und mit ihm seine vier Kollegen. Auf der Maifeier erzählten die Entlassenen dann von den Herrlichkeiten in Mingel-Volles Musterbetrieb. Vielleicht wird Herrn Volle bald ein Licht darüber aufgehen, daß es von ihm geschäftlich sehr wenig geschickt war, mit dem preussischen Vuddeismus seinem Christentum Konkurrenz zu machen.

Von der Ordnung,

die in den Bureaus der Gemeindeverwaltung herrscht,

haben wir kürzlich eine Probe gegeben. Ein Mann, der seine Frau dem städtischen Krankenhaus Friedrichshain überwiesen hatte, wurde 14 Tage nach dem dort erfolgten Tode der Frau durch das städtische Kosteneinzugs-Bureau benachrichtigt, daß „eine Fortsetzung der Verpflegung notwendig geworden“ sei. Er hatte auf den Kostenvorschuh, den er dem Krankenhaus bei der Aufnahme seiner Frau gezahlt hatte, noch einen nicht verbrauchten Rest zurückgehalten, das Kosteneinzugs-Bureau aber forderte ihn auf, einen weiteren Vorschuh zu leisten, da der erste Vorschuh nun aufgebraucht sei. Andernfalls, so wurde dem Mann angedroht, mißliche Armentpflege eingeleitet werden. Es handelt sich hier um ein Versehen, das schließlich mal vorkommen kann. Schlimmer aber liegt der folgende Fall, den man uns heute mitteilt.

Ein nervenkranker Klassenbote St. hatte sich in einem Anfall von geistiger Verwirrung aus seiner Wohnung entfernt und war einige Zeit planlos in der Stadt umhergeirrt. Man hatte ihn schließlich aufgegriffen, nach der Charité gebracht und dann der städtischen Zerebranstalt Dalldorf zugewiesen. Nachdem er dort sechs Monate hindurch für Rechnung einer Krankenpflege behandelt worden war, wurde er als gebessert zu seinen Angehörigen entlassen. Bei der Einlieferung in die Charité hatte er 1,77 M. bei sich gehabt. Bei der Entlassung aus der Anstalt Dalldorf sagte man ihm in dem dortigen Bureau, wegen dieses Geldes solle er bei der städtischen Armentdirektion anfragen. Als St. das that, wurde ihm von der Armentdirektion erwidert, ihr sei „von den beregten 1,77 M. nichts bekannt geworden“, St. möge sich an die Charité-direktion wenden. St. that auch das, und alsbald kam von der Charitédirektion der Bescheid: „Die bei Ihnen seiner Zeit vorgefundenen 1,77 M. sind bei Ihrer Ueberführung nach Dalldorf an die dortige Anstalt abgeführt worden.“ Hierauf wandte sich St. wieder an die Direktion der Anstalt Dalldorf, und diese antwortete ihm jetzt, die von St. mit in die Anstalt gebrachten 1,77 Mark habe bereits damals die Einziehungsabteilung der Stadthauptkasse erhalten. Die Direktion der Anstalt Dalldorf habe die Armentdirektion hiervon in Kenntnis gesetzt, es werde daher Anrechnung auf die Auskosten erfolgen. Nun wäre also wieder die Armentdirektion an der Reihe gewesen, aber St. verzichtete zunächst darauf, dem ihm abgenommenen Gelde noch weiter nachzulaufen. Erst als er vier Wochen später in einer andren Sache eine Bescheidurde an die Armentdirektion zu richten hatte, erwähnte er hierbei noch einmal die 1,77 Mark. In der Antwort, die ihm darauf erteilt wurde, erklärte die Armentdirektion, daß sie bezüglich dieses Geldes ihrem früheren Bescheid „nichts hinzufügen könne“. Die Armentdirektion blieb also dabei, daß ihr „von den beregten 1,77 M. nichts bekannt geworden“ sei, obwohl inzwischen die Anstalt Dalldorf dem Bescheidverfasser mitgeteilt hatte, daß sie die Armentdirektion über den Verbleib des Geldes benachrichtigt habe.

Die oben erwähnte andre Sache, die Herrn St. nötigte, sich bei der Armentdirektion zu beschweren, erscheint gleichfalls recht verunwürdig. St. hatte von der Landesversicherungs-Anstalt Berlin eine Invalidenrente von monatlich 12,95 M. zugebilligt erhalten. Die Rente wurde eine Zeit hierdurch gezahlt, an einem Monatsersten aber wurde plötzlich die Zahlung verweigert. Ein paar Tage später brachte ein Schreiben der Landesversicherungs-Anstalt Aufklärung. Von den 12,95 M. waren 11,70 M. an die Armentdirektion abgeführt worden, die übrigen 1,25 M. wurde dem Invalidenrentner zur Verfügung gestellt. 1,25 M. für den ganzen Monat! Außerdem wurde ihm eröffnet, daß auch die nächsten Monatsrenten bereits der Armentdirektion zugesprochen seien. St. fragte bei der Versicherungs-Anstalt und zugleich bei der Armentdirektion an, wofür man diese Abzüge mache, die Kosten seiner Verpflegung seien doch von der Kasse erlegt worden. Nach sechs Wochen antwortete die Armentdirektion, sie habe die Rente wieder freigegeben. Weiters 14 Tage später kam von der Versicherungsanstalt derselbe Bescheid, mit dem Zusatz, die Nachzahlung der beschlagnahmten Rentenbeträge sei angewiesen. Die Nachzahlung erfolgte dann, und seitdem erhält St. seine Rente wie früher. Ueber die Scherereien, die ihm die Armentdirektion mit dieser Rente gemacht hat, obwohl sie kein Anrecht darauf hatte, wundert St. sich ebenso wie über das Schicksal der 1,77 M., von denen der Armentdirektion „nichts bekannt geworden“ ist.

Die Berliner Geburten hatten sich in den Jahren 1902 und 1903 besonders stark vermindert. In 1901, 1902, 1903 waren in Berlin 52 251, 51 202, 49 550 Kinder geboren worden (einschließlich Totgeborenen), die Zahl der Geburten war also sogar an sich geringer geworden. Im Jahre 1904 scheint nun in dieser Hinsicht wieder ein Umschwung eintreten zu sollen. Im ersten Viertel dieses Jahres wurden 12 827 Kinder geboren, während das erste Viertel hont 1903 nur 12 718 Geburten gebracht hatte (immer einschließlich Totgeburt). Das Mehr ist noch nicht bedeutend und bleibt zurück hinter der gleichzeitigen Zunahme der Gesamtbevölkerung Berlins. Es darf aber nach diesen Zahlen angenommen werden, daß das Jahr 1904 wenigstens mit einer Erhöhung der Geburtenzahl an sich abschließen wird, falls nicht die andern drei Vierteljahre einen erneuten Rückgang bringen.

Eine der größten Mietkasernen von Berlin-Nord, das Haus Gartenstraße Nr. 9 (Nr. 13 vor der Nummerierung), wird jetzt abgebrochen. Das Gebäude war dadurch bemerkenswert, daß es sieben bewohnte Stockwerke übereinander hatte. Das unterste Stockwerk war der Keller, die beiden obersten lagen in dem ganz ungewöhnlich hohen Dachgeschos. In diesen sieben Stockwerken hausten nicht viel weniger als hundert Familien, die meist mit Kindern recht reichlich besetzt waren.

Den Vorschlag für eine Urnenhalle wollte der hiesige Verein für Feuerbestattung von der Stadtgemeinde unentgeltlich haben. Der Magistrat hat das Gesuch aber abgelehnt mit der Begründung bescheiden lassen, daß die Stadt sich hierzu nicht veranlaßt sehe; da der Verein für die Halle selbst größere Mittel aufzuwenden gedenke, so könne doch auch der Preis des Platzes auf die Baukosten geschlagen werden. Auf dem städtischen Friedhof zu Friedrichshagen solle dem Verein ein geeigneter Platz gegen Zahlung der üblichen Gebühr überlassen werden. Dieser Bescheid ist in der letzten Vorstandssitzung des Vereins, an welcher auch der Abgeordnete Kreiting teilnahm, Gegenstand einer lebhaften Debatte gewesen; man sprach kein Bedauern darüber aus, daß die „Stadt Berlin“ sich rein mit der theoretischen Förderung der Feuerbestattung be-

güßte, irgendwelche materielle Unterstützung ihr aber nicht angedeihen lasse — in sehr bemerkenswertem Gegenlage zu andren, kleineren Städten. Bressaden z. B. habe auf städtische Kosten für 30 000 M. eine Urnenhalle bauen lassen. Kaiser-Slautern habe sogar 40 000 M. bewilligt, und außerdem für Hallen hätten viele Städte: Hannover, Bremen, Leipzig, Chemnitz, Stuttgart u. unentgeltlich hergegeben.

Zu den Ringkämpfen im Circus Busch erhält das „Berliner Tageblatt“ eine Zuschrift, die einiges Aufsehen erregen wird:

„Die unter der Leitung Jakob Kochs stehende Truppe war gegen ein Abendhonorar von 550 M. durch die Variété-Agentur D. engagiert worden. Borens auf einen Monat, und da der Erfolg ein ungeahnt großer war, wurde das Engagement bis zum Schluß der Saison verlängert. Heinrich Eberle, der vom ersten Moment an der Liebling des Publikums war, hatte das Engagement nur unter der Bedingung angenommen, daß er, der noch nicht in Besitz einer sogenannten Weltmeisterschaft war, diesmal diesen Titel erhalten sollte. Von Jakob Koch war ihm dies durch Handschlag zugesichert worden, und Eberle unterließ es daher, sich richtig zu trainieren. Kolossale Wetten wurden in Berlin und Hamburg auf Eberle gelegt, und bis gestern nachmittag um 5 Uhr galt in den beteiligten Kreisen Eberle als Sieger. Am 1. und 2. Mai hatte Eberle in Halle gerungen, er kam erst am 3. nachmittags hier an. Nach einer halbständigen Unterredung zwischen Eberle und Koch war es beschlossene Sache, daß Eberle fallen mußte, ebenso wie mancher Sieger der vorangegangenen Kämpfe vorher bestimmt wurde (siehe Venision und van den Berg). Die ein Miß hatte sich gestern die Nachricht von der neuen Vereinbarung in den Kreisen der Buchmacher verbreitet, jeder Betrug (böshafter Druckfehler; es soll natürlich Betrug heißen) wurde noch zu langen Odds auf Eberle angenommen. Vorsichtsmäßig fiel Eberle. In Halle, wo seine Betten gelegt werden und wo kein Buchmacherring in die Lage kommt, geleistete Dienste entsprechend zu honorieren, wird Eberle wohl als Sieger aus dem Kampf mit Jakob Koch hervorgehen. Uebrigens hat Direktor Busch von diesen Machenschaften nichts gewußt.“

Daß es sich in diesem Fall um eine Artistentruppe handelt, ist nichts neues und ging wohl aus dem ganzen Arrangement der Sache hervor. Und scheint die Anschauung, daß ein völlig abgeartetes Spiel getrieben und das Publikum plump gefoppt wurde, aber doch bedenklich, denn die Ringkämpfer würden, sobald dies Spiel durch einen Zufall ans Licht käme, sowohl in der Deffektivität wie bei ihren „Arbeitgebern“ allen Kredit verlieren. Daß bei den Ringkämpfern früherer Jahre arger Mumpst im Spiel war, haben wir in unserer Nummer vom 19. März des längeren auseinander-gesetzt.

Krankenversicherung der Handarbeiter. Nach einer Entscheidung des Magistrats sind Handreinigungskräfte, Männer und Frauen, auch dann versicherungspflichtig, wenn diese den größten Teil der Arbeiten nicht direkt vom Hauswirt, sondern im Auftrage des Hauswarts oder eines Dritten übernommen haben und ausführen, d. h. also auch solche Personen, die nur zur Unterstützung des Hauswarts von diesem angenommen werden, sind versicherungspflichtig.

Ein Arbeiter als Erfinder. Eine seltsame Geschichte weiß das „Oberschlesische Tageblatt“ in Katowitz zu erzählen. Am Freitag voriger Woche erschien auf dem Bureau des Richterhofes, der sich im Besitz der Georg v. Gieschenschen Erben befindet, ein einfacher Bergmann, Schlepfer seines Reichens, um sich Urlaub für Berlin und einen Vorschuh zu dieser Reise auszubitten, weil er zur Vorstellung ins Kriegsministerium geladen sei. Der Mann, der zwar den guten deutschen Namen Albert Ludwig führt und aus Schoppitz stammt, ist ein Stodpole, der kein Wort deutsch versteht. Um so berechtigter war der Bureaubeamte, Zweifel in die Richtigkeit seiner Angabe zu setzen, und ihn für einen Schwindler zu halten. Doch Albert Ludwig vermochte die Richtigkeit seiner Angabe durch zwei Dokumente zu belegen und folgendes anzugeben. In seinen Aufzeichnungen hat er sich mit wissenschaftlichen Studien befaßt. Dabei ist es ihm gelungen, eine eigene Art von Maschinen-Kanonen und zwei neue Geschw.-Konstruktionen zu erfinden. Er ließ sich von einem hiesigen technischen Bureau die dazu nötigen Zeichnungen anfertigen und sandte sie dem Kriegsministerium ein. Als bald bekam er von diesem ein Schreiben, wonach seine Zeichnungen der geheimen Prüfungskommission für Artillerie-Konstruktionen überwiesen seien, die ihm weitere Mitteilungen über seine Einreichung machen werde. Am Freitag voriger Woche erhielt er von dieser Kommission ein Schreiben: er möge sich ihr sofort in Berlin zur Verfügung stellen. Das Ganze ist um so wunderbarer, als Albert Ludwig erst circa 20 Jahre alt ist, noch nicht Soldat gewesen ist und ein Militär-gewerbe in der Hand gehabt hat. Man konnte diese Angaben für einen verspäteten Witzschurz halten. Doch unser Gewährsmann, jener Bureau-beamte, hat die beiden Schreiben des Ministeriums selbst in Augenschein genommen und sich somit von der Richtigkeit der Angaben des Mannes überzeugt. Er giebt an, das technische Bureau habe ihm sofort für seine Erfindung die Summe von 38 000 Mark geboten, sie ihm dafür aber nicht fell gegeben. Albert Ludwig ist jetzt nach Berlin gereist und von dort noch nicht zurück-gekommen. Dem Bureaubeamten der Grube hat er ferner mitgeteilt, daß er sich auch mit der Lösung der Frage beschäftigt habe, wie das Stutzen eines schwer getroffenen Kriegsschiffes erheblich erspart werden könne. Auch dies Problem will er so gut wie gelöst haben.

Ein abnormer Unfug. Kürzlich berichteten wir, daß ein junges Ehepaar nach der Hochzeitsnacht dadurch gepoppt wurde, daß gute Freunde ein gefälliges Stellenangebot in ein hiesiges Blatt einrichteten und dadurch bewirkten, daß Arbeitssuchende den ganzen Tag bei den Neuvermählten anklopften. Dieser Unfug scheint in Berlin Gewohnheit werden zu sollen. Auch ein Kaufmann W. in der Greifensaustraße wurde vorgestern dadurch unangenehm überrascht, daß am zweiten Tage seiner Ehe sich eine große Anzahl Hausdiener bei ihm meldeten. Die Arbeitslosen wiesen ein Inserat aus der „Morgenpost“ vor, wonach der Kaufmann gegen guten Lohn einen Hausdiener suchte. In diesem Falle hatte der junge Kaufmann ein Einsehen mit den Arbeitssuchenden und verteilte eine kleine Geldsumme unter sie, um ihnen so wenigstens ihre Unkosten zu erziehen. Es wäre zu wünschen, daß dieser unanständige und abnorme Unfug weiter keine Nachahmung fände. Wer nicht ganz verroht ist, sollte einsehen, daß Arbeitslose kein Scherzartikel sind.

Ein überraschendes Ergebnis brachten die Ermittlungen der Kriminalpolizei, die durch einen in der Nacht vom ersten zum zweiten Weihnachtstage verübten Straßenraub im Scheinviertel veranlaßt wurden. Damals wurde ein Kaufmann in ein beschütztes Quartier geschleppt, beraubt und so schwer mißhandelt, daß er eine zeitlang bewegungslos auf der Straße liegen blieb. Das Quartier der Zuhälter Stöde und Weder und ihrer Freundin Schulz, die sich jetzt in Untersuchungshaft befinden, lag in einem Keller in der Wabedstraße. Die beiden Zuhälter hatten eine Anzahl Mädchen vollständig in ihrer Gewalt. Jeden Mann, der sich verleitete ließ, ihnen zu folgen, mußten sie ihnen zuschleppen. Acht Stufen führten in den Keller hinab. Schwere wollene Vorhänge dämpften jedes Geräusch und ließen keinen Lichtstrahl nach außen durchdringen. Vor der Thüre standen nachts die beiden Zuhälter und nahmen die „Stuben“ in Empfang, die die Mädchen herabzuführen. Scheuten sie sich, in den unheimlichen Keller hinabzusteigen, so knöpften ihnen Stöde und Weder schon vor der Thüre Uhr und Portemonnaie ab und gaben ihnen darauf den guten Rat, sich ja recht ruhig zu entfernen, wenn sie eine ordentliche Reinigung vermeiden wollten. Bei dem geringsten Widerstand schlugen die Räuber unbarmherzig auf ihre Opfer ein, namentlich, wenn sie es erst unten im Keller hatten. Die Verurteilten und unterstützten so das Treiben. Auch die Mädchen hielten sich, von ihren Erlebnissen zu erzählen. Erst jetzt, nach der Verhaftung der Bande, kamen sie noch und noch mit der Sprache heraus. Bis jetzt hat die Kriminalpolizei zwanzig geraubte Uhren ermittelt, die die Zuhälter zum Teil mit gefälschten Papieren bei Trödlern veräußert hatten. Die Eigentümer, die sie in Stichen liegen und wohl froh waren, mit dem Leben davonkommen zu sein, sind noch nicht bekannt. Die Untersuchung ist aber noch nicht abgeschlossen, sondern nimmt immer größeren Umfang an.

Rechtsanwalt Dr. Bensch, dessen plötzliche Abreise vor einiger Zeit Aufsehen erregte, ist einem hiesigen Blatt zufolge aus New York in Berlin wieder eingetroffen. Die Aufhebung der Abwesenheitspflichtigkeit wird schnellst erfolgt. Angehlich hatte Dr. Bensch zuerst nur kurze Zeit in Patentsachen fortleben wollen und deshalb nicht für Vertretung gesorgt.

Ein Bildvergiftung ist wieder ein Mädchen verstorben. Der Förster a. D. Specht, der mit seiner Frau und zwei Töchtern im Alter von 21 und 19 Jahren Adolphi 8 wohnt, erhielt am Sonnabend von seinem Bruder, einem Förster in der Lausitz, eine Kiste Porzellan zugestellt. Frau Specht suchte die Kiste am Sonntag in Wasser mit einer Mischung ab und brütete sie dann in Butter. Am 2 Uhr nachmittags sah die ganze Familie davon. Den Nachmittag über schickte niemand Beschwerden. Als man sich aber um 9 Uhr abends zu Bett legen wollte, fiel die älteste Tochter Ekstase beim Ausbleiben plötzlich um. Fünf Minuten später bekam ihre Schwester Lucie Erbrechen. Die Eltern blieben gesund. Sie hielten zwei Ärzte, die den Mädchen den Magen auspumpten und noch andere Maßnahmen trafen. Montagmorgen fühlten sich beide Mädchen viel besser. Bei Ekstase hielt die Besserung auch an. Bei Lucie trat dagegen Dienstagmorgens ein Rückschlag ein; um 8 Uhr mußte sie wiederbrechen und wurde dann ganz teilnahmslos und schwach. Der Arzt ließ sie nun mit einem kuppeligen Wagen nach der Charité bringen. Als sie dort ankam, war sie schon bestimmungslos. Gestern morgen um 5 Uhr trat der Tod ein.

Berschlüßelt wurde gestern, Mittwoch, mittags der 68 Jahre alte Arbeiter Emil Kupisch aus der Grünauerstr. 9. Auf dem Güterbahnhofe der Görlicher Bahn wird ein neues Comptoir für die Holz- und Kohlenhandlung von Eger gebaut. An den Ausschachtungen arbeitete gestern vormittags Kupisch allein. Während er in einer zwei Meter tiefen Grube stand, stürzte das nach Befundungen von Augenzeugen nicht abgesteifte Erdreich zusammen und begrub den Mann. Der Berunglückte wurde von anderen Arbeitern sofort ausgegraben und kam mit dem Leben davon. Er hatte sich aber mehrere Rippenbrüche und innere Verletzungen zugezogen und wurde nach der Rettungsmache am Görlicher Bahnhof und von dort mit einem Mangelwagen nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

Kindesmord. Am 29. v. Mts., nachmittags gegen 3 Uhr, wurde in der unteren Halle des Bahnhofes Alexanderplatz hinter der Thür des an der Dirlschstraße gelegenen Fräuleinsets die Leiche eines neugeborenen, ausgetragenen Kindes mütterlichen Geschlechtes gefunden. Dieselbe war eingepackt in mehrere Bogen grauen Packpapiers und mit einem Einband umschürt. Außerdem wurden dabei gefunden: zwei Stück blaues Packpapier, drei Stück rotes Tuch, ein Stück weißes Leinen, anscheinend von einem Unterrock herrührend, und ein Stück Bettlaken, welches in der Mitte zusammengeklümpelt war und halb aus weißem und halb aus blauem Stoff bestand. — Mitteilung über die Person der Mutter oder desjenigen, welcher die Leiche an den bezeichneten Ort gelegt hat, nimmt die hiesige Kriminalpolizei zu 3554 IV. 27. 04 entgegen.

Vermißt. Am 28. Februar d. J. hat der Schlosser Rudolf Weber, am 4. April 1870 zu Leipzig geboren, seine Wohnung in Ober-Schöneweide, Wilhelmstrasse 24, verlassen und ist bisher nicht ermittelt worden. Es wird vermutet, daß Weber, der früher geisteskrank war, sich das Leben genommen hat. Er ist etwa 1,70 Meter groß, schlank, hat schwarzes Haar, hohe Stirn, braune Augen, längliche, spitze Nase, vollständige Zähne, längliches, blaßes Gesicht, kleinen schwarzen Schnurrbart; er trug zuerst dunkelbraunen Anzug, schwarzen weichen Hut, Jagdhut, schwarzen Pelzrockmantel. — Mitteilungen nimmt die Kriminalpolizei und jedes Polizeirevier zu 2957 IV. 24. 04 entgegen.

Feuerbericht. Nur wenig Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. Mittwochvormittag wurde sie nach der Friedrichstraße 226 gerufen, weil hier unter dem Treppenaufgange des linken Seiteneingangs Papierballen der Buchdruckerei von E. Dreher auf nicht ermittelte Weise in Brand geraten waren. Der 19. Schwab erlosch die Flammen in kurzer Zeit, noch bevor sie die Treppen ergriffen hatten. Kurz vorher mußte am Gröbenweg 97 im zweiten Stock ein Feuer besichtigt werden, das die Schaldecke und die Wollenlage ergriffen hatte. Außerdem liefen während der Nacht nur noch zwei Alarmierungen ein und zwar von der Wälderstraße 28 und von der Forsterstraße 36, doch handelte es sich in beiden Fällen nur um ganz unbedeutende Brände, die ein sonderliches Eingreifen der Wehr nicht erforderten.

Junke bei der Kaiserin. In der Vordrucker, Abteilung II (früher Norddeutsche Brauerei), Aufseherstr. 58, sind am 1. Mai gefunden: Ein Metermaß, ein Krankenasten-Diätbuch mit dem Namen Emma K. und eine Gigarettenkassette mit dem Nogrammm B. B. Die Eigentümer können diese Gegenstände abends nach 7 Uhr in Empfang nehmen beim Genossen Arndt, Bohnenstr. 9, I.

Das Berliner Verkehrslexikon ist im Verlage von Max Schönbacher soeben erschienen und zum Preise von 40 Pf. käuflich. Die Vorgänge des Buches sind bekannt; es enthält über die Straßen der Reichshauptstadt und ihre öffentlichen Einrichtungen eine Fülle von Angaben und bringt ferner übersichtliche Eisenbahn-, Straßenbahn- und Dampfschiff-Fahrpläne.

Im Zoologischen Garten sind seit kurzem vier rote Ahefussaffen angefaßt, welche eine Abteilung des alten Affenhaus besetzen. Die Tiere ähneln im allgemeinen dem gewöhnlichen Ahefuss, der eine der häufigsten Erscheinungen unter den Affen ist, haben jedoch ein intensiv rotes Gesicht und auch ihre Brustteile zeigen dieselbe Färbung in hohem Grade, so daß es dem Nichtkenner leicht den Anschein hat, als hätten die Tiere an einer entzündlichen Erkrankung. In der That handelt es sich aber um Pracht- oder Imponierfarbe; die kräftigsten Stücke weisen die größte Intensität auf, und bei der Begrüßung untereinander spielt die Kehle der Tiere eine bedeutsame Rolle. Diese in Europa sehr seltene Art bewohnt Assam, wovon auch die wissenschaftliche Benennung hinweist.

Die im Berliner Aquarium neu eingelaufenen Sendungen von Schwämmen, laufenden, kriechenden und fließenden Bewohnern der südländischen Meere brachten für einige Gruppen der Tierbesitzer solche Ergänzungen, daß der Besucher die interessantesten Vergleiche anstellen kann. Eine der wichtigsten Fischfamilien ist die der Lippfische, welche weniger für die Haus- und Volkswirtschaft, denn in der Fischerei spielen sie wegen des meist wenig genutzten Fleisches eine geringe Rolle, wohl aber für den Naturhaushalt. Die Lippfische, welche diesen Namen infolge der dicken fleischigen Lippen des vorstehenden Males beilegt erhalten, bilden eine der zahlreichsten, in mehr als 400 Arten über alle Meere der gemäßigten und tropischen Zone verbreiteten Familien und leben in Schwärmen vorzugsweise die felsigen, korallenreichen Küstenriffe, stillen Seegraswiesen u. a., wo sie zu ihrer Ernährung hartnäckige Schnecken und Muscheln aufessen und loslösen und zermalmen, denn auch die härtesten Gehäuse vermögen ihrem festzahnigen Gebiß nicht zu widerstehen. Dabei gehören sie, und das ist für eine wissenschaftliche Schwammfamilie ganz wesentlich, zu den fadenhäutigen Fischen, die in der Pracht und Mannigfaltigkeit des Farbenspielens kaum von andern übertroffen werden.

In der Gartenbau-Ausstellung in der Philharmonie, Bernburger-Strasse 22a, beträgt der Eintrittspreis jetzt von abends 7 Uhr ab 50 Pf.

In Cassans Panoptikum sind einige neue Sehenswürdigkeiten eingeleitet. Herr Hopfins führt eine Gesellschaft gelehrter Tiere dem Publikum vor. Hunde, Katzen, Affen, Mäuse, Ratten, Meerschweinchen, Kanarienvögel, Tauben, Fische, Hasen, Kanarienvögel und zwei Fische wimmeln bunt durcheinander, machen ihre Kunststücke und betragen sich untereinander so friedlich, daß die Bezeichnung „Der Weltfriede“ für dies kleine Thier wohl angebracht ist. — Eine Dame tritt als Helferin Kassandra auf. Das Hellsche ist ein dem Zuschauer unangenehmes Handwerk, da das weibliche Drösel den Inhalt von unbegrenzten Schneiderrrechnungen

und ähnlichen sekretären Dingen mit verbundenen Augen zu ergötzen weiß. Viele Leute wird es interessieren, daß auch die zusammengekauften Schweifern Rosa und Josepha Vogel wieder bei Gastan ihre Künste üben. Auch verschiedene andre Neuheiten, wie Kinematograph und Grammophon, werden dort vorgeführt.

Theater. Im Schiller-Theater befindet sich gegenwärtig der Schwant „Pension Schiller“ von Laufs in Vorbereitung, der Anfang nächster Woche zuerst im Schiller-Theater N (Friedrich-Wilhelmstrasse) zur Aufführung gelangt. — Im Carl Beck-Theater (Vögelersches Schauspielhaus) findet am Freitag wiederum eine Volksvorstellung statt. Zur Aufführung gelangt „Zwei Frauen“. Die Vorstellung dürfte dadurch an Interesse gewinnen, daß Frau Direktor Fischer die Rolle der Elisabeth zum erstenmal spielt. Die Preise sind auf die Hälfte ermäßigt. — Urania. Der Experimentalkontrast über das „Nadium“ wird von Herrn Dr. Donath am Sonnabend, den 7. d. M., abends 8 Uhr, im Hörsaal des Instituts in der Laubenstr. 48/49 wiederholt, also nicht, wie bisher, in der Jubalidenstraße. Karten im Vorverkauf für diesen Vortrag ebenfalls in der Laubenstraße. — Das köhlerische Bauern-Theater aus Tegernsee trifft morgen, von Wien kommend, hier ein und wird, wie wir bereits mitteilen, am Sonnabend seine erste Aufführung mit der Revü „Der Dorfparter“ im Hermannfeld-Theater beginnen. Das Ensemble setzt sich aus mehr als 30 Bauernknäueln und -Künstlerinnen zusammen.

Aus den Nachbarorten.

Reinickendorf. Mittwoch, den 11. Mai, abends 7¹/₂ Uhr, findet im Schützenhause, Residenzstr. 1/2, eine öffentliche Versammlung statt. Herr Albert Wahn spricht über das Straßenerweiterungs-Gesetz; ein reger Besuch wird erwartet. — Sonntag früh 7 Uhr findet von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung statt.

Wilmerdorf. Zur baulichen Erschließung des südlich der Ringbahn gelegenen umfangreichen Geländes von Wilmerdorf, das an die Gemarkungen Friedenau, Steglitz, Dahlem und Schmargendorf stößt, hat die Versammlung der Gemeindevorsteher in ihrer nächsten öffentlichen Sitzung am Montagabend die Fluchtlinienpläne genehmigt. Hiernach werden zwei große Diagonalstraßen zur Ausführung gelangen. Die eine von ihnen, welche die Bezeichnung „Südwest-Nordost“ erhalten hat, zieht sich vom Süden der Augustastrasse, dem Hansplatz, in einer Breite von 40 Meter bis zum Rosbacher Platz an der Dahlemer Grenze hin und soll als vornehmliche Promenadenstraße angelegt werden. Die andre Diagonalstraße geht von dem am Bahnhof Schmargendorf gelegenen Heidelberger Platz aus und durchdringt das Gelände in einer Breite von 34 Meter bis zum Wägenplatz an der Steglitz-Friedenauer Grenze. Den Schnittpunkt der beiden Straßen wird ein großer Schmuckplatz mit tiefen Vorgärten bilden.

Ein folgenschwerer Baumfall ereignete sich gestern Mittwochnachmittag auf dem Neubau Victoria- und Kaiserstraße-Ecke zu Friedrichshagen. An dem Bau, welcher erst bis zum ersten Stock hochgemauert ist, stürzte der Vordachstuhl der Mittelwand, auf welcher zuvor die Vollenlage gelegt war, zusammen, die beiden Steinträger Vordach und Langblech aus Friedrichshagen mit sich in das Kellergeschoss hinabreichend, wo sie unter den nachstürzenden Mauersteinen und Balken verbrüht wurden. In bedenklichen Zustände wurden die von den Bauarbeitern unter den Trümmerhaufen hervorgezogen und ins Krankenhaus gebracht. Den die Schuld an dem Unfall trifft, konnte noch nicht festgestellt werden.

Gerichts-Zeitung.

Der fromme Bruder. Er war der beste Bruder auch nicht, der junge Mann, welcher sich an einem Junge des vorigen Jahres dem Dialektiker als „Bruder Paul Schneider“ von der Rettungsanstalt Reinickendorf vorstellte und die Bitte an ihn richtete, ihm den Gemeindefall in der Herberge zur Heimat in der Augustastrasse für einige Tage kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Er wollte dort Vorträge religiösen Inhalts halten, deren Reinertrag der vorgenannten Rettungsanstalt zuzuführen solle. Der Dialektiker verlangte vom Wittsteller einen Ausweis, worauf dieser ihm ein angeblich vom Direktor der Rettungsanstalt ausgestelltes Schreiben vorlegte, kraft dessen er zum Halten von Vorträgen ermächtigt. Der Dialektiker sprach jetzt, das Gesicht beim Superintendenten Wulke, unter dessen Leitung die Herberge zur Heimat stand, beschränkt zu wollen. Die Erlaubnis wurde auch erteilt. Schneider hielt zwei Vorträge, die aber nur von einigen Kindern besucht waren und eine kaum nennenswerte Einnahme brachten. Die Art der Vorträge war eine solche, daß der Dialektiker Verdacht schöpfte. Auf eine an den Direktor der Rettungsanstalt gerichtete Anfrage erfolgte die Auskunft, daß Schneider ein ehemaliger, vielfach vorbestrafter Lehrer sei, welcher schon in mehreren Anstalten Aufnahme gefunden habe, aber überall gänzlicher Unfähigkeit wegen entlassen worden sei. Das von ihm vorgelegte Schreiben sei gefälscht.

Der Angeklagte gab an, daß er die erzielten Einnahmen der Rettungsanstalt zugeführt haben würde. Er habe sich mit der Hoffnung getragen, daß er dann wieder in der Kustal Aufnahme finden würde. Da diese Behauptung nicht zu widerlegen war, verurteilte der Gerichtshof den Angeklagten wegen einfacher Urkundenfälschung zu drei Monaten Gefängnis.

Die hungrige Gefangenen-Auffeherin. Auf die soziale Lage der Gefängnisbeamten wirt folgender Gerichtsfall ein helles Licht: Wegen Unterschlagung im Werte von 24. November d. J. vom Landgericht 9 in Berlin die Gefangenen-Auffeherin Martha Krzall zu der Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Sie war im Untersuchungsgefängnis angefaßt und hatte 20-25 weibliche Gefangene zu beaufsichtigen und zu versorgen. Die Kost für die Gefangenen wurde ihr zur Verteilung übergeben. Brot und Fleisch erhielt sie in abgetheilten Portionen, die übrigen Speisen wurden ihr in einem Kessel vom Küchenmeister ausgehändigt. Längere Zeit hindurch hat sich nun die Angeklagte Brot und Fleisch angeeignet, welches für die Gefangenen bestimmt war, aber auch von dem sonstigen Essen hat sie genommen, sofern es sich um besser schmeckende Speisen handelte. Endlich hat sie sich auch von der Milch genommen, die nur den schwächeren Gefangenen gewährt wurde. Als Entschuldigend gab die Angeklagte an, sie habe zu wenig Lohn und zu viel Hunger gehabt. — Ihre Revision wurde gestern vom Reichsgericht verworfen.

Patriarchalische „Erziehung“ durch Weitschneide und Einsperrung. Der Mittergutsbesitzer und Amtsvorsteher Jäger auf Kleinhof bei Kirchhain in der Niederlausitz nahm ein Weibchen ins Haus, um es später zur Wirtschaftlerin heranzubilden. Nachdem das Kind konfirmiert war, mußte es in der Küche unter Aufsicht der Wirtschaftlerin Lehmann arbeiten. Das Kind soll nach der Behauptung Jägers verlogen und widerspenstig gewesen sein, und der Herr Amtsvorsteher hielt nach echt patriarchalischer Anschauungsweise Prügel für das beste Mittel, um seinen erzieherischen Einfluß auf das Kind auszuüben. Er traktierte das Mädchen nicht nur mit Derselben, sondern er wandte auch die jüngerliche Peitsche ein, die er zu wiederholten Malen mit dem nackten Gesäß des Kindes in empfindliche Verletzung brachte. Eines Tages soll das Mädchen sich wieder der Lüge gegenüber der Wirtschaftlerin schuldig gemacht haben. Jäger forderte das Mädchen zur Abbitte auf und als es diesem Verlangen nicht nachkam, schloß er es in die Kollammer ein, wo es bis zum nächsten Morgen verweilen mußte. Dem Mädchen erwiderten die patriarchalischen Erziehungsmitel, welche der Herr Amtsvorsteher anwandte, so uneträglich, daß es gleich nach seiner Freilassung aus der Kollammer dem Hause des Mittergutsbesitzers den Rücken kehrte, in der Absicht, bei einer Bekannten in Berlin Zuflucht zu suchen. Ein Einwohner von Kirchhain, der das Mädchen auf dem Bahnhof traf, führte es dem Oberprediger zu, und dessen Frau nahm das Mädchen, welches viele sichtbare Spuren der Weitschneide am Körper aufwies, ins Haus. Die Frau Oberprediger, bei der sich das Mädchen drei

Monate im Dienst befand, kann über deren Betragen nicht klagen, namentlich hält sie es nicht für verlogen. — Das ist der Inhalt des Beschlusses, der am 1. d. Mts. vor der Strafkammer in Abtheilung festgesetzt wurde, wo sich der Mittergutsbesitzer und Amtsvorsteher Jäger wegen gefährlicher Körperverletzung und Freiheitsberaubung zu verantworten hatte. Mitangellagt war die Wirtschaftlerin Lehmann, die der Teilnahme an den Straftaten beschuldigt ist. Die Lehmann wurde freigesprochen, Jäger wurde der Freiheitsberaubung nicht schuldig erklärt und wegen Körperverletzung in drei Fällen zu einer Geldstrafe von nur 150 Mark verurteilt.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 9. Mai, abends 8¹/₂ Uhr, in den „Arminshäusern“, Kommandantenstraße 20: Vereinsversammlung. Referent: Herr Dr. Schildenbrandt: „Verstandeshaltung und Gemüthsleben“. Der Vorstand.

Johannisthal. In einer öffentlichen Versammlung sprach hier Herr Dr. Röder über „Werbeflächenvertrümmungen“. Der lehrreiche Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Im Anschluß hieran wurde die Gründung eines Vereins für Frauen und Mädchen beschlossen.

Versammlungen.

Kommunalwahl im 40. Bezirk.

Da unser Genosse Dr. Freudenberg sein Stadtverordnetenmandat für den 40. Bezirk niedergelegt hat, weil sein Gesundheitszustand ihn zwingt, im Süden zu weilen, so ist für diesen Bezirk eine Neuwahl vorzunehmen, die am 31. Mai stattfindet. Um einen Kandidaten für den freigewordenen Sitz in der Stadtverordneten-Versammlung aufzustellen, hielten die Parteigenossen am Dienstag bei Wübbert in der Müllerstraße eine Versammlung ab, die gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Dr. Kronz über die Aufgaben der Sozialdemokratie im roten Hause. Der Redner besprach die Aufgaben, welche der städtischen Verwaltung zugeteilt sind. Er zeigte an der Hand von Thatsachen, daß die liberale Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung diese Aufgaben nicht so erfüllt, wie es das Interesse der Allgemeinheit erfordert, und daß seine Mitgliedschaft in der Regierungskommision herrschende Stimmung die Kommunalpolitik der Liberalen beeinflusst. Ferner zeigte der Redner, was die städtische Verwaltung innerhalb des Rahmens ihrer Befugnisse auf dem Gebiet der Schule, des Steuerwesens, der Gemeindebetriebe, des Verkehrswezens leisten könnte, wenn die Forderungen erfüllt werden, welche die Sozialdemokratie an die Verwaltung der Gemeinde stellt. — Die Zuhörer folgten den feststehenden Ausführungen des Vortragenden mit regem Interesse und spendeten ihm lebhaften Beifall.

Hierauf übermittelte der Vorsitzende Ernst der Versammlung die Grüße des Genossen Freudenberg, der bedauert, daß er mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand das ihm übertragenen Mandat nicht mehr ausüben kann. Dann stellte Ernst mit, daß die Bezirksführer den Genossen Kronz als Kandidaten für den 40. Bezirk vorschlagen. Weitere Vorschläge wurden nicht gemacht und Dr. Kronz wurde einstimmig als Kandidat proklamiert. Er nahm die Kandidatur an und bemerkte, er setze voraus, daß das Mandat unserer Partei erhalten bleibe, er werde versuchen, es so auszuüben, daß die Wähler mit ihm zufrieden sind. — Zum Schluß ergriff Ernst die Parteigenossen, eine rege Agitation für die Wahl unfres Kandidaten zu betreiben. Da wir den Bezirk bei der letzten Wahl zum erstenmal erobert haben, so sei der Sieg nicht unter allen Umständen sicher. Wenn aber jeder Parteigenosse seine Pflicht in der Agitation thut, dann werde uns das Mandat wieder zufallen. Darum möge jeder für sein Teil dazu beitragen, daß wir am 31. Mai den Sieg erringen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für Adlershof hielt am 21. April im Lokal von Bedner seine ständige Mitglieder-Versammlung ab, in der Genosse Dr. Worchardt einen anderthalbstündigen gut aufgenommenen Vortrag über „Die Verwirklichung des Sozialismus“ hielt. Zum Punkt 4 der Tagesordnung: „Das Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts gegen den Wahlverein“ erhielt Genosse Lohst das Wort zur Berichterstattung. Der Sachverhalt war kurz folgender: Am 19. März v. J. löste der diensthabende Gendarm bei Eintritt der Polizeistunde um 10 Uhr die Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins auf, da er die Versammlung als eine öffentliche ansah, obwohl er Kenntnis davon hatte, daß durch Kontrolle festgestellt war, daß nur Mitglieder und durch diese eingeführte Gäste anwesend waren. Daraufhin wurde der Versammlungsbesitz beschränkt und schließlich Klage beim Ober-Verwaltungsgericht gegen den Regierungspräsidenten zu Potsdam angehängt. Jedoch wurde der Verein kostenpflichtig abgewiesen. Den Wahrheitsbeweis zu führen, daß nur durch Mitglieder eingeführte Gäste anwesend waren, wurde dadurch unmöglich gemacht, daß das Ober-Verwaltungsgericht die vorgeschlagenen Zeugen einfach nicht glauben hatte. Genosse Lohst verlas die Schriftstücke, und geht aus dem Urteil klar und deutlich hervor, daß die Beweiserhebung von Adlershof mit zweierlei Maß gemessen wird, da es in demselben ausdrücklich heißt, daß für die Lokale, in welchen die Sozialdemokraten verkehren, um 10 Uhr die Polizeistunde eintritt. Genosse Lohst teilt mit, daß der Vorstand beschlossen hat, jeden zweiten Monat im Quartal eine öffentliche Mitglieder-Versammlung abzuhalten, und werden dieselben jedenfalls so agitatorisch wirken, daß das Gegenteil von dem erreicht wird, was die polizeilichen Maßnahmen bezwecken. Hierauf gaben der Kassierer und der Zeitungspediteur ihre Berichte. Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des Quartals 217, am Ende 227. Es wurden die Genossen Neumann als Revisor und Bonnis als Hilfskassierer gewählt. Nachdem Lohst noch bekannt gemacht hatte, daß am 15. Mai in Wandlangerverder eine öffentliche Versammlung stattfindet, erfolgte um 1/2 Uhr Schluß der Versammlung.

Verband der Preisvertheiler Deutschlands (Zweigverein Ritzdorf). Donnerstag, den 5. Mai, abends 10 Uhr, im Lokal von Fr. Doppe, Berlinerstr. 14, Mitglieder-Versammlung.

Vermischtes.

Ueber ein Eisenbahnunglück wird aus Aitern, Provinz Sachsen, berichtet: Beim Vorziehen eines Rangierzuges aus Geleise 3 nach dem Ausziehgleise, entgleisten bei Weiche 3 o. d. die drei vordersten Wagen, während der letzte auf dem Geleise stehen blieb. Das Hauptgleise blieb infolgedessen drei Stunden gesperrt, der Personenverkehr wurde durch Umsteigen an der Unfallstelle aufrecht erhalten.

Witterungsübersicht vom 4. Mai 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. in C.	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. in C.		
Strehlende	760	SW	3	Heiter	9	Dachau	745	W	2	bedeckt	9
Hamburg	759	SW	3	Regen	7	Petersburg	751	SW	3	Regen	7
Berlin	760	SW	3	bedeckt	10	Sofia					
Frankf. a. M.	761	R	3	Regen	6	Moskau	765	SW	3	bedeckt	7
München	762	SW	3	bedeckt	10	Warsz.	761	SW	3	ab	10
Wien	760	SW	3	bedeckt	13						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 5. Mai 1904. Gemäßigtes, vorherrschend wolkig mit leichten Regenfällen und mäßigen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

